Insa van den Berg

Und dann wollte ich raus

Extreme politische Szenen verlassen

Am Beispiel Sachsens

Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung

Und dann wollte ich raus

Editorische Notiz

In diesem Buch wird auf das durchgängige Verwenden vielfältiger geschlechterspezifischer Formulierungen verzichtet. Grund dafür ist die bessere Lesbarkeit. Selbstverständlich sind Personen aller Geschlechter gemeint, wenngleich Anhänger extremer Szenen oftmals männlich sind. An geeigneter Stelle wird auf das jeweilige Geschlechterverhältnis hingewiesen. In den Einschätzungen von Sachverständigen wird gegendert, um deren Zitate originalgetreu wiedergeben zu können.

Bildnachweis

© Pötzsch, SMGI 92; Exit-Deutschland, Kai Wiedenhoefer 34; Laackman Fotostudios Marburg 40; picture alliance/Photoshot Cover

Impressum

© 2017 Edition Leipzig
in der E. A. Seemann Henschel GmbH & Co. KG, Leipzig
www.edition-leipzig.de

Die Verwertung der Texte und Bilder, auch auszugsweise, ist ohne Zustimmung der Rechteinhaber urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Die Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für den Inhalt zeichnen die Autoren verantwortlich. Diese Ausgabe ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Umschlaggestaltung
Phillip Hailperin, Hofmeister Stauder. Büchermacher, Berlin
Projektmanagement und Lektorat
Kirsten Witte-Hofmann
Satz und Layout
Phillip Hailperin, Hofmeister Stauder. Büchermacher, Berlin
Herstellung
Sabine Artner
Druck und Bindung
CPI books, Leck

Printed in Germany

Insa van den Berg

Und dann wollte ich raus

Extreme politische Szenen verlassen

Am Beispiel Sachsens

Sonderausgabe für die
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Dresden/Leipzig 2017

Inhalt

7 **Vorwort**

11 **Woraus aussteigen? Extreme politische Szenen erkennen**
- 11 Was ist »Extremismus«?
- 16 Inwiefern unterscheiden sich extreme Ideologien?
- 20 Wie viele Extremisten gibt es laut Verfassungsschutz in Sachsen?
- 22 Politisch motivierte Kriminalität in Sachsen

26 **Was bedeutet »Ausstieg«?**
- 26 Wann ist jemand »ausgestiegen«?
- 27 Wie läuft ein Ausstieg in der Regel ab?
- 28 Wie unterscheiden sich Ausstiege?
- 30 Hindernisse beim Aussteigen
- 31 Mit Hilfe oder ohne
- 32 Wie viele Aussteiger gibt es?

Interview
- 34 »Keine Willkommenskultur für Aussteiger« Gespräch mit dem Aussteigerhelfer Dr. Bernd Wagner

40 **Kann man überhaupt aussteigen?**

Interview
- 41 »Man kann glaubhaft aussteigen, aber es ist eine Herausforderung« Gespräch mit dem Sozialpsychologen Prof. Ulrich Wagner

47 **Porträts**
47 »Ich ekele mich«
Ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene
51 »Die Scheuklappen sind weg«
Eine ehemalige Hausbesetzerin und Antifa-Aktivistin erzählt

55 **Welche Hilfen gibt es für Ausstiegswillige in Sachsen?**
56 Aussteigerprogramm Sachsen
59 Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention
60 Aussteigerprojekt »ad acta«

64 **Wie werden Ausstiegswillige sonst unterstützt?**
66 Angebote für Rechtsextreme
68 Angebot für Linksextreme
69 Angebote für islamistische Extremisten
72 Phänomenübergreifendes Angebot
74 Kritik an der Arbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aussteigerprogrammen

77 **Verschiedene Einschätzungen zur Arbeit von Aussteigerprogrammen**

81 **Wie geht es weiter?**

84 **Einstieg ins Extreme: Was kann man vorbeugend dagegen tun?**
84 Persönliche Voraussetzungen
85 Gesellschaftliche Voraussetzungen
86 Frühwarnzeichen
87 Was kann das Umfeld tun?
89 Präventionsangebote

Interview
92 »Früh ansetzen«
Gespräch mit Petra Köpping, Sachsens Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Anhang

97 **Die Autorin**

98 **Literaturverzeichnis**

Vorwort

Das Schild an einer Hofeinfahrt in Leipzig-Holzhausen mit der Aufschrift »Deutsche Reichsgrenze« besorgt die Nachbarn. Wohnt in unmittelbarer Nähe einer dieser ominösen »Reichsbürger«? Wie jener, der sich im August 2016 bei einer Zwangsräumung einen Schusswechsel mit der Polizei lieferte?[1]

Wird die jugendliche Linda aus dem irakischen Mossul ins sächsische Pulsnitz zurückkehren? Aus dem vermeintlich Heiligen Krieg als Anhängerin des sogenannten Islamischen Staats? Die Schülerin, die sich heimlich aufgemacht hat, um einen tschetschenischen Kämpfer zu heiraten. Zuhause willkommen wäre sie nicht für alle.[2]

Mutwillig gelegte Kabelbrände sorgen im Sommer 2017 für Behinderungen im Bahnverkehr des Großraums Leipzig-Dresden-Chemnitz. Daneben hat es ähnliche Angriffe in anderen Bundesländern gegeben. Die Polizei vermutet einen Zusammenhang zwischen den Zerstörungen und dem G-20-Gipfel in Hamburg, politisch links motiviert.[3]

Und dann macht Sachsen regelmäßig Schlagzeilen mit dem Hass auf Geflüchtete. Um nur eine Auswahl der bundesweit am stärksten beachteten Überfälle zu nennen: In Bautzen jagen Rechtsextreme Asylbewerber durch die Stadt; in Clausnitz blockieren Rassisten einen Bus mit Hilfesuchenden und skandieren menschenverachtende Parolen; in Freital werden einer fremdenfeindlichen Gruppe versuchter Mord und Sprengstoffexplosionen zur Last gelegt.

Die rechte Szene scheint mit dem Thema Zuwanderung Unterstützer mobilisieren zu können, die politisch vorher deutlich weniger aufgefallen sind – nun aber demokratischen Werten offen ablehnend gegenüberstehen.

Gelegentlich scheint es so, als gebe es in Ostdeutschland besonders viele von ihnen.

In diesem Buch geht es um die Menschen in Sachsen, die sich von solchen demokratiefeindlichen Einstellungen lösen wollen. Personen, die Milieus verlassen möchten, die die Mehrheitsgesellschaft als politische Extreme versteht. Kurz: Aussteigerinnen und Aussteiger. Gefragt und beantwortet wird, was sie ausmacht, ab wann sie so bezeichnet werden können, welche Probleme ihnen die Abkehr bereitet und welche Hilfen sie in Anspruch nehmen können. Dabei werden Rückzüge von Anhängern verschiedener Phänomenbereiche – Rechtsextreme, Linksmilitante, Islamisten, sogenannte Ausländerextremisten und Reichsbürger – nebeneinandergestellt.

Der Fokus auf Sachsen soll nicht darüber hinwegtäuschen: Demokratiefeindliche Bestrebungen gibt es auch in anderen Bundesländern. So ist dieses Buch im besten Fall auch für Ausstiegswillige und deren Angehörige in anderen Landstrichen von Interesse.

Dabei soll dieses Buch keine Werbeschrift sein, um sich grundsätzlich von politischem Denken und Handeln zu lösen. Im Gegenteil. Sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, nach Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu suchen, Demokratie aktiv mitzugestalten – das ist möglich und nötig.

Dazu muss man jedoch unterschiedliche Auffassungen kritisch prüfen können.[4] Das heißt: Meinungen gegeneinander abwägen, Zweifel äußern, bestätigen, verwerfen. Eine eigene Position entwickeln, vertreten, Einwände dagegen aushalten. Dinge von verschiedenen Seiten betrachten. Es geht aber vor allem darum, sich der Verantwortung für das eigene Leben zu stellen – statt sie abzugeben, an eine extreme Gruppe, die diktiert.

Entstanden ist dieses Buch auf Initiative des Verlages Edition Leipzig der Verlagsgruppe Seemann Henschel. Aufgrund der politischen Situation in Sachsen und dem Bedrohungsgefühl vieler hier Lebender scheint es angebracht, sich mit dem Ausstieg aus extremen Szenen zu beschäftigen. Lieber heute als morgen. Deshalb ist dieses Buch-Projekt in zeitlich ambitioniertem Rahmen entstanden. Das war in doppelter Hinsicht eine Herausforderung: Innerhalb weniger Monate ein fertiges Produkt zu liefern und das unter schwierigen Umständen. Denn die Gesprächsbereitschaft etlicher Ausstiegswilliger, aber auch von mit ihnen Arbeitenden war nicht immer gegeben oder manchmal auch nur unter ungewöhnlichen Bedingungen möglich. Zudem gibt es bislang verhältnismäßig wenig Literatur zum Thema und wenn, dann oftmals auf rechtsextreme Aussteiger konzentriert.

Umso mehr möchte ich den offenen Gesprächspartnern und Unterstützern dieses Buches danken: Auch denen, die hier namentlich unerwähnt bleiben möchten und müssen. Vor allem aber hat die Programmleiterin des Verlages, Kirsten Witte-Hofmann,

engagiert das Erscheinen dieses Buches vorangetrieben und gut betreut.

Darüber hinaus sind es meine Familie und Freunde, die mit ihrer Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme das Entstehen möglich gemacht haben.

Es bleibt zu hoffen, dass unser aller Mühe sich für Sie, liebe Leserinnen und Leser, gelohnt hat.

1 Vgl. Frank Döring, Leipziger Polizei prüft Reichsbürger-Verdacht, http://lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Leipziger-Polizei-prueft-Reichsbuerger-Verdacht, Stand: 6. 6. 2017, Abruf: 6. 6. 2017.

2 Vgl. Matthias Gebauer/Steffen Lüdke, Die Dschihad-Braut aus Pulsnitz, http://spiegel.de/politik/ausland/a-1159114.html, Stand: 22. 7. 2017, Abruf: 22. 7. 2017.

3 Vgl. Spiegel online, Brandanschläge an Gleisen – Staatsschutz ermittelt, http://spiegel.de/panorama/justiz/a-1152855.html, Stand: 19. 6. 2017, Abruf: 19. 6. 2017.

4 Vgl. Birgit Rommelspacher, »Der Hass hat uns geeint« – Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 2006, S. 166 f.

Woraus aussteigen? Extreme politische Szenen erkennen

Was ist »Extremismus«?

Ein Begriff, viele Ansichten. Was unter »Extremismus« (vom Lateinischen »extremus«: das Äußerste) zu verstehen ist, ist stark umstritten. Geprägt haben den Begriff unter anderen die Politologen Eckhard Jesse und Uwe Backes. Ihr Grundgedanke lautet: »Extremismus ist das Gegenstück zum demokratischen Verfassungsstaat.«[1] Extremisten erkennen also dessen Prinzipien nicht an. Dazu gehören

- Achtung der Menschenrechte,
- Volkssouveränität,
- Gewaltenteilung,
- Verantwortlichkeit und Gesetzmäßigkeit der Regierung,
- Unabhängigkeit der Gerichte,
- Mehrparteienprinzip,
- Chancengleichheit aller politischen Parteien und das
- Recht auf das verfassungsmäßige Bilden und Ausüben einer Opposition.

Extremisten zielen nach dieser Definition darauf ab, die Gesamtgesellschaft vollständig zu ändern – notfalls mit Zwang. Wer sich also zum Beispiel für eine Diktatur stark macht, ist damit Gegner der Demokratie, des demokratischen Verfassungsstaats. Aber auch, wer bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder einzelnen Menschen die Meinungsäußerung abspricht, billigt nicht allen das gleiche Recht zu: Das ist nach diesem Begriffsverständnis ebenfalls extremistisch.[2]

Das Extremismuskonzept soll dazu dienen, alle Formen von Extremismus wissenschaftlich analysieren zu können. Deshalb sind von Jesse und Backes Merkmale herausgearbeitet worden, die ihrer Meinung nach als charakteristisch für alle Extremisten gelten:

- ein Alleinvertretungsanspruch, die einzig rechtmäßige Ansicht,

- Dogmatismus (starres, unkritisches Festhalten an der eigenen Anschauung),
- fanatische Entschlossenheit (hartnäckiges Eintreten für eine Sache, die man kompromisslos durchsetzen will),
- die Abwertung Andersdenkender, ein klares Freund-Feind-Schema,
- die Vorstellung einer vermeintlich besseren Welt, für die die bisherige zerstört werden und
- ein Hang zu Verschwörungstheorien, nach denen geheime Kräfte am Werk seien, die manipulieren.

Gewalt ist nach diesem Ansatz nicht zwangsläufig Kennzeichen von Extremismus.

Anschaulich gemacht wird dieses Extremismus-Verständnis oftmals so:

Die Kritik am Extremismuskonzept

Von etlichen Politikwissenschaftlern wird dieses Begriffsverständnis nach Backes und Jesse abgelehnt. Besonders stark diskutiert werden die zwei Grundannahmen, dass es eine nichtextremistische politische Mitte der Gesellschaft gebe (einen anscheinend guten Pol also und einen schlechten) und dass unterschiedliche Denkschulen miteinander verglichen werden könnten.[3]

So sprechen andere Forscher in diesem Zusammenhang vom »Extremismus der Mitte«: Menschen aller Schichten der Gesellschaft vertreten danach extremistische, die Demokratie ablehnende Einstellungen. Wie weit verbreitet unter anderem solche rassistischen oder antisemitischen Einstellungen sind, belegen die »Mitte-Studien«. Eine Arbeitsgruppe der Universität Leipzig führt dazu seit 2002 regelmäßig repräsentative Befragungen im gesamten Bundesgebiet durch. Die Studie von 2016 belegt beispielhaft, dass 6,7 Prozent aller Befragten zustimmen, dass unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform wäre. 10,6 Prozent wünschen sich »einen Führer, der zum Wohle aller durchregiert«. 21,9 Prozent der Befragten stimmen der Aussage »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« zu. Da die Aussagen sich gegen die Aushandlung verschiedener Interessen (wie in einer Demokratie üblich) richten, handelt es sich nach Ansicht der Wissenschaftler um deutlich antidemokratische Einstellungen.[4]

Politische Soziologen unterscheiden außerdem zwischen den verschiedenen Weltanschauungen und ihren theoretischen Grundlagen – den dahinterstehenden Ideologien. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss differenziert folgendermaßen: »Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus [beispielsweise] jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an.«[5] Während Rechtsextremisten sich auf eine Form der Herrschaft beziehen, wollen Sozialisten als Teilbewegung der politischen Linken die Produktionsverhältnisse ändern. Allein deshalb könne man Anhänger verschiedener Ideologien nicht auf eine Stufe stellen. Ebenso wenig sei es gerechtfertigt, demokratischen Sozialismus mit Stalinismus gleichzusetzen oder Konservative mit Faschisten. Gemeinsam sei Anhängern politischer Extreme höchstens, dass sie institutionalisierte politische Verfahrensweisen ablehnen. Auch in der Zivilgesellschaft wird das Vergleichen unterschiedlicher politischer Strömungen als sehr problematisch angesehen: So fordern Engagierte in der Antirassismusarbeit, dass auf Inhalte geschaut wird, statt strukturelle Ähnlichkeiten – zum Beispiel mit Rassisten – anzunehmen.[6] Die Gefahr des Rechtsextremismus werde damit bagatellisiert. Man müsse unterscheiden, inwiefern eine Bewegung oder Person das demokratische System kritisiere. Wer ein Mehr an Demokratie fordere, äußere sich zwar möglicherweise radikal. Aber erst, wenn die Bedingungen der Demokratie selbst infrage gestellt werden, könne von einer Bedrohung der Demokratie gesprochen werden.[7]

Einige Forscher wenden gegen das Extremismuskonzept weiter ein, dass es in der Bevölkerung zudem sehr unterschiedliche, teils widersprüchliche Vorstellungen von der Ausgestaltung der Demokratie gebe. Man müsse also zwischen Einstellungen auf der einen Seite und Handlungen auf der anderen Seite unterscheiden. Denn gerade die Motive von Menschen seien nur schwer zu bestimmen und beruhen auf Beobachtungen und Einschätzungen. Kein Diktator bezeichne sich selbst als solchen, ebenso wenig wie ein Extremist sich als ebenjenen vorstelle.

Deshalb gibt es Wissenschaftler, die davon ausgehen, dass zu Extremismus und Terrorismus als Kennzeichen immer auch Gewalt gehört.[8]

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie lehnt den Begriff »Extremismus« vollständig ab, weil er ihn als ideologisch aufgeladen betrachtet. »Die hypertrophe Prävention der ›streitbaren‹ Demokratie funktioniert hierzulande so: Das Recht auf Opposition wird geschützt, indem man bestimmte Oppositionsparteien verbietet, die eines Tages das Recht auf Opposition beeinträchtigen könnten.«[9]

Was versteht der Verfassungsschutz unter Extremismus?

Der Extremismusbegriff dient Verfassungsschutz und Polizei als Hilfsmittel, um sogenannte Staatsfeinde zu identifizieren. Diese Behörden können solche dann beobachten, Personen oder Gruppierungen aber nicht verurteilen oder verbieten. Diese Möglichkeit haben hingegen die Innenminsterien von Bund und Ländern, so geschehen beispielsweise bei der Neonazi-Organisation »Skinheads Sächsische Schweiz«.

Der sächsische Verfassungsschutz versteht nach eigenen Angaben unter extremistischen Bestrebungen, dass die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekämpft werden sollen. Extremisten »sehen sich dabei in einer Rolle als Vollstrecker eines angeblich übergeordneten Willens, sei es in Form einer ›Bürgerwehr‹, einer ›Schariapolizei‹ oder einer militanten ›Antifa‹, die ihren Aktionen eine Scheinlegitimität verleihen soll.«[10] Wer das Gewaltmonopol des Staates ablehne oder die Demokratie mit ihren Institutionen und Vertretern verächtlich mache, wird demnach als Angreifer der allgemeinen öffentlichen Ordnung als extremistisch angesehen.

Das amtliche Verständnis von Extremismus und der verfassungspolitische Ansatz der Wissenschaftler Backes und Jesse ähneln sich also – und demzufolge auch die bereits dargelegte Kritik an diesen beiden Extremismus-Definitionen.

Radikale und Terroristen – was sie von Extremisten unterscheidet

»Der ist doch radikal«, »ein Extremist«: Im Alltag werden diese Begriffe verwendet, als hätten sie die gleiche Bedeutung. Auch wenn in der Forschung eher zwischen diesen Begriffen unterschieden wird, gibt es auch hier kein von allen anerkanntes, allgemeingültiges Verständnis, wie die Begriffe »Radikalität«, »Extremismus« und »Terrorismus« voneinander abzugrenzen sind.

Die Politikwissenschaftler Astrid Bötticher und Miroslav Mareš meinen: Die Begriffe eint, dass sie von der Norm abweichendes Verhalten beschreiben. Andere Forscher hinterfragen, was überhaupt normal ist. Gibt es diese relativ geschlossene Gesellschaft mit gemeinsamen Wertevorstellungen wirklich? Oder ist die demokratische Mehrheitsgesellschaft nur ein Wunschtraum? Was als normal gilt, verändert sich zudem mit der Zeit. Während früher Frauenrechtler eine häufig geächtete Ausnahme darstellten, werden feministische Positionen heute zumindest offen diskutiert.

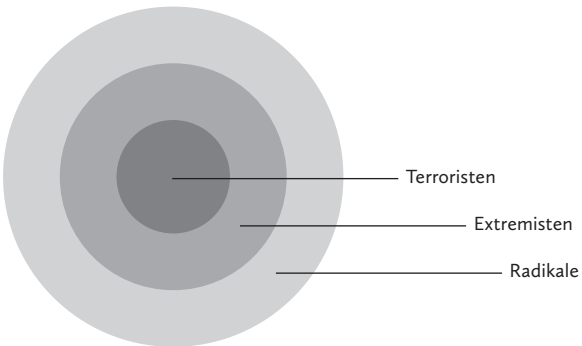
Der Begriff »Radikalität« stammt vom lateinischen »radix«, Wurzel. Demnach ist es radikal, Fragen zu stellen, die an die Wur-

zel gehen. Damit ist auch eine Fundamentalkritik gemeint: Mit kritischen Fragen am Fundament einer Gesellschaft rütteln, sie hinterfragen. Zusammengefasst sind unter Radikalismus »grundlegend politisch-oppositionelle Einstellungen, Überzeugungen und Bestrebungen«[11] zu verstehen: Sichtweisen, die prinzipiell nicht verhandelbar sind. Trotzdem sind es Positionen, die mit der Verfassung grundsätzlich verträglich sind. Radikale Meinungen zu vertreten, ermöglicht das Leben in einer Demokratie aufgrund der Meinungsfreiheit.

Radikale Menschen fordern ihre Mitmenschen also auf, es ihnen gleichzutun; sie zwingen sie aber nicht dazu. Radikale Menschen können sich eine Nische suchen, ohne die Gesamtgesellschaft ändern zu müssen. Und in der Regel verzichten sie darauf, Gewalt anzuwenden. Anhänger einer radikalen Position sind beispielsweise Kapitalismuskritiker, die an der Struktur der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Deutschlands zweifeln und sie von Grund auf ändern wollen. Solange dabei die Grundprinzipien der Verfassung anerkannt werden, sind solche Auffassungen hierzulande völlig rechtmäßig.

Das Wort »Terrorismus« leitet sich vom lateinischen »terror« ab, übersetzt: Schrecken; Schrecken bereitendes Geschehen. Laut Politikwissenschaftler Steffen Kailitz ist es »die systematische Anwendung politischer Gewalt«[12]. Terroristen drohen also mit Gewalt oder sie werden gewalttätig. Sie verbreiten Angst und Schrecken, um damit ihre politischen Ziele zu erreichen. Terroristen geht es demnach vor allem um die seelischen Folgen der Gewaltanwendung. Ein Brandsatz soll nicht nur Menschen töten, sondern zudem auch Angst erzeugen und eine politische Botschaft senden.

Zum besseren Verständnis dieser begrifflichen Abgrenzung: Die Politikwissenschaftler Astrid Bötticher und Miroslav Mareš bemühen stark vereinfachend ein Kreismodell. Es soll bildlich zeigen, wie nahe die drei Gruppen sich stehen und dass sie sich teilweise angehören.



Demnach ist ein Terrorist auch ein Extremist und radikal. Ein Extremist ist radikal, aber (noch) kein Terrorist. Ein Radikaler ist kein Extremist und auch kein Terrorist.[13]

Oder anders zusammengefasst: Radikale Äußerungen oder Vorgehensweisen sind in einer Demokratie legitim. Extremistische und terroristische Bestrebungen darf der Staat hingegen beobachten und strafrechtlich verfolgen. Radikale Positionen davon abzugrenzen, ist für Staatsbedienstete in der Praxis jedoch oftmals problematisch. So hat das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtswidrig fast vier Jahrzehnte lang den Bremer Menschenrechtler und Rechtsanwalt Rolf Gössner beobachtet – aufgrund von Kontakten zu mutmaßlich linksextremistischen Organisationen.[14]

Ein aktuelles Beispiel aus Sachsen, das Probleme bei der Überwachung von Mitbürgern ebenfalls veranschaulicht: Die Behörden haben immer wieder Gespräche von Journalisten und ihren Interviewpartnern abgehört und gespeichert. Rechtsexperten schätzen dieses Vorgehen als juristisch zumindest sehr fragwürdig ein. Eigentlich hätten die Gesprächsdaten nämlich umgehend gelöscht werden müssen, nachdem klar war, dass es sich um journalistische Arbeiten handelt.[15]

Inwiefern unterscheiden sich extreme Ideologien?

Anhänger politischer Extreme können sehr unterschiedliche Ziele verfolgen und Inhalte vertreten. Der sächsische Verfassungsschutz unterscheidet nach folgenden Ideologien:

- Rechtsextremismus,
- Linksextremismus,
- religiös motivierter Extremismus,
- Ausländerextremismus sowie
- Extremismus von sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern.

Während demnach einige Linke beispielsweise eine »Diktatur des Proletariats« anstreben, wollen Teile der Rechten stattdessen einen rassistischen »totalen Führerstaat«. Islamisten seien auf einen »Gottesstaat« ausgerichtet. Betont wird weiter: Gewalt werde von Extremisten zwar häufig befürwortet oder genutzt, um die jeweiligen Ziele durchzusetzen. Sie sei aber keine Voraussetzung für Extremismus.[16]

Rechtsextremismus

Als kleinsten gemeinsamen Nenner beim Klären des Begriffs »Rechtsextremismus« kann man ausmachen: Deren Anhänger glauben an eine Ideologie, die auf einem Ungleichwertigkeitsverständnis basiert, und nehmen an, das ein Volk anderen gegenüber überlegen sei. Als weitere Kennzeichen des Rechts-

extremismus werden hierarchische Strukturen, Verharmlosung des Nationalsozialismus, chauvinistische, antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen genannt.[17] Als typische Straftaten gelten Gewalt gegen Personen in Form von Körperverletzungen und Propagandadelikte.[18]

In Sachsen treten Rechtsextremisten laut Verfassungsschutz in verschiedenen Organisationsformen in Erscheinung:

- in Parteien wie der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) oder »Der Dritte Weg«,
- als in festen Gruppenstrukturen gebundene Neonationalsozialisten, die sich auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, wie in der »Freien Kameradschaft Dresden«,
- als subkulturell geprägte Rechtsextremisten in losen, oft erlebnisorientierten Zusammenschlüssen wie bei der »Aryan Brotherhood Eastside« in Bautzen oder als
- völkisch orientierte »Identitäre Bewegung«, die von einer geschlossenen europäischen Kultur ausgeht, deren Identität durch Muslime bedroht werde.

In absoluten Zahlen soll es nach Auffassung des Verfassungsschutzes in Sachsen überwiegend subkulturell geprägte Rechtsextremisten geben: Einzelpersonen, die sich gelegentlich, vor allem im Rahmen von Konzertbesuchen träfen.[19]

Linksextremismus

Auch bei diesem Begriff gibt es ein Präzisionsproblem, da von Wissenschaftlern und Sicherheitsbehörden verschiedene Erscheinungsformen des so benannten Phänomenbereichs ausgemacht werden.

Forscher wie Christoph Butterwegge verneinen die Existenz von Linksextremismus grundsätzlich, da es hier nicht um das Ablehnen von Demokratie gehe, sondern im Kern um den Wechsel von einer kapitalistischen zu einer anderen Wirtschaftsordnung.[20]

Andere Forscher und Verfassungsschützer hingegen definieren Linksextremisten als Menschen, die die Demokratie überwinden und durch ein kommunistisches oder anarchistisches System ersetzen wollen.[21] Anhänger bekennen sich demnach entweder zum Marxismus oder zum Leninismus. Wieder andere greifen auf Theorien von Stalin, von Trotzki oder alternativ auf solche von Mao Zedong zurück. Als für Linksextremisten typische Delikte werden Brandanschläge angesehen; im Rahmen von Demonstrationen Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr.[22]

Das Landesamt für Verfassungsschutz macht für Sachsen folgende, sich teils erheblich voneinander unterscheidende linksextremistische Strukturen aus:

- Autonome in losen Strukturen, die sich als Fundamentalopposition verstehen, wie »Prisma – Interventionistische Linke Leipzig« und die »Undogmatische Radikale Antifa Dresden«,
- Anarchisten, die jede Art von Hierarchie ablehnen, beispielsweise organisiert in Kleingruppen wie »Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Dresden« und »Anarchosyndikalistische Jugend Leipzig«,
- Mitglieder des Vereins »Rote Hilfe«, der Angehörige der linken Szene im Fall von Straftaten im Rahmen ihres politischen Engagements berät und unterstützt,
- weiter Parteien wie die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) oder die »Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD).

Laut Verfassungsschutz in Sachsen stellen Autonome die größte Gruppe von Linksextremisten.[23]

Religiös motivierter Extremismus

Dazu werden Gruppierungen gezählt, die auf eine religiös begründete Weltbeherrschung zielen und die Trennung zwischen Politik und Religion aufheben wollen. Eine von vielen Unterkategorien dieses religiös motivierten Extremismus ist der islamistische Extremismus – diejenige Kategorie, die laut Landesamt für Verfassungsschutz eine Rolle in Sachsen spielt. Auch hierbei gibt es wieder eine Vielzahl unterschiedlicher Strömungen und demnach verschiedene Begriffsverständnisse.

Im Allgemeinen werden islamistische Extremisten »durch eine intolerante Interpretation der islamischen Glaubenslehre charakterisiert und durch die folgerichtige (politische) Durchsetzung der Werte dieser rigiden Islamauslegung«[24]. Als Merkmale werden unter anderem genannt, dass der Islam Grundlage für Religion und Staat sein soll und die Scharia (islamisches Recht) als gesellschaftliches Ordnungsprinzip verstanden wird. Dabei steht die von Extremisten vertretene Überzeugung im tiefen Kontrast zu demokratischen Werten.

Kritiker weisen darauf hin, dass bei der Kategorie »islamistischer Extremismus« die gesamte Gruppe der in Deutschland lebenden Muslime unter Generalverdacht gestellt werde. Muslimen werde permanent abverlangt, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Dadurch würden rassistische Grenzziehungen manifestiert und die Wechselwirkung von staatlichem Handeln und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgeblendet.[25]

Der Verfassungsschutz nimmt für Sachsen salafistische Bestrebungen als besonders bedrohlich war und erkennt als deren Zentrum in Sachsen die Al-Rahman-Moschee in Leipzig mit Imam Hassan Dabbagh. Des Weiteren macht die Behörde Dschihadisten aus, die in Syrien oder im Irak für den sogenannten Heiligen Krieg ausgebildet oder eingesetzt würden.[26]

Ausländerextremismus

Der sogenannte Ausländerextremismus ist eine Kategorie in der »Polizeilichen Kriminalstatistik« und in den Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes. Die Behörden fassen darunter links- oder rechtsextremistische Organisationen zusammen, die von Deutschland aus handeln, um ihre Ziele in anderen Ländern zu verwirklichen. Es kann sich also sowohl um Organisationen handeln, die ein sozialistisches oder kommunistisches Herrschaftssystem anstreben, als auch um nationalistische Organisationen, deren Anhänger die eigene Nation überhöhen und die Rechte anderer Völker missachten. Darüber hinaus gibt es Gruppierungen, die ein Gebiet aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde lösen wollen, um einen eigenen Staat zu schaffen. Dies kann unter Umständen auch religiös motiviert sein.

Der Verfassungsschutz beobachtet diese Organisationen, wenn sie

- sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie beispielsweise versuchen, eine Parallelgesellschaft zu errichten,
- in Deutschland politische Auseinandersetzungen gewaltvoll führen und dadurch die Sicherheit von Bund oder Ländern gefährden,
- von Deutschland aus Gewaltaktionen in anderen Staaten planen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen gefährden,
- sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, engagieren.[27]

Nach diesem Begriffsverständnis sind Ausländerextremisten also rechts-, links- oder religiös motivierte Extremisten, die über einen nichtdeutschen Pass verfügen und die eigenen Ziele außerhalb Deutschlands verwirklichen wollen.

Als größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland gilt die »Arbeiterpartei Kurdistans«, die einen autonomen Kurdenstaat anstrebt und unter dem Kürzel PKK bekannt ist. Es ist nach Angaben des Landesamts für Verfassungsschutz auch die einzige ausländerextremistische Vereinigung in Sachsen. Zu ihr gehören demnach Strukturen wie der »Dresdner Verein Deutsch Kurdischer Begegnungen« und die Gruppe »Ciwanen Azad Dresden«.

Extremismus sogenannter Reichsbürger und Selbstverwalter

Bei den gegenwärtig auftretenden »Reichsbürgern« handelt sich um einzelne Personen und lose Gruppierungen, die einer Verschwörungsideologie folgen. Ihre Anhänger glauben,

dass das Deutsche Reich rechtlich weiter bestünde und dass demzufolge die Bundesrepublik Deutschland nicht existent sei. Vielmehr sei sie ein Unternehmen, die »BRD GmbH«, zu deren Personal sie sich nicht zählen wollen und demzufolge oftmals ihre Ausweisdokumente an die Verwaltungen zurückgeben möchten. Diese selbst ernannten »Reichsbürger« gründen Scheinstaaten und vertreten die Überzeugung, sich selbst zu verwalten. In dieser Logik lehnen sie zum Beispiel das Zahlen von Steuern in Deutschland ab. Die Bundesregierung stellt bei den Aktivitäten mancher »Reichsbürger« deren Ernsthaftigkeit und seelische Gesundheit infrage, da die Schuldfähigkeit einiger Handelnder von Psychiatern angezweifelt wird.[28] Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive haben die Strukturen Ähnlichkeiten mit Sekten.[29]

Der Musiker Xavier Naidoo, der die »Reichsbürger« öffentlich unterstützt, hält sie und sich für Systemkritiker. Verfassungsschützer hingegen weisen darauf hin, dass die Ideologie der Verschwörungsfantasten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerspreche.[30] Der ideologische Kern gilt als rechtsextrem.[31] Beobachter der Bewegung attestieren ihr seit 2010 in Teilen zunehmende Gewaltanwendung.[32] In Sachsen beobachtet der Verfassungsschutz Strukturen wie die »Exilregierung Deutsches Reich« und den »Bundesstaat Sachsen«. Neben diesen Gruppierungen beschäftigen einzelne selbst ernannte »Reichsbürger« sächsische Behörden wie Stadtverwaltungen und Landratsämter mit zahlreichen Schreiben oder auch mit der bereits erwähnten Rückgabe der Personalausweise.

Wie viele Extremisten gibt es laut Verfassungsschutz in Sachsen?

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) schreibt im Vorwort des Verfassungsschutzberichtes 2016: »Von großer Bedeutung ist und bleibt […] an erster Stelle weiterhin die Beobachtung des Rechtsextremismus.«[33] Weiter heißt es in dem Bericht: Die Zahl der Linksextremisten und Islamisten sei zwar gestiegen, erreiche aber dennoch zusammen weniger als die Hälfte der Anhänger rechtsextremer Strukturen.

Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz beschreibt für 2016 folgende Situation:

Sachsen 2016	Zahl	Gewalt-bereitschaft	stärkste Präsenz
Rechts-extremisten	etwa 2700 Personen	davon etwa 1250 Personen ge-waltorientiert	Dresden, Leipzig, Land-kreis Sächsische Schweiz-Osterz-gebirge

Sachsen 2016	Zahl	Gewalt-bereitschaft	stärkste Präsenz
Links-extremisten	etwa 845 Personen	nicht explizit benannt, aber bei Autonomen (Zahl: 425) wird ein »grundsätzliches Bekenntnis zu ›revolutionärer Gewalt‹ angenommen«	Dresden, Leipzig
islamistischer Extremismus	etwa 350 Personen	ambivalentes Verhältnis zu Gewalt	Leipzig
Ausländer-extremismus	etwa 160 Personen	überwiegend gewaltfrei	Dresden
»Reichsbürger« und »Selbstverwalter«	etwa 500 Personen, davon personelle Überschneidung mit circa 25 Rechtsextremen	überwiegend ordnungsrechtlich problematisch	keine Angabe

Im Verhältnis dazu die bundesweiten Zahlen aus dem Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz für 2016[34]:

- Demnach gibt es deutschlandweit insgesamt rund 23 100 Rechtsextremisten, davon subkulturell geprägt 8500, Neonazis 5800, in Parteien organisiert 6550.
- 28 500 Personen werden linksextremistischen Strukturen zugerechnet, darunter 6800 Autonome, 800 Anarchisten und 21 800 Marxisten-Leninisten.
- Die Zahl der islamistischen Extremisten in Deutschland wird auf 24 400 beziffert, davon 9700 Personen mit salafistischen Bestrebungen. Zu mehreren bundesweit aktiven islamistisch-extremistischen Organisationen wie dem sogenannten Islamischen Staat lägen keine gesicherten Anhängerzahlen vor.
- In Deutschland leben laut Angaben des Verfassungsschutzes rund 30 050 nichtislamistische Ausländerextremisten. Mit 17 550 Personen seien die meisten von ihnen linksextrem-motiviert. 11 000 Personen gehörten rechtsextremistischen Gruppierungen an.
- Die Anzahl der sogenannten Reichsbürger wird auf rund 10 000 Personen geschätzt. Der Anteil der Rechtsextremisten darunter soll bei etwa 500 bis 600 liegen.

Laut des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, gehe bundesweit derzeit die größte Gefahr von Islamisten aus. Auch »sehen wir im rechten Spektrum durchaus das Risiko, dass sich terroristische Strukturen bilden können«[35]. Die Wahrscheinlichkeit von linksmotivierten Anschlägen halte er hingegen für gering.

Politisch motivierte Kriminalität in Sachsen

Polizei und Verfassungsschutz erfassen unter der Bezeichnung »politisch motivierte Kriminalität« Straftaten wie die Bildung einer terroristischen Vereinigung, Hochverrat und Propagandadelikte. Weiter zählen die Behörden unter bestimmten Voraussetzungen Tötungen, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und Widerstandsdelikte dazu. Das gilt immer dann, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass

- die Täter damit absichtlich den Prozess der demokratischen Willensbildung beeinflussen, politische Ziele erreichen oder verhindern wollen oder dass die Straftaten sich gegen die Umsetzung politischer Entscheidungen richten,
- die Straftaten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Sicherheit des Bundes oder eines seiner Länder richten oder wenn sie Mitglieder der Verfassungsorgane ungesetzlich bei ihrer Amtsführung beeinträchtigen,
- die Täter mit Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- Straftaten sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, einer Behinderung, sexueller Orientierung oder auch ihres gesellschaftlichen Status richten.[36]

Als problematisch wird dabei gelegentlich angesehen, die Motivation der Täter genau einzuschätzen, wenn diese selbst keine Angaben zu ihren Beweggründen machen. Dann könne deren Handeln von verschiedenen Beamten unterschiedlich bewertet werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Straftaten der »politisch motivierten Kriminalität« – anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik« (darin werden allgemeine Straftaten wie zum Beispiel Diebstahl festgehalten) – grundsätzlich schon bei Beginn des Verfahrens dem jeweiligen Phänomenbereich zugeordnet werden.[37]

So kommen die sächsischen Verfassungsschützer[38] und Mitarbeitenden des Landeskriminalamtes[39] auch zu unterschiedlichen Ergebnissen. Sie machen folgende Angaben:

Sachsen 2016	Straftaten	Gewalttaten
Rechtsextremisten	2380 (LKA: 2468)	145
Linksextremisten	578 (LKA: 671)	102
islamistisch-extremistisch	keine Angaben	keine Angaben
Ausländerextremismus	54 (LKA: 65)	14
»Reichsbürger«	keine Angaben	keine Angaben

Bundesweit hat die Zahl der politisch motivierten Straftaten 2016 nach Angaben des Bundesinnenministeriums einen Höchststand erreicht.[40] Insgesamt wurden 41 549 solcher Straftaten registriert. Rechtsmotiviert seien davon 23 555, linksmotiviert 9389 gewesen. Im Bereich Ausländerkriminalität wurden 3372 Delikte gezählt. Straftaten von Islamisten oder sogenannten Reichsbürgern werden nicht gesondert aufgeführt.

Von diesen insgesamt erfassten politisch motivierten Straftaten wiesen 74,5 Prozent einen extremistischen Hintergrund auf. Das heißt: Bei diesen Straftaten soll es Anhaltspunkte dafür geben, dass die Täter bestimmte Verfassungsgrundsätze außer Kraft setzen wollten. Für das rechtsextreme Spektrum werden diese Taten auf 22 471 beziffert, für linksmotivierte Extremisten auf 5230, im Bereich der Ausländerkriminalität auf 2566.

Politisch motivierte Gewalttaten hat es laut des Berichts 2016 in 4311 Fällen gegeben. Rechtsmotivierte Gewalttaten sind um 14,3 Prozent angestiegen; im linksmotivierten Bereich ging die Zahl der Gewalttaten um 24,2 Prozent zurück. Unklar bleibt, was dabei genau als Gewalt verstanden wird. Der Staat legt das nicht genau fest. In der allgemeinen »Polizeilichen Kriminalstatistik« sind damit gravierende Delikte gegen Personen gemeint. In der Statistik zur »Politisch Motivierten Kriminalität« hingegen umfasst Gewalt neben Tötungsdelikten, Körperverletzung, Sexualdelikten, aber auch Widerstandsdelikte und gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr. Kritiker sagen, in der Folge würden Sitzblockaden bei Demonstrationen in der Wertigkeit mit Tötungsdelikten gleichgesetzt.[41]

1 Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse, Extremismus in Deutschland; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013, S. 9.

2 Vgl. Sebastian Liebold, Der Freiheitsbegriff als Instrument gegen die streitbare Demokratie – Gegensätze und Parallelen extremistischer Entwürfe; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013, S. 356.

3 Vgl. Samuel Salzborn, Extremismus und Geschichtspolitik; in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich/Harald Schmid (Hg.), Jahrbuch für Politik und Geschichte, 2/2011, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 2011, S. 13–25, und vgl. Matthias Falter, Critical Thinking Beyond Hufeisen – »Extremismus« und seine politische Funktionalität; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, S. 90.

4 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Psychosozial-Verlag, Gießen, 2016.

5 Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1989, S. 18.

6 Vgl. Anne Dölemeyer/Anne Mehrer, Einleitung: Ordnung. Macht. Extremismus; in: Forum für kritische

Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, S. 21, und vgl. Matthias Falter, Critical Thinking Beyond Hufeisen – »Extremismus« und seine politische Funktionalität; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011, S. 86.

7 Vgl. Gert Pickel/Oliver Decker, Einleitung – Extremismus in Sachsen; in: Gert Pickel/Oliver Decker (Hg.), Extremismus in Sachsen – Eine kritische Bestandsaufnahme, Edition Leipzig, 2016, S. 14.

8 Vgl. Jan Ackermann/Katharina Behne/Felix Buchta/Marc Drobot/Philipp Knopp, Metamorphosen des Extremismusbegriffes, Springer VS, Wiesbaden, 2015, S. 235.

9 Vgl. Claus Leggewie/Horst Meier, »Verfassungsschutz« – Über das Ende eines deutschen Sonderwegs, https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/oktober/%C2%BBverfassungsschutz%C2%AB, Stand: 10.2012, Abruf: 20. 5. 17.

10 Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016 (Vorabfassung), Dresden, 2017, S. 7.

11 Manfred G. Schmidt, Radikalismus; in: Martin G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, 3. überarb. Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 2010, S. 655.

12 Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. – Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004, S. 13.

13 Vgl. Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, Extremismus, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 2012, S. 54 f.

14 Vgl. Eckhard Stengel, Fast 40 Jahre rechtswidrig überwacht; http://www.fr.de/politik/verfassungsschutz-fast-40-jahre-lang-rechtswidrig-ueberwacht-a-941798, Stand: 4. 2. 2011, Abruf: 15. 8. 2017.

15 Vgl. Hendrik Maaßen, Aufgeflogen: Gespräch mit Journalisten abgehört, http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Aufgeflogen-Gespraech-mit-Journalisten-abgehoert,ueberwachung248.html, Stand: 27. 6. 2017, Abruf: 15. 8. 2017.

16 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen, Dresden, 2009, S. 234 f.

17 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, 2. Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2001, S. 30, und vgl. Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006, S. 20.

18 Vgl. Uwe Backes (b), Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland; in: Birgit Enzmann (Hg.), Handbuch Politische Gewalt, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2013, S. 371–376.

19 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O.

20 Vgl. Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien, Ideologien zur Diskreditierung der Linken; in: Armin Pfahl-Traughber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl, 2010, S. 33 und 56.

21 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Was ist Linksextremismus?, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/was-ist-linksextremismus, Abruf: 22. 5. 2017, und Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O., S. 174.

22 Vgl. Uwe Backes (b), a. a. O., S. 365 ff.

23 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O.

24 Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, a. a. O., S. 245.
25 Werner Schiffauer, Zur Konstruktion von Sicherheitspartnerschaften; in: Michael Bommes/Marianne Krüger-Potratz (Hg.), Rat für Migration, Migrationsreport 2008, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2008, S. 218.
26 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O.
27 Vgl. ebenda, S. 258, und vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Glossar, Ausländerextremismus, https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar, Abruf: 15. 5. 2017.
28 Vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion »Die Linke«, Rechtsextreme Tendenzen in der sogenannten Reichsbürgerbewegung, Drucksache 18/9161, 12. 7. 2016.
29 Vgl. Jan Rathje (b), Zwischen Verschwörungsmythen, Esoterik und Holocaustleugnung – die Reichsideologie, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/210330/zwischen-verschwoerungsmythen-esoterik-und-holocaustleugnung-die-reichsideologie, Stand: 14. 10. 2015, Abruf: 24. 5. 2017.
30 Vgl. Michael Hüllen/Heiko Homburg/Yasemin Desiree Krüger, »Reichsbürger« zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit; in: Dirk Wilking (Hg.)/Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, »Reichsbürger« – Ein Handbuch, 2. Auflage, Potsdam, 2015, S. 18.
31 Vgl. Jan Rathje, »Wir sind wieder da« – Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin, 2014, S. 6.
32 Vgl. Jan Rathje (b), a. a. O.
33 Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O.
34 Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin, 2017.
35 tagesschau.de, BKA-Chef Münch: Zahl islamistischer Gefährder gestiegen, https://www.tagesschau.de/inland/bka-gefaehrder-islamisten-linke-101.html, Stand: 21. 7. 2017, Abruf: 21. 7. 2017.
36 Vgl. Bundesministerium des Innern, Was ist politisch motivierte Kriminalität?, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Daten-zu-Kriminalitaet/FAQ-PKS/faq_node.html, Abruf: 11. 5. 2017.
37 Vgl. Bundesministerium des Inneren, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016 – Bundesweite Fallzahlen, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Abruf: 24. 5. 2017.
38 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O.
39 Vgl. Polizei Sachsen, Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, Folien PKS 2016 – grafischer Überblick, https://www.polizei.sachsen.de/de/9549.htm, Stand: 29. 3. 2017, Abruf: 25. 5. 2017.
40 Vgl. Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung »Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen Politisch Motivierte Kriminalität 2016 vorgestellt«, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Stand: 24. 4. 2017, Abruf: 25. 5. 2017, und vgl. Bundesministerium des Inneren, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016 – Bundesweite Fallzahlen (PDF), http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Abruf: 24. 5. 2017.
41 Vgl. Andrea Hübler, Extremisten unter sich?; in: Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hg.), Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, VSA: Verlag, Hamburg, 2012, S. 84.

Was bedeutet »Ausstieg«?

Wann ist jemand »ausgestiegen«?

»Extremismus« kann man vielfältig definieren – »Ausstieg« auch.

Etliche Skeptiker stoßen sich zuallererst an dem Begriff. Denn der legt nahe, dass Aussteiger sich in eine völlig andere Welt begeben, wenn sie sich aus einem extremen Milieu lösen. Kritiker wenden ein, dass Ausstiegswillige auch in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft auf Inhalte ihrer alten Ideologie stoßen werden: rassistische Kommentare in sozialen Netzwerken beispielsweise. Andere sagen, dass viele Aussteiger keine 180-Grad-Wendung vollziehen – von »Ausstieg« könne nicht die Rede sein, wenn jemand frühere Ideale nicht vollständig ablehnt.

Der Begriff »Ausstieg« hat sich dennoch durchgesetzt, weil Menschen aus einer vehementen Systemablehnung aussteigen, oftmals aus ihrer sozialen Abschottung und gegebenenfalls aus der Gewalt – auch, wenn die nicht zum offiziellen »Extremismusverständnis« dazugehört.

Zusammengefasst geht es beim Ausstieg also darum, sich aus politischen Kontexten und Milieus zu lösen und politische Vorstellungen zu ändern, um demokratische Überzeugungen zu gewinnen. Von der alten Ideologie bleiben höchstens kleine Bruchstücke, die das Verhalten aber in keiner Weise mehr bestimmen. Aussteiger beenden zudem ihre kriminelle Karriere, wenn sie bereits straffällig geworden sind.[1]

Pädagogen und Psychologen sagen: Vom Ausstieg kann man nur sprechen, wenn eine Person sich nicht nur aus ihrem Milieu löst, sondern auch ihre bisherigen Auffassungen zumindest kritisch hinterfragt.[2] Für viele reicht dabei das bloße Bekenntnis – »Jetzt steige ich aus« – nicht aus.

Die Politikwissenschaftlerin Andrea Hübler arbeitet als Beraterin für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt. Sie habe regelmäßig erlebt, dass vor Gericht rechtsextreme Gewalttäter versprächen, ab jetzt nie wieder eine rassistische Gewalttat

zu begehen. Eine solche Erklärung diene dann als eine Art Freibrief vor Gericht und wirke strafmildernd. Tage später aber seien diese sogenannten Aussteiger auf Demonstrationen der extremen Szene gesehen worden. »Das macht sehr wütend. Wie sollen wir das den von uns betreuten Opfern erklären?«[3]

Bis Ausstiegswillige zu Aussteigern geworden sind, braucht es im Normalfall viel Zeit. Es kann bis zu mehreren Jahren dauern, bis sich Ausstiegswillige von ihren Einstellungen distanziert haben.[4]

Wie läuft ein Ausstieg in der Regel ab?

Auch darauf gibt es keine allgemeingültige Antwort; Ausstiege können sehr unterschiedlich verlaufen. Es kann sein, dass Menschen sich sehr allmählich, in einem lang dauernden Prozess immer mehr von ihrer Szene distanzieren. Bei anderen kann es ein markantes Schlüsselerlebnis sein, das ihnen unwiderruflich klarmacht, dass es so nicht weitergehen kann. Meist ist dem Entschluss ein langer innerer, manchmal unbewusst stattfindender Kampf vorausgegangen. Zweifel werden zuerst unterdrückt. Denn: Klar ist, Aussteigen aus einem extremen Milieu ist nicht einfach. Ausstiegswillige müssen vieles aufgeben, was ihr bisheriges Leben ausgemacht hat. Sie müssen sich eigene Fehler eingestehen und sich unter Umständen auf eine völlig ungewisse Zukunft einlassen.

Vor diesem Problem stand auch der ehemalige Rechtsextremist Ingo Hasselbach, einer der ersten öffentlich bekanntgewordenen Aussteiger.[5] Alles begann damit, dass der Regisseur Winfried Bohnengel Kontakt zu ihm aufnahm, weil er einen Film über die Neonazi-Szene drehen wollte. Die Heuchelei innerhalb der Szene und der blinde Aktionismus nervten Hasselbach seit Längerem. Bohnengel hingegen respektierte Hasselbach als Mensch – trotz seiner politischen Auffassung, von der der Filmemacher sich deutlich distanzierte. Dieses Verhalten irritierte Hasselbach. Ihn erschütterte das Bild, das Bohnengels Film schließlich zeigte. Plötzlich nahm er auch die Verzweiflung seiner Mutter über seinen Werdegang wahr.

Nach den rassistisch motivierten Morden von Mölln und den Angriffen in Rostock-Lichtenhagen wurden Hasselbachs Zweifel an der rechtsextremen Ideologie und Szene immer größer. Dennoch machte ein möglicher Ausstieg ihm Angst, weil er nichts mehr hatte, auf das er sich beziehen konnte: keine berufliche Perspektive und keine Freunde außerhalb des extremen Milieus. Als Hasselbach den Schritt trotzdem wagte, wurde er von seinen sogenannten Kameraden als Verräter beschimpft, verfolgt und mit dem Tod bedroht. Später dann gründete Hasselbach die erste bundesweite Aussteigerhilfe-Organisation »Exit-Deutschland« mit.

Andere Ausstiege unterscheiden sich von diesem Beispiel. Trotzdem können verschiedene Phasen ausgemacht werden, die viele Ausstiegswillige während ihrer Distanzierung durchlaufen.[6] In der »Irritationsphase« werden Anhänger extremer Szenen verunsichert, stellen ihre Überzeugungen infrage. Das kann beispielsweise durch ein verändertes Umfeld hervorgerufen werden: Bei Jugendlichen durch einen Klassen- oder Schulwechsel, bei Älteren durch das Aufnehmen einer neuen Arbeit. Sie begegnen szenefremden Personen, die sie (zum Beispiel mit Akzeptanz) überraschen.

Während der »Loslösungsphase« empfinden die nun Zweifelnden die alten ideologischen Grundsätze nach und nach als immer unpassender. Sie suchen stattdessen nach anderen Sichtweisen auf die Welt.

In der »Manifestierungs- und Neuperspektivierungsphase« geht es um den endgültigen Bruch mit der extremen Haltung. Ausstiegswillige trennen sich vollständig von der Szene und den damit verbundenen Aktivitäten. Sie bilden sich weiter, suchen nach Arbeit, bemühen sich um Freunde und Bekannte außerhalb des extremen Milieus, bauen ihr Selbstwertgefühl auf.

Grundsätzlich geht es also im Verlauf des Ausstiegsprozesses darum, persönliche und berufliche Perspektiven zu entwickeln und soziale Kompetenzen aufzubauen. Das meint, dass Ausstiegswillige an sich arbeiten müssen. Sie trainieren dazu ihre Fähigkeiten zu kommunizieren, Konflikte einzugehen, Aggressionen abzubauen. Dazu sehen Wissenschaft und Helfende es als hilfreich an, wenn mögliche Aussteiger sich von bekannten Mustern lösen und neue Erfahrungen sammeln. Das gilt auch für ihre Freizeitgestaltung und meint, dass sie Neues ausprobieren sollen – andere Sportarten beispielsweise.[7]

Wie unterscheiden sich Ausstiege?

Verschiedene Motivationen

Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, sich aus einer extremen Szene lösen zu wollen. Meist schmilzt deren Anziehungskraft, wenn ein Mitglied

- glaubt, das eigene Leben nicht mehr in den Griff zu bekommen,
- sich der Szene nicht mehr zugehörig und dort anerkannt fühlt,
- an der Ideologie zweifelt,
- persönliche Bedürfnisse regelmäßig zurückstellen muss und
- Möglichkeiten außerhalb der Szene erkennt, um das Vermisste zu verwirklichen.[8]

Es gibt potenzielle Aussteiger, die daran verzweifeln, wie wenig die Szene zusammenhält. So gibt es Neonazis, die Rechtsrock-Fans skeptisch beäugen oder sogar verachten, obwohl ihr Gedan-

kengut sich ähnelt. Zweifelnde erkennen: Loyalität gibt es hier nur in der Theorie. Andere werden von ihren Vorbildern enttäuscht, weil die sich als unfähig, opportunistisch oder hilflos entpuppen. Die einst angesehenen Mitstreiter werden durch ihre Unehrlichkeit und Doppelmoral entzaubert.

Dennoch: Solche Enttäuschungen und Konflikte innerhalb der Szene allein reichen laut Psychologen nicht aus, um aussteigen zu wollen. Es müssten vielmehr Erlebnisse gemacht werden, die nachhaltig irritieren. Wenn zum Beispiel Rechtsextremisten als »Feinde« abgestempelten Menschen begegnen, die sie interessiert und respektvoll behandeln, oder wenn die angenommene eigene Überlegenheit konkret auf den Prüfstand gestellt wird. Psychologen meinen: Wer mit den Folgen der eigenen Ideologie konfrontiert wird, könne beginnen, daran zu zweifeln. Das gelte insbesondere dann, wenn diese Zweifel zeitgleich mit einer persönlichen Krise auftreten.

Der Hang zum Extremismus wird gelegentlich auch als Phänomen des Erwachsenwerdens gedeutet, wenngleich extremistische Einstellungen auch im höheren Alter sehr stark ausgeprägt sein können (denken wir an das Klischee des Parolen grölenden Stammtischbesuchers).

Laut Psychologen nutzen sich aber die Bedürfnisse zu protestieren, Abenteuer zu erleben und Thrill zu empfinden mit zunehmendem Alter immer mehr ab. Wer nicht mehr gegen die eigenen Eltern aufbegehren muss oder selbst eine Familie gründen möchte, dem bietet sich also eine Chance zum Ausstieg.[9]

Es kann ganz schlicht aber auch die Angst vor Strafe sein, die Anhänger extremer Szenen zum Ausstieg motiviert. Oftmals ist es erforderlich, dass mehrere Faktoren zusammenspielen, damit sich jemand aus dem bisherigen Milieu löst. [10]

Rausschleichen oder mit Pauken und Trompeten?

Auch das »Wie« des Brechens mit der Szene kann vielfältig sein. Während der eine Ausstiegswillige sich schleichend – im Fachjargon leise oder weich – löst, bricht ein anderer hart und laut.[11]

Die Menschen, die sich in aller Stille von ehemaligen Gesinnungsgenossen zurückziehen, legen sich oft nachvollziehbare Gründe zurecht: Eine neue Arbeitsstelle, familiäre Verpflichtungen, die einen Rückzug rechtfertigen.[12] Wer sich auf diese Weise verabschiedet, setzt sich zwar einerseits weniger dem Risiko aus, von ehemaligen Mitstreitern angegriffen zu werden – gerade im Phänomenbereich des Rechtsextremismus ist das ein Problem für viele gewillte Aussteiger. Anderseits können Teile der Gesellschaft an der Glaubwürdigkeit von Ausstiegswilligen zweifeln, wenn diese sich nicht offensiv zum Bruch mit ihrer Vergangenheit bekennen.

Vorsitzende eines Vereins oder einer Partei können im Normalfall nicht unbemerkt abtauchen. Personen, die einen gewissen Bekanntheitsgrad haben, müssen ihren Ausstieg also öffentlich machen. Das heißt, sich mit deutlicher Ankündigung und auch schlagartig von ihrem kompletten Umfeld lösen.[13]

Ausstiege unterscheiden sich auch nach der Verweildauer im jeweiligen Milieu. Distanzieren kann sich eine Person schon in der ersten Zeit, während sie sich noch extremen Positionen und Gruppen annähert: beispielhaft Jugendliche, die sich verlieben – Partner und Szene dann aber nach wenigen Monaten wieder verlassen.

Ein Ausstieg ist aber auch für Menschen möglich, die schon seit Jahren zu einer Szene gehören. Solch eine Person hat währenddessen vermutlich Sprache und Verhalten sehr der Gruppe angepasst und sich dadurch von anderen Teilen der Gesellschaft stark entfremdet. Je tiefer diese Menschen in eine Bewegung eingebunden waren, umso schwieriger wird es demnach für sie, sich von ihr zu lösen.[14]

Hindernisse beim Aussteigen

Um etwas an ihrem Leben zu ändern, müssen Menschen die Schwerkraft der Gewohnheit überwinden. Irgendwann erlahmt anfängliches Interesse. Die Überzeugungskraft lässt nach. Zweifel gewinnen die Oberhand. Trotzdem gelingt es Menschen, das alles auszublenden, damit sie nicht in unangenehme Konflikte geraten oder Entscheidungen treffen müssen. Hinzu kommt bei manchen ein Verantwortungsgefühl im Sinne von »Ich habe mich lange dafür eingesetzt« oder »Die brauchen mich«. Andere fürchten sich vor der Einsamkeit im neuen Lebensabschnitt: »Ich habe doch sonst niemanden.«[15]

Die Gefahr sozialer Isolation besteht tatsächlich: Wenn Aussteiger sich kein neues Umfeld suchen, weil sie Angst vor Entdeckung und Bedrohung haben. Die einzelnen extremen Gruppierungen unterscheiden sich nämlich nicht nur inhaltlich, sondern auch in Bezug auf ihr aggressives Auftreten.[16] Der ehemalige Rechtsextremist Ingo Hasselbach zum Beispiel soll sich lange Zeit versteckt haben, um der Rache seiner ehemaligen »Kameraden« zu entgehen.[17]

Als durch ehemalige Mitstreiter konkret gefährdet gelten Ausstiegswillige,

- die nach ihrem verkündeten Rückzug noch Kontakte in eine gewaltbereite Szene pflegen,
- die von kriminellen Handlungen ihrer ehemaligen Mitstreiter wissen und deshalb als unkontrollierbar erscheinen,
- die in der Öffentlichkeit auftreten,
- die sich bekanntermaßen an ein Aussteigerprogramm gewendet haben oder
- die als Informanten mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten.[18]

Manche Ausstiegswillige werden verbal, andere körperlich angegriffen. Es kann unter Umständen nötig sein, dass die Aussteiger deshalb nicht in ihrer bisherigen Region bleiben können und umziehen müssen.[19]

Mit Hilfe oder ohne

Den Ausstieg wagen: Das können Betroffene eigenständig versuchen. Und man sagt, es könne ihnen auch gelingen. Es gibt nichtsdestotrotz private und staatliche Hilfsangebote: Organisationen, die Ausstiegswillige unterstützen. Diese sind anfänglich auf Anhänger der rechtsextremen Szene ausgerichtet gewesen und sind es gegenwärtig überwiegend immer noch.[20] Solche professionellen Angebote gibt es in Deutschland seit dem Jahr 2000. Die Initiative des Kriminalisten Dr. Bernd Wagner und des ehemaligen Rechtsextremisten Ingo Hasselbach, »Exit-Deutschland«, machte den Anfang; ihr folgten andere private Träger wie Vereine und Stiftungen. Im Herbst 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den sogenannten Aufstand der Anständigen aus. Nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf forderte er die deutsche Bevölkerung mit seinem Appell zu mehr Zivilcourage auf. Die rot-grüne Bundesregierung förderte in der Folge verstärkt Initiativen gegen Rechtsextremismus. Zudem initiierte Ex-Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) daraufhin 2001 ein staatlich unterstütztes Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten auf Bundesebene. Später richteten die einzelnen Bundesländer unterschiedliche Angebote ein.[21] Diese staatlichen Angebote sind beim Verfassungsschutz, den Justizbehörden oder Landeskriminalämtern angesiedelt. Einige Programme agieren bundesweit; andere konzentrieren sich auf bestimmte Regionen oder Arbeitsfelder wie den Strafvollzug. Außerdem gibt es unterschiedliche Zielgruppen: Hilfen, die sich speziell an Jugendliche wenden, an langjährige Mitglieder der Szene oder auch an ihre Angehörigen. Die verschiedenen Programme unterscheiden sich zudem bei Zielen, Methoden, Konzepten.[22]

So können Mitarbeiter des einen Hilfsangebotes in erster Linie darauf aus sein, dass Ausstiegswillige nachträglich sozialisiert werden, um ihr Leben künftig eigenständig führen zu können. Bei den meisten Aussteigerprogrammen für Rechtsextremisten gibt es dazu oft Anti-Aggressionstrainings. In anderen Programmen geht es vorrangig um die Diskussion der politisch-ideologischen oder religiösen Ansichten. Es gibt weitere Hilfen, die das Ziel »Strafminderung« verfolgen.

Oftmals reicht ein Aussteigerprogramm allein als professionelle Unterstützung nicht aus. Viele Ausstiegswillige brauchen darüber hinaus Hilfe von Arbeitsvermittlern, Bildungseinrichtungen, Haftbetreuern, Schuldnerberatungen und Medizinern.

Die Helfenden unterstützen bei Behördengängen, dem Aufbauen einer Alltagsstruktur, dem Erlernen neuer Problemlösungsstrategien. Sie stehen bei, wenn es um das Finden von Freizeitbeschäftigung und neuen sozialen Kontakten geht oder um das Brückenbauen zur Herkunftsfamilie. Mit der Hilfe der professionellen Ratgebenden sollen die Aussteiger in der Lage sein, im Alltag auftretende Probleme eigenständig zu bearbeiten: die Kontrolle über das eigene Leben zu erlangen. Professionelle Unterstützung soll vor allem dann hilfreich sein, wenn die Ausstiegswilligen keine oder kaum noch tragfähige Kontakte außerhalb der Szene haben.

Dazu müssen die Ausstiegswilligen glaubhaft darlegen, warum sie die Szene verlassen möchten. Dazu können Zweifel an der Ideologie zählen oder der Wunsch, eine Haftstrafe zu vermeiden. Künftige Klienten müssen bereit sein, aktiv mitzuarbeiten und sich mit begangenen Straftaten oder politischen Inhalten auseinanderzusetzen. Häufig erwarten die Mitarbeiter von Ausstiegsprogrammen, dass die Betreuten ihre Szenekontakte abbrechen. Wer sich den Abmachungen widersetzt, wird nicht weiter betreut. In Einzelfällen wird die Justiz benachrichtigt, sodass zum Beispiel eine zur Bewährung ausgesetzte Haftstrafe angetreten werden muss.

Wie viele Aussteiger gibt es?

Das lässt sich nicht so klar beantworten, weder für Deutschland, noch speziell für Sachsen. Abgesehen davon, dass es eigenständige Ausstiege geben soll, die nicht dokumentiert werden, sind auch die unterstützten Ausstiege ein Buch mit sieben Siegeln. Viele Programme wie jene des Bundesamts für Verfassungsschutz geben ihre internen Zahlen nicht preis – mit der Begründung, es handele sich um absolut vertraulich zu behandelnde Daten.

Es gibt Schätzungen der gemeinnützigen »ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur«, nach denen seit dem Jahr 2000 bundesweit 1500 Rechtsextremisten auf unterschiedlichen Wegen ausgestiegen sind. Für andere Szenen gibt es nicht einmal solche Vermutungen.

Ohnehin haben Fallzahlen nur eine begrenzte Aussagekraft. Sie sind weder nachprüfbar, noch gibt es klare Kriterien für einen erfolgreichen Ausstieg.[23] Diese aufzustellen, sei nicht möglich, sagen einige Sozialwissenschaftler. Die Hilfe zum Ausstieg sei nicht standardisierbar, weil es sich um eine personenbezogene soziale Dienstleistung handele.[24]

Laut der sächsischen Aussteigerprogramme sind insgesamt rund 110 erfolgreiche Fälle dokumentiert. In den Justizvollzugsanstalten Sachsens soll es nach deren Angaben keine nennenswerten Erfahrungen mit Aussteigern geben.

1 Vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, Distanzierungen von rechtsextremen Haltungen – Zur Funktion staatlicher Aussteigerprogramme; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 23 f.
2 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 169.
3 Johannes Radke, …und du bist raus. Wann ein Ausstieg ein Ausstieg ist, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236551/debatte-ueber-echten-ausstieg, Stand: 1. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017.
4 Vgl. Stefan Schölermann, Den Ausstieg wagen, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236716/netzwerke-in-norddeutschland, Stand: 4. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017, und vgl. Michael Glaser/Sally Hohnstein/Frank Greuel, Ausstiegshilfen in Deutschland – Ein vergleichender Überblick über Akteure und Vorgehensweisen; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 66 f.
5 Vgl. ebenda und vgl. Burkhard Schröder, Ich war ein Neonazi: Reportage über den Aussteiger Ingo Hasselbach, Ravensburger Buchverlag, Ravensburg, 1994.
6 Vgl. Kurt Möller, Warum und wie steigen Rechtsextreme aus?, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236552/warum-und-wie-aussteigen, Stand: 1. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017, und vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 24–32.
7 Vgl. Tina Wilchen Christensen, Eine schwarz-weiße Weltanschauung durch Grautöne ergänzen. Wie ehemalige Rechtsextremisten durch Vorbilder und soziale Unterstützung zum Wandel ihrer Identität angeregt werden können; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 201 f.
8 Vgl. Kurt Möller, a. a. O., und vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 24–32.
9 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 11, 148–168, 186–194.
10 Vgl. Johannes Radke, a. a. O.
11 Vgl. Kurt Möller, a. a. O.
12 Vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 36.
13 Vgl. Michael Glaser/Sally Hohnstein/Frank Greuel, a. a. O., S. 59.
14 Vgl. Kurt Möller, a. a. O., und vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 22.
15 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 181 ff.
16 Vgl. ebenda, S. 61.
17 Vgl. Burkhard Schröder, a. a. O.
18 Vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 36.
19 Vgl. Johannes Radke, a. a. O., und vgl. Stefan Schölermann, a. a. O.
20 Vgl. Peter Rieker (b), Einführung: Professionelle Hilfe zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene – Entwicklungen und Perspektiven; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 10.
21 Vgl. Birgit Rheims, Ausstiegshilfen: Unterstützung für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene; in: »Überblick«, Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), Schwerpunkt Rechtsextremismus, 9. Jahrgang, Nr. 1, 03/2003, S. 3–12, http://www.ida-nrw.de/cms/upload/download/pdf/Ueberblick_1_03.pdf, Abruf: 3. 5. 2017.
22 Vgl. Peter Rieker (b), a. a. O., S. 8.
23 Vgl. Peter Rieker, a. a. O., S. 12.
24 Vgl. Frank Buchheit, Ausstiegshilfe im Spannungsfeld polizeilicher und pädagogischer Intentionen; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 79.

»Keine Willkommenskultur für Aussteiger«

Interview

Gespräch mit dem Aussteigerhelfer
Dr. Bernd Wagner

Seit mehr als 20 Jahren arbeitet der Diplomkriminalist und ehemalige Kriminaloberrat Dr. Bernd Wagner mit Ausstiegswilligen. Er gilt für viele als das Gesicht der professionellen Aussteigerhilfe und ist dennoch und deshalb nicht unumstritten. Wagner ist Geschäftsführer der gemeinnützigen »ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur« in Berlin. Sie setzt sich nach eigenen Angaben bundesweit für »die Idee einer funktionierenden freiheitlichen, demokratischen, menschenwürdigen und solidarischen Leistungsgesellschaft« ein. Ihre Initiativen wie »Exit-Deutschland« sollen rechtsextreme Ausstiegswillige unterstützen. Darüber hinaus wollen die Projekte über Extremismus aufklären als auch vor Gewalt schützen.

Herr Dr. Wagner, ab wann ist für Sie jemand erfolgreich aus einer extremen politischen Szene ausgestiegen?
Bernd Wagner Unsere Hauslesart des Rechtsradikalismus geht über das Extremismusverständnis von Backes und Jesse hinaus. Wir schauen besonders: Wie stark ist jemand ideologisch gebunden? Wie gewaltbereit ist er? Will er andere missionieren? Aussteigen bedeutet dann, sich zu de-radikalisieren. Man muss nicht mit allem einverstanden sein in unserer Demokratie. Man muss auch kein Polizeifreund werden, aber man erkennt zum Beispiel die Freiheit Andersdenkender an. Ein Aussteiger muss von der extremen Ideologie runter, weg von der dazugehörigen Bewegung und weg von der Gewalt.

So, wie der trockene Alkoholiker keinen Schluck mehr kriegt, darf ein echter Aussteiger also keine Kontakte mehr in seine Szene haben?
Bernd Wagner Genau. Das muss nicht abrupt passieren. Aber am Ende hat der Aussteiger einen völlig neuen oder einen ganz alten Bezugskreis: Total andere Freunde oder wieder Kontakt zur Familie zum Beispiel. Und nicht gleich in die nächste extreme Sze-

ne rein … Denn das gibt es auch, dass aus einem Rechtsextremen dann ein Salafist wird. So jemand ist kein Aussteiger.

Muss man zum Aussteigen die ehemaligen Kameraden und Mitstreiterinnen verraten – ihre Namen und Taten?

Bernd Wagner Aussteiger können das grundsätzlich selbst entscheiden. Sie müssen aber darüber nachdenken, welchen Schaden ihre ehemaligen Kameraden anrichten können. Wenn es da um die Vorbereitung von lebensgefährlichen Delikten geht, gibt es nur die Wahl zwischen »mieser Raupe« oder »reifer Persönlichkeit«, die auspackt. Wir überlegen dann gemeinsam, wie man Polizei oder Staatsanwaltschaft das Wissen um Waffenbesitz geschickt offenbart, ohne dass der Aussteiger größere Probleme bekommt. Denn, klar: Wer andere an den Pranger stellt, für den kann es ungemütlich werden. Und an wirksame Zeugenschutzprogramme glaube ich nicht. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was die Kollegen bei den Sicherheitsbehörden leisten können und was nicht. Wer vor Gericht steht, dem raten wir immer, alles zu bekennen. Den Keller leer machen, die Wahrheit sagen.

Gehört zu einem glaubwürdigen Ausstieg also, dass man sich öffentlich zur eigenen Vergangenheit und dem Bruch damit bekennt?

Bernd Wagner Das ist die von uns bevorzugte Variante. Es gibt Ausnahmefälle, da ist das erst einmal zu gefährlich für den Aussteiger und seine Sicherheit. Aber irgendwann kommt dann ohnehin der Tag, da muss es raus. Deshalb muss man nicht immer und ständig in jeder Lebenssituation sagen, ich bin ein Aussteiger. Aber auf der Suche nach einem neuen Job ist es empfehlenswert, die Karten gleich auf den Tisch zu legen. Gerade im Internet ist in den meisten Fällen etwas über die Vergangenheit unserer Klienten zu finden. Wenn der Chef das auf diesem Weg herausfindet, ist das deutlich problematischer für das Vertrauensverhältnis.

Trotzdem: Auch bekennenden Aussteigern wird es hier unnatürlich schwer gemacht. Es gibt keine Willkommenskultur für sie in Deutschland. Es soll niemandem der rote Teppich ausgerollt werden, aber ein bisschen mehr menschliche Haltung ihrer Entscheidung gegenüber wäre wünschenswert. Wenn wir nämlich alle ausgrenzen wollen würden, die solche Positionen vertreten, dann wird das hier nichts. Ich glaube, man muss Feinde zu Freunden machen.

Muss ein ausgestiegener Gewalttäter sich bei seinem Opfer entschuldigen?

Bernd Wagner Wenn die Opfer das wollen, dann unbedingt. Wir hatten aber auch schon Fälle, bei denen das eine Zumutung ge-

wesen wäre. Dennoch ist uns die Opferperspektive sehr wichtig. Ich spreche das Thema bei Mördern beispielsweise immer wieder an. Solche Aussteiger sollen darunter nicht den ganzen Tag leiden, aber sich schon regelmäßig mit ihrer Schuld auseinandersetzen.

Für den Ausstieg ist es also wichtig, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, sich Fehler einzugestehen. Es gibt das Vorurteil von dumpfen Extremisten, bei denen es zu einer solchen Auseinandersetzung intellektuell nicht reicht. Was machen Sie in diesen Fällen?
Bernd Wagner Es gibt sie natürlich auch. Da leisten wir insbesondere sozialpädagogische Arbeit, beraten in Alltagsfragen. Wir sind froh, wenn diese Klienten wissen, dass sie »Scheiße gebaut« haben und nun in der Lage sind, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Da geht es weniger um Ideologisches, wobei natürlich auch diese Klienten klare Feindbilder im Kopf hatten, an denen zu arbeiten ist. Die meisten allerdings sind keine »schlichten Gemüter«.

Wenn es gut läuft mit einem Aussteiger – wird er dann am Ende unpolitisch?
Bernd Wagner Nein. Auch ehemalige Extremisten bleiben politisch denkende Menschen. Manche binden sich dann an Parteien wie die CDU oder SPD. Es gilt: Aussteiger beschäftigen sich mit anderen Werten als zuvor. Die meisten kennen ja das System Demokratie; sie kommen ja nicht vom Mars. Nur bislang haben sie die demokratischen Wertprinzipien abgelehnt. Diese Werte erkennen sie dann an, können aber über die Umsetzung von Politik meckern.

Woran merken Sie, dass es jemand mit dem Ausstieg ernst meint?
Bernd Wagner Erfahrung und die Art der Rede. Wir versuchen, in die innere Welt der Klienten einzutauchen. Dazu erwarten wir zum Beispiel, dass Ausstiegswillige uns einen Brief schreiben, in dem sie erläutern, warum sie in eine extreme Szene gefunden haben, was sie dort erlebt haben, was sie gestört hat und welche Perspektiven sie für sich sehen. Wer zum Beispiel in einem Strafverfahren eine umfassende Aussage gemacht hat, der ist glaubwürdig. Der kann nämlich nicht zurück.

Welche Rolle spielt da Vertrauen?
Bernd Wagner Wenn ich den ganzen Tag nur lauern wollte, könnte ich nicht arbeiten. Ich bin aber nicht unvorsichtig. Ich überprüfe, was mir erzählt wird. Ich habe auch schon Klienten der Lüge überführt. Dann ist es mit der Hilfe zu Ende.

Umstritten sind sogenannte Persilscheine: Dabei bestätigen Ausstiegshelfende im Gericht, jemand habe sich von der extremistischen Szene gelöst. Wie stehen Sie dazu?
Bernd Wagner Wir machen es uns nicht leicht mit solchen Bestätigungen. Wenn ich das Gefühl habe, der Klient bringt keinen echten Ausstiegswillen mit, dann trennen wir uns. Wir haben Erfahrung und wir müssen uns für unsere Arbeit verantworten. Dann erwarte ich auch, dass man unsere Arbeit und unsere Einschätzung ernst nimmt. Kritik an der Glaubwürdigkeit eines Aussteigers ist richtig, wenn sie begründet ist. Kritiker sollten also Tatsachen vortragen, die einen Verdacht untermauern. Dass jemand auf einer Demonstration mit ehemaligen Kameraden gesehen worden ist, reicht nicht immer. Denn es gibt ganz schleichende Ausstiege. Es hat aber auch Vorwürfe gegeben, die hilfreich waren und gezeigt haben: Dieser Klient meint es nicht ernst. Deshalb gehen wir jeder begründeten Kritik nach.

Das sind also Aufgaben, die Sie als Helfer fordern. Was noch?
Bernd Wagner Das Misstrauen aus dem demokratischen Raum und die Ignoranz der Möglichkeiten, die im Ausstieg stecken – politisch und gesellschaftlich –, sind das größte Problem. Darüber hinaus werde ich bedroht, aber Angst ist passé. Und ich bin nicht mehr 24 Stunden täglich erreichbar. Sonst hält man einen solchen Job nicht aus.

Für Ärger sorgt auch die vorbeugende Bildungsarbeit, bei der Aussteiger in Schulen gehen. Was halten Sie davon?
Bernd Wagner Das kann ich nicht grundsätzlich beantworten. Ich bin kein Fan davon, dass alle Aussteiger durch die Bank in Schulen gehen und dort von ihrer Vergangenheit erzählen. Auch, wenn so eine persönliche Geschichte natürlich sehr anschaulich ist. Trotzdem gehören die befähigten Aussteiger auch in Schulen. Wir schauen, wo und wie sie ihre Erlebnisse und Erkenntnisse teilen können. Das geht darüber hinaus auch im Internet. Auf www.ak-exit.de erzählen Aussteiger, wie sie aus der Szene rausgefunden haben. Das wird dann auch von ehemaligen Kameraden wahrgenommen und das halten wir für gut.

Rechtsextremistisch, linksmilitant, islamistisch: Wie unterscheidet sich das Verlassen unterschiedlicher Szenen?
Bernd Wagner Man kann die Ausstiege durchaus miteinander vergleichen, wenn auch jeder Ausstieg, jede Person sich unterscheidet. Bei allen geht es um die Grundwerte unserer Demokratie. Es gibt darüber hinaus szeneübergreifend ähnliche Grundmechanismen beim Loslösen. Aber die Feme, die Bedrohung und Bestrafung von sogenannten Verrätern aus den eigenen Reihen,

die ist bei Ultra-Rechten stärker entwickelt als bei Ultra-Linken. Das Bedrohungspotenzial ist im Vergleich der radikalen Bewegungen für mich aber nicht entscheidend. Es geht um das Wesen der radikalen Ideologie und um das Lösen von ihr und der daraus entfalteten politischen Bewegung.

Es gibt Stimmen, die sagen: Linke werden einfach älter. Sie behalten ihre Grundideale, gehen nicht mehr zu Demos oder Aktionstreffen, ohne Konsequenz. Einen richtigen Ausstieg, den gebe es nicht.
Bernd Wagner Das sehe ich nicht so. Oder: So gesehen bin ich auch ein Aussteiger. Ich bin DDR-sozialisiert. Die »Herrschaftsfreiheit« finde ich als Grundidee charmant, halte sie aber für eine weltweite Umsetzung als nicht tauglich. Wie soll man zum Beispiel den Weltmarkt in den Griff bekommen? Etwas, was bisher historisch gescheitert ist. Deshalb halte ich das deutsche Grundgesetz für das derzeit beste rechtliche Format freiheitlichen Lebens.

Ob sich also jemand aus der linken oder rechten Szene löst, ist für Sie unerheblich? Obwohl es inhaltliche Unterschiede gibt?
Bernd Wagner Es ist natürlich ein Unterschied, ob jemand hart gewaltförmig nationalsozialistisch ist oder sanft links unradikal daherkommt. Das muss man in Betracht ziehen. Es gibt viele eigentümliche ideologische Mischungen und Gesellschaftsverständnisse. So gibt es selbsterklärte Sozialisten mit völkischem Gedankengut. Bei Anhängern von Pol Pot, dem kommunistischen Machthaber Kambodschas, unter dem Millionen Menschen starben, wird es für mich sehr klar. Mein Fazit: Man muss genau hinschauen. Wir fragen deshalb: Wie weit weg ist dieser Mensch von den Grundwerten der Demokratie? Am Ende muss er kein Spießbürger werden.

Kann man sich ohne Hilfe von einer extremen Szene lösen?
Bernd Wagner Ja. Unter Umständen. Ich vergleiche den Ausstieg mit einem Drahtseilakt. Wir stützen, wenn es wackelig wird. Unser Ziel ist aber, dass der Aussteiger Strategien lernt, um selbst zurechtzukommen. Es nützt nichts, wenn wir jahrelang wie behütende Eltern alle Probleme für unsere Klienten lösen. Sie müssen vor allem selbst ran.

Kann man überhaupt aussteigen?

Insbesondere Antifaschisten legen Wert darauf, dass der Stempel »Aussteiger« nicht leichtfertig vergeben werden dürfe. Der nachvollziehbare Bruch mit einer menschenverachtenden Weltsicht müsse das notwendige Kriterium sein. Einige fordern, Aussteiger müssten die alte Ideologie als in allen Punkten falsch und nicht länger vertretbar anerkennen.

Können Menschen sich überhaupt vollständig von einer Weltanschauung lösen? Kann aus einem Nazi ein Antifaschist werden? Kann eine überzeugte Linke zur Turbokapitalistin mutieren? Kann ein religiöser Fundamentalist sich zum Gottesleugner wandeln? Kurzum: Ist ein so verstandener Ausstieg überhaupt möglich?

Rückfälle oder Umstiege in andere extreme Szenen legen nahe, dass das vollständige Lösen aus derartigen Strukturen eine besonders schwierige Aufgabe darstellt. Es gibt weiter Menschen, die sich aus einer Szene zurückziehen, ohne dass sie deshalb auch deutlich abweichende Überzeugungen annehmen. Möglicherweise ändern sich nur die Formen, diese zu äußern: Statt wie früher gewalttätig zu werden, arbeitet dann jemand daran, Nachwuchs für die Gruppe zu rekrutieren. Oftmals tritt auch mit zunehmendem Alter politisches Engagement gegenüber Familie und Beruf in den Hintergrund. Dann wird der vermeintliche Ausstieg auch als Austritt, Rückzug, Aufhören, Abtauchen benannt.

Es muss also unterschieden werden, ob jemand nur rein äußerlich sein Verhalten ändert oder sich intensiv mit seinen bisherigen Überzeugungen auseinandersetzt.[1] Aussteiger werden trotzdem längst nicht immer zu lupenreinen Demokratiebefürwortern, beobachten Wissenschaftler.[2] Oder anders ausgedrückt: Wer das System nun anerkennt, kann dennoch weiterhin rassistische Vorbehalte äußern oder politikverdrossen sein.[3] Auch Vorlieben für szenetypische Musik beispielsweise bleiben oftmals bestehen – Restbestände alter Zeiten.

1 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 169.

2 Vgl. Kurt Möller, a. a. O., und vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 24–32.

3 Vgl. Peter Rieker, a. a. O., S. 12 ff.

»Man kann glaubhaft aussteigen, aber es ist eine Herausforderung«

Interview

Gespräch mit dem Sozialpsychologen
Prof. Ulrich Wagner

»Man kann glaubhaft aussteigen, …«

Prof. Ulrich Wagner interessieren Konflikte zwischen Gruppen und wie man sie erklären, auflösen und ihnen vorbeugen kann. Besonderes Augenmerk legt der Wissenschaftler dabei darauf, welche Rollen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt spielen. Er forscht dazu am Fachbereich Psychologie und im Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg. Begonnen hat er seine Karriere mit der Ausbildung zum Diplompsychologen in den 1970er Jahren.

Herr Prof. Wagner, was bedeutet für Sie »Ausstieg«?
Ulrich Wagner Wenn man über Ausstieg redet, muss man voranstellen, dass Menschen zuvor in eine bestimmte Gruppe eingestiegen sind. Das bedeutet, dass Ausstieg aus politischen Extremen das Aufgeben von Verpflichtungen, von Verbindungen und von Überzeugungen ist.

Wenn wir beispielsweise von Mitgliedern der rechten Szene reden: Die identifizieren sich mit einer bestimmten Ideologie, auch wenn deren Ausarbeitung manchmal sehr einfach ist. Trotzdem werden Bestandteile dieses Weltbildes Teil der eigenen Wertevorstellungen. Das ist sozusagen das innere Überzeugungssystem, von dem Aussteiger sich dann verabschieden müssen.

Rechter zu sein bedeutet außerdem häufig, sich auf bestimmte interpersonale Beziehungen oder Gruppenmitgliedschaften einzulassen. Das heißt, bestimmte Bekannten- und Freundeskreise und bestimmte Netzwerke zu pflegen. Und auch aus denen muss man rauskommen.

Sie sagen also, wenn man glaubhaft aussteigen will, darf man keinen Kontakt mehr zu der jeweiligen Szene haben.
Ulrich Wagner Alle Erfahrung im Zusammenhang mit Aussteigern, beispielsweise aus dem kriminellen Milieu, zeigt: Die beste Methode ist, sich neue Bekanntenkreise, neue Freundschaften zu erschließen und damit die geänderte Überzeugung zu untermauern.

Ähnliches gilt für Extremisten. Wenn sie sich weiter in ihren alten Netzwerken bewegen, dann ist die Gefahr groß, wieder in extreme Überzeugungssysteme hineingezogen zu werden. Oder auch in extreme Verhaltensweisen.

Heißt das in der Folge, dass Anhänger jedweder extremen Szene ihren Rückzug öffentlich machen müssen?
Ulrich Wagner Nein, das glaube ich nicht. Ich denke, dass jemand glaubhaft aussteigen kann, ohne bei jedem zweiten Satz jeder beliebigen Öffentlichkeit zu verkünden, dass er mal extremistische Überzeugungen vertreten hat. In der rechtsextremen Szene ist es aber sicherlich notwendig, klar zu sagen: »Ich bin nicht mehr da-

bei und ich mache nicht mehr mit.« Das ist vor allem hilfreich, um sich dem Druck, wieder zurückzukommen, deutlich entgegenzustellen.

Wie wichtig ist die inhaltliche Arbeit beim Aussteigen, die Auseinandersetzung mit dem extremen Weltbild?
Ulrich Wagner Rechtsextremisten werden häufig in Bezug auf die Ausarbeitung ihrer rechten Ideologie überschätzt. Man unterstellt ihnen oft, dass sie ein ausgearbeitetes, im Detail begründbares Weltbild mit sich herumtragen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass das nicht so ist. Vielmehr stehen hinter rechten Überzeugungen häufig auch Scheinüberzeugungen und Parolen, die sich nicht zu einem vollständigen Weltbild zusammenfügen. Trotzdem ist es notwendig, auch solche rudimentären und parolenhaften Weltbilder durch Alternativen zu ersetzen.

Wir Menschen brauchen unsere Überzeugungssysteme: Werte, mit denen wir unseren Alltag verknüpfen und mit denen wir unser Handeln begründen. Wir müssen uns auf Grundüberzeugungen beziehen können, um einigermaßen Sicherheit in unserem Leben zu bekommen. Ansonsten werden wir unsicher und unzufrieden.

Wenn das bei einem Aussteiger bisher rechtsextreme Werte gewesen sind, die beispielsweise durch ein hohes Maß an Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet waren, dann müssen solche fremdenfeindlichen Weltbilder durch Alternativen ersetzt werden. Wenn das nicht gelingt, dann sind die Aussteiger in hohem Maße labil. Sie stehen in der Gefahr, wieder in extreme Netzwerke hineingezogen zu werden. Weil sie der alten Ideologie überzeugungsmäßig nichts entgegensetzen können.

Linksmilitanten sagt man häufig nach, dass bei ihnen die Ideologie eine größere Rolle spielt. Muss dann die inhaltliche Arbeit einen vergleichsweise hohen Stellenwert einnehmen, wenn jemand sich aus dieser Szene lösen möchte?
Ulrich Wagner Unsere Perspektive auf Links- und Rechtsextremismus ist die, dass der Rechtsextremismus intellektuell einfacher gebaut ist als der Linksextremismus. Letzterer bezieht sich zum Teil auf philosophische Schriften. Wenn wir von gewalttätigen Linken reden, dann bedeutet das allerdings gleichermaßen, dass auch in Bezug auf die Rechtfertigung von Gewalt Alternativen hermüssen. Nur dann kommt man glaubhaft aus solchen Szenen heraus.

Wie unterscheiden sich Ausstiege je nach Szenezugehörigkeit?
Ulrich Wagner Es mag so sein, dass Druck, Gefährdung und Bedrohung bei rechtsextremen Aussteigern größer ist als bei Linksextremen, aber ich vermute, dass das sehr von der konkreten Si-

tuation abhängt. Denken Sie an die Terroristen der »Roten Armee Fraktion«. Hätte sich jemand von denen verabschiedet und wäre ausgestiegen, wäre möglicherweise sogar übergelaufen und hätte sich zum Kronzeugen der Strafverfolgungsbehörden gemacht, hätte ich ein vergleichbares Bedrohungspotenzial vermutet, wie es Rechtsextremisten häufig nachgesagt wird.

Kann man überhaupt ein komplettes Weltbild, nach dem man jahrelang gelebt hat, vollständig ändern?
Ulrich Wagner Das geht. Es ist sicherlich mit großen Schwierigkeiten verbunden. Und es hängt in starkem Maße davon ab, in welches soziale Milieu man sich hineinbegibt und wie viel Unterstützung man dabei bekommt. Aber grundsätzlich können wir nicht unterstellen, dass Menschen nicht in der Lage sein sollten, auch tiefste Überzeugungen zu korrigieren. Das ist nicht einfach, weil man sich selbst sagen muss: »Ich bin einer falschen Überzeugung hinterher gelaufen, ich habe deshalb vielleicht sogar Straftaten begangen und anderen damit großen Schaden zugefügt.« So etwas mit sich zu vereinbaren, ist schwierig.

Kann sich das für Betroffene nicht als Rückschritt anfühlen – ein Schritt zurück in eine Gesellschaft, die man verändern wollte?
Ulrich Wagner Ich würde Ausstieg viel mehr als Fortschritt bezeichnen. Denn er bedeutet, dass ein Mensch seine tiefer liegenden Werte und Überzeugungen, die seinem bisherigen Handeln zugrunde lagen, tatsächlich geändert hat.

Kann Aussteigen auch nur ein Ändern der Erscheinungsform sein? Ein älter gewordener Extremist, der zwar nicht mehr auf die Straße geht, aber am Stammtisch weiter Phrasen drischt – zum Beispiel.
Ulrich Wagner Es gibt die Theorie, dass sich Menschen mit zunehmendem Alter mehr der politischen Mitte zuordnen – sozusagen ein Reifungseffekt. Ich glaube daran nicht. Was sich sicher ändert, sind die Ausdrucksformen von politischen Idealen. Während junge Leute, vor allem junge Männer, sehr leicht Steine auf andere werfen, nimmt die Bereitschaft zu körperlicher Gewalt mit zunehmendem Alter ab. Aber das bedeutet nicht, dass man seine Überzeugungssysteme ändern muss. Das betrifft sowohl politisch engagierte Leute innerhalb des demokratischen Rahmens, die auch mit zunehmendem Alter aktiv sind. Das betrifft aber durchaus auch extreme Positionen. Es gibt ja Beispiele, wie Menschen sehr radikale Überzeugungen auch in hohem Alter vertreten.

Und dann gibt es angebliche Aussteiger, die hinter der Fassade ihrer alten Weltsicht noch anhängen. Die bluffen. Vor allem, wer unter Strafverfolgungsdruck steht, ist sehr leicht geneigt, den vor-

hergehenden radikalen Überzeugungen scheinbar abzuschwören, um auf diese Art und Weise sein Strafmaß zu mindern.

Solche Fälle sind es ja, die manche an der Glaubwürdigkeit von Ausgestiegenen zweifeln lassen. Wie stehen Sie dazu?
Ulrich Wagner Man muss sich tatsächlich genau anschauen, wie stark nur ein äußerer Nutzen verfolgt wird. Ein Beispiel ist der laufende Prozess zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund: Die Hauptangeklagte, Beate Zschäpe, die den Eindruck machen will, als hätte sie mit ihrer Vergangenheit nichts mehr zu tun. In einem solchen Zusammenhang muss man unterstellen, dass Nutzenüberlegungen eine Rolle spielen, nämlich der Versuch, das Strafmaß zu reduzieren. Aber es gibt durchaus auch Beispiele dafür, dass Menschen glaubwürdig aus der rechten Szene ausgestiegen sind.

Aussteiger kommen ja auch manchmal zum Zuge, wenn es um vorbeugende Bildungsarbeit geht: Besuche in Schulen beispielsweise. Ist das richtig, was meinen Sie?
Ulrich Wagner Das hängt tatsächlich von einer sehr sorgfältigen Überprüfung der Frage ab, ob wir es mit tatsächlichen Aussteigern zu tun haben oder mit Menschen, die nur die Oberfläche ihrer Überzeugung ändern oder geändert haben. Es gibt Belege dafür, dass scheinbare Aussteiger Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz übernommen haben. Oder dass Leute in Bildungseinrichtungen gegen islamistischen Extremismus tätig geworden sind, die von sich behauptet haben, sich vom Islamismus verabschiedet zu haben, dies aber in Wahrheit nicht getan hatten. Prävention mit Aussteigern setzt also ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Kontrolle voraus.

Das hört sich schlüssig an, aber wie überprüft man das praktisch?
Ulrich Wagner Jetzt sind wir in dem Bereich dessen, was Menschen glauben. Eine Glaubhaftigkeitsprüfung setzt eine intensive Auseinandersetzung mit den Menschen voraus, die in einem solchen Bereich arbeiten sollen. Man muss sich vorher genau anschauen, ob es tatsächlich einen Wandel der Überzeugung gegeben hat.

Dann gibt es den Fall, dass ehemalige Extremisten für Aussteigerprogramme arbeiten, um noch Aktiven zu helfen. Dahinter steht die Überzeugung, dass diese besonders authentisch mit Ausstiegswilligen arbeiten könnten. So wie ehemalige Drogenabhängige besonders hilfreich sein sollen, Süchtige vom Konsum abzubringen.

Es ist eine offene Frage, ob das wirklich so ist. Man muss solche Fälle von Aussteigern, die dann anderen helfen wollen, immer mit großer Sorgfalt begleiten. Eine einfache Erklärung, ausgestie-

gen zu sein, reicht hier nicht. Die Arbeit solcher Aussteiger muss laufend und eng begleitet und kontrolliert werden.

Heißt das im Umkehrschluss, Ausstiegswillige brauchen immer ein professionelles Programm, um sich zu lösen?
Ulrich Wagner Es ist wichtig und notwendig, solche längerfristigen Angebote der Unterstützung für Ausstiegswillige anzubieten. Man muss sich vor Augen halten: Ein solcher Ausstieg aus dem Rechts- oder Linksextremismus oder aus dem islamistischen Extremismus bedeutet einen völligen Wandel des eigenen Selbstbildes. Das erzeugt zunächst einmal ein hohes Maß an Unsicherheit und Labilität. Gleichzeitig bedeutet es eine Änderung der sozialen Netzwerke. Aussteiger stehen oft erst einmal vor dem Nichts. Man bricht ja nicht den Kontakt ab und hat dann morgen gleich neue Freunde. Alternativen stehen also so ohne Weiteres nicht zu Verfügung. Diese Zeit des Übergangs, die durchaus länger andauern kann, muss begleitet werden. Dass es dennoch möglich ist, dass Einzelne den Ausstieg ohne solche Begleitung schaffen, will ich nicht anzweifeln. Dabei spielen zum Beispiel besondere persönliche Verhältnisse eine Rolle: Andere Bekanntschaften, intensive Freundschaften oder die Entwicklung neuer Liebesbeziehungen, die mit der extremen Szene nichts zu tun haben und die dann dazu führen, dass Menschen sich aus Szenen verabschieden können, in denen sie tief verwurzelt waren.

Nehmen wir an, ich habe einen Angehörigen in einer extremen Szene. Was kann ich tun?
Ulrich Wagner Wenn Sie bei Ihren halbwüchsigen Kindern entdecken, dass sie eine starke Affinität zu rechten Netzwerken haben, stehen Sie vor der Alternative: Die Beziehung zum Kind bricht ab, wenn Sie sich dagegen stellen, oder das Kind rutscht weiter in eine rechte Szene ab. Das ist eine extreme Situation, auch für das Umfeld. Ich würde deshalb immer empfehlen, diejenigen zu Rat zu ziehen, die mit solchen Situationen Erfahrung haben: Mitarbeitende von Aussteigerprogrammen zum Beispiel.

»Ich ekele mich«

Ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene

»Irgendwann ist man kein Aussteiger mehr«, meint Christoph. Vielmehr ein Mensch mit einer extremen Vergangenheit. »Ich finde es schwachsinnig, wenn man immer nur zurückguckt. Ich will jetzt auf meine Gegenwart und Zukunft schauen. Ich habe doch schon so viele Jahre verschwendet.«

Im Februar 2013 ist diese Erkenntnis langsam zu ihm durchgedrungen. Der damalige Nationalsozialist aus Dresden beschließt nach reiflicher Überlegung, der rechtsextremen Szene nach vielen Jahren den Rücken zu kehren. An den Auslöser dafür erinnert er sich gut.

Seine sogenannten Kameraden und er sitzen beim Stammtisch. Gemeinsam werten sie den Verlauf der Demonstration anlässlich der Luftangriffe auf Dresden im Zweiten Weltkrieg aus. Nüchtern. Alkohol ist verpönt. Trinken, das machen nur »Asoziale«. Später am Abend geht es um den Tag X: Wenn die Demokratie abgeschafft und die Nationalsozialisten wieder an der Macht wären. Was macht man dann mit den Feinden? Den Politikern, Journalisten, Lehrern, Sozialarbeitern? Erschießen – zu teuer. Aufhängen – ja, effektiv. So einen Strick, den könne man ja mehrfach verwenden.

Christoph schüttelt es. »Ganz schön pervers.« Er fragt sich: Heißt das nicht auch, Angehörige der eigenen Familien umzubringen, das eigene Volk zu minimieren? Der Heimat zu schaden? Eben das doch Schützenswerte zu vernichten? Er widerspricht, zeigt den logischen Fehler auf. Als er mit seinem Einwand nicht durchdringt, hat Christoph »die Schnauze voll«. Der Mittzwanziger verlässt den Raum wütend. Enttäuscht zugleich. »Dieser riesengroße Sauhaufen« – von dem man übrigens niemandem habe ansehen können, Teil einer rechtsextremen Bewegung zu sein.

Diese Unsichtbarkeit ist es gewesen, die Christoph am »NS« (wie er immer sagt) fasziniert hat: »Es ist eine Parallelwelt, die niemand wahrnimmt und die total unterschätzt wird. Weil viele so

überrascht davon sind, dass Nazis in ganzen Sätzen reden können und nicht nur saufen und dass sie auch aus normalen Elternhäusern stammen.«

Christoph wächst behütet und diszipliniert auf, erzählt er. Mit dem Schreiben und Lesen hat er Probleme. Er ist ein Teenager, als er es anhand der Aufzeichnungen eines Wehrmachtssoldaten lernt. »Es war entweder der ältere Bruder oder vielleicht auch der Cousin eines Freundes, der das Tagebuch mitgebracht und mir beim Üben geholfen hat. Auf diese Weise bin ich außerdem mit der NS-Ideologie vertraut geworden.« Geschichtliches hätte ihn bereits als Kind interessiert. »Wie Klein gegen Groß gewinnen kann.«

Während andere Heranwachsende von Freiheit redeten, war der jugendliche Christoph auf der Suche nach Ordnung und Stabilität. »Deshalb hätte ich auch nie bei den Linken landen können. Die sind viel zu chaotisch.« Als 14-Jähriger steigt er in die freie Kameradschaftsszene in Dresden ein. »Da gab's auch Gewalt«, sagt Christoph vage. Politisch am aktivsten ist er im Alter zwischen 18 und 24. Zeitgleich arbeitet er in einer sozialen Einrichtung für Behinderte. »Mich in Kreisen zu bewegen, in denen Nazis nicht vermutet werden: Das hat mich gereizt.«

Rassismus sei weniger seine Motivation gewesen, glaubt er. Er habe vielmehr versucht, der Demokratie ein Ende zu setzen, weil die ohnehin keine Zukunft habe. So dachte er. »Dafür haben wir in erster Linie gekämpft.« Nicht körperlich. »Es hätte ja nichts geholfen, wenn wir alle im Knast sitzen.« Christoph hat also keine Vorstrafen, war nie im Gefängnis. Stattdessen hat er mitgeholfen, ein Netzwerk von Rechtsextremisten mit diesem geschlossenen Ziel aufzubauen. Laut seinen Angaben hat der Zusammenschluss auch Polizeibeamte umfasst.

Christoph, im Jahr 2017 knapp 30 Jahre alt, hat sich seit seinem Weggang aus der rechtsextremen Szene äußerlich nicht sehr verändert. Er trägt weiterhin Glatze, ist sportlich gekleidet. Er hält weiterhin viel von Disziplin und Leistungsbereitschaft. Er sei ehrgeizig und arbeite gern. »Es nervt mich, wenn etwas langsam vorangeht.« Er könne nicht stillsitzen, sagt sein Ausstiegshelfer über ihn.

Nach dem »Stammtisch« im Februar 2013 hat es dennoch Zeit gebraucht: Zehn Monate lang bis zu dem für Christoph klaren Entschluss, aussteigen zu wollen. Nachdem er zunächst viele kritische Fragen gestellt habe. Viele weitere Wochen dauerte es, um sich von den sogenannten Kameraden zu lösen. »Und dann ist man immer noch am Anfang. Man muss sehr an sich arbeiten. Das Schwierigste ist, sich selbst gegenüber ehrlich zu sein. Außerdem muss man neue Beziehungen aufbauen und Gefühle empfinden lernen. Mich in mein Gegenüber einzufühlen, fällt mir bis heute schwer.«

Immer seltener hat der ausstiegswillige Christoph Veranstaltungen der Kameradschaft besucht. Er hat versucht, sich aus der Bewegung allmählich herauszuschleichen. »Das fällt schließlich auf, wenn du zwei, drei Mal nicht kommst. Und dann wird gefragt.« Sich mit lautem Knall von allem zu trennen, das habe er am Anfang nicht gekonnt. »Ich kannte einige von denen teilweise zehn, zwölf Jahre lang. Die sind mir nicht auf einmal egal.« Deshalb hat er noch eine Zeit lang versucht, seine damals besten Freunde ebenfalls vom Ausstieg zu überzeugen. »Ich wollte es ihnen erklären.« Ohne Erfolg.

Während des Loslösens von der rechtsextremen Szene arbeitet Christoph an seiner Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger. »Es lief gut. Erst, als ich gesagt habe, dass ich aussteigen will, gab es Probleme.« Er kriegt die Kündigung. Ein Schock.

»Ich wäre in dem Moment zurück zum NS, wenn Mo Asumang nicht gewesen wäre.« Die Regisseurin arbeitet zu der Zeit an einem Dokumentarfilm-Projekt, für das sie Rassisten mit scheinbar arglosen Fragen konfrontiert: Zum Beispiel, was sie eigentlich gegen Schwarze wie sie haben. Für den Film »Die Arier« will Mo Asumang auch Christophs Geschichte hören und sie ihn erzählen lassen. Just in dieser kritischen Phase seines geplanten Ausstiegs. »Als ich da für die Dreharbeiten zugesagt hatte, habe ich damit die Brücke zum NS zurück zerstört. Das musste ich in dem Moment tun, damit ich wirklich nicht mehr zurückkonnte.« Nun also doch: Ein öffentlich gemachter Rückzug.

Christoph spricht in dem Zusammenhang von »göttlicher Fügung«: Ohne Hilfe, in welcher Form auch immer, auszusteigen – er glaubt nicht, dass das besonders gut funktioniert. Er hält viel von einer Unterstützung, die zuhört, etwas aushält. »Ich hatte Depressionen und Alpträume. Ich musste immer wieder auch Inhalte diskutieren.« Trotzdem müsse es seiner Meinung nach kein professioneller Ausstiegshelfer sein. Möglicherweise könne auch eine neue Partnerin Rückhalt geben. »Aber ich kenne keinen, der in ein staatliches Programm zum Verfassungsschutz gehen würde. Da bleibt man trotz Zweifeln eher in der Bewegung, als zum Feind zu gehen.«

Mit der medialen Aufmerksamkeit für Mo Asumangs Film kommt die Bedrohung. Bislang haben seine vermeintlichen Kameraden ihn in Ruhe gelassen. Dann tauchen im Internet Erinnerungen »an einen schwachen, innerlich zerrissenen Menschen ohne Charakter« auf. Mit dem Zusatz: »Vergessen aber, lieber Christoph, vergessen werden wir Dich sicher nicht.« Bei einem zufälligen Zusammentreffen mit Szeneanhängern bleibt er unversehrt, was ihn überrascht.

Inzwischen hat Christoph keinen Kontakt mehr zu Anhängern der rechtsextremistischen Szene, sagt er. Dresden und Umgebung

hat er verlassen. Wo er inzwischen lebt, will er aus Sicherheitsgründen nicht gedruckt sehen. Ob persönliche Begegnungen mit seiner Vergangenheit immer so glimpflich ablaufen, erscheint ungewiss. Auch seine berufliche Laufbahn will er nicht gefährden. Er ist selbstständig, arbeitet als Dienstleister für »deutsche Elitefirmen« der Automobilbranche. Das mache ihn stolz, sagt er. »Ich liebe Deutschland und ich bin froh, hier geboren zu sein.«

Sind es solche Äußerungen, die manche am Ausstieg von Rechtsextremisten zweifeln lassen? »Man kriegt halt in die Fresse.« Auch seine Eltern haben lange gebraucht, bis sie ihm wieder vertrauen konnten. Christoph schluckt und verhaspelt sich. »Am Anfang hat mich solche Kritik gestört. Aber sie ist insofern berechtigt, als dass ich früher viel Schaden angerichtet habe. Wir sind nun mal, wer wir sind.« Er wolle für sein früheres Handeln Verantwortung übernehmen.

»Aussteiger sollten von der Gesellschaft die Chance bekommen, sich zu bewähren«, fordert Christoph. »Ja, es sind noch Restbestände meines alten Denkens da. Den Islam halte ich für eine diskussionswürdige Religion. Nicht alle Moslems sind Terroristen. Aber ich glaube schon, dass wir uns da eine Gefahr ins Haus geholt haben.« Das geschlossen rechtsextreme Weltbild verabscheue er nun zutiefst. »Ich ekele mich davor.«

Diese Abscheu und seinen Irrtum will er erklären und andere vor einer extremistischen Laufbahn bewahren. Christoph hat dazu in Schulen bei nun mehr als 150 Veranstaltungen über seine Zeit in einer rechtsextremistischen Kameradschaft und über das Aussteigen gesprochen. Quasi ehrenamtlich, mit nur sehr geringer Aufwandsentschädigung. »Diese Präventionsarbeit hilft auch mir. Sich gegen Angriffe verteidigen, macht einen stärker. Die Anerkennung und der Applaus, ein geiles Gefühl.« Trotzdem will er aufhören können, solche Vorträge zu halten. »Ich wiederhole dieses Bekenntnis zum Ausstieg nur so oft, weil die Situation in Sachsen es erfordert.«

»Die Scheuklappen sind weg«

Eine ehemalige Hausbesetzerin und Antifa-Aktivistin erzählt

»Ich verstehe mich nicht als Aussteigerin. Ich würde es als Vorwurf auffassen, wenn jemand das von mir sagte«, sagt Annette. »Das geht vielen Linken so. Man wird träger, wenn man älter wird. Aber man lehnt doch nicht auf einmal alles ab, was man vorher richtig fand.« Ja: Ideologien, die ihr einst vertraut waren, sind ihr suspekter geworden. »Trotzdem distanziere ich mich nicht in der Form, dass ich das jetzt alles schlecht finden würde.«

Annette ist Hausbesetzerin. Antifa-Aktivistin. Gewesen.

Annette ist auch Bibliothekarin.

Wollte nicht heiraten, keine Kinder. »Eine Verweigerin.« Mit »großer Klappe« und trotzdem ein bisschen ängstlich. Musikbegeistert, nicht sehr gesellig. Kunst liebend, eher introvertiert. So beschreibt die Leipzigerin sich als 49-jährige Frau – und als 21-jähriges Mädchen. Ein wichtiger Unterschied zu damals: »Meine Scheuklappen sind weggefallen. Heute will ich meine Gesprächspartner verstehen. Starre Ideologien schaden in der Hauptsache nur. Deren Grundsätze und klare Richtlinien stehen einer offenen Kommunikation pausenlos im Weg.«

Annette wächst bei Eltern auf, die Wert auf Bildung legen. Seitdem sie über Politisches nachdenkt, hat sie sich für links gehalten. In der Pubertät kommen Zweifel an der DDR-Staatsmacht. Als Mitschüler für ihrer Meinung nach harmlose Debattenbeiträge sofort gemaßregelt werden, beginnt Annette, vieles stärker zu hinterfragen. Die Friedensbewegung mit ihrer Forderung »Schwerter zu Pflugscharen« beobachtet sie interessiert, aber aus sicherer Distanz.

Im Frühjahr 1989 will Annette das elterliche Nest verlassen. Die Zuweisung einer eigenen Wohnung scheint utopisch. Ihr damaliger Freund besetzt eine leerstehende Wohnung in der Stockartstraße in Leipzig-Connewitz, der inzwischen legendären »Stö«. Sie zieht bei ihm ein. »So malerisch, naja, auch marode.«

In den Wohnungen und Häusern nebenan leben Studierende, Künstler. Die Schwarzwohner aus der »Stö«: Ein bunter Haufen mit alternativen Lebensentwürfen. Spätere Wegbegleiter lernen Annette in dieser Zeit als fröhlichen Menschen kennen, der gerne diskutiert. »Immer kämpferisch.«

Im Juni 1989 zieht es Annette und ihre Freunde zum Straßenmusikfestival in Leipzig. Oppositionelle hatten Musiker aus der ganzen DDR eingeladen, um öffentlich für die Legalisierung von Straßenmusik zu demonstrieren. Das Festival wird verboten. Als die Musiker trotzdem kommen und spielen, wird die Veranstaltung gewaltsam aufgelöst. »Da hatte ich wirklich die Nase voll. Als es haarig wurde, hätten wir uns aus dem Staub machen können. Aber ich habe allen meinen Mut zusammengerafft und bin geblieben.«

Dann die ersten Montagsdemonstrationen Anfang Oktober: »Es war ein gutes Gefühl, eins von Fortschritt. Wir halten dagegen. Wir sind keine Minderheit mehr. Ich habe mich vorher manchmal mit meiner Meinung mutterseelenallein gefühlt.« 21 Jahre alt: Annette will flügge werden. »Und die DDR tat das zu der Zeit auch. Eine schöne Parallele.«

Im November 1989 kommen NVA-Soldaten. Sie sollen die Häuser der »Stö« niederreißen. Gleichzeitig tauchen Nazis auf. Sie überfallen die Bewohner, legen Brände. »Wir haben in völliger Angst gelebt. In bestimmte Stadtteile haben wir uns gar nicht mehr getraut. Und mit der Polizei konnten wir während des gesellschaftlichen Umbruchs nicht rechnen.«

Einige Mitbewohner beschließen: »So geht es nicht weiter. Wir können den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir wehren uns.« Ob mit Angriff oder Verteidigung: An der Gewaltfrage scheiden sich die Geister. Die älteren Bewohner der »Stö« meinen, dass man dadurch die Stimmung nur anheize. »Die Jüngeren waren da irgendwie realistischer, weil sie vor dem Ärger mit den Nazis eh nicht wegrennen konnten«, sagt Annette. »In den Schulen zu der Zeit gab es Freund oder Feind – links oder rechts – wenig dazwischen. Man kannte sich, mit Namen und Adresse.«

Am Anfang lehnt Annette Gewalt total ab. Nach einiger Zeit ändert sich das. Sie selbst hält sich zwar raus, zu gefährlich die »Faschos« mit ihren Gaspistolen. »Ich bin aber sehr dankbar, dass andere das übernommen haben«: Patrouillen gehen, Wache halten, nach Angreifern ausschauen. Auch: Molotow-Cocktails vorbereiten, um zurückzuschlagen.

Seit 1991 arbeitet Annette in einer Leipziger Bibliothek. Ein Ruhepol. »Dieses Doppelleben, dieses Nebeneinander hat gut funktioniert. Bei der Arbeit alles so geregelt und detailverliebt, zu Hause die Freiheit.« Und andersherum: Wenn es in Connewitz brannte oder durch die Dächer regnete, bot der Arbeitsplatz Sicherheit.

»Mir hat es außerdem ein gewisses Vergnügen gemacht, Kollegen zu sagen, dass ich Hausbesetzerin bin.« Mit Vorurteilen konfrontieren, »rumzanken«, politische Debatten führen: Das ist es, was Annette will. Und während viele Linke ihren Hang zur Lohnarbeit sehr sonderbar finden, schließt sie mit Kollegen tiefe Freundschaften.

»In der ›Stö‹ galten mein Freund und ich eher als Spießer. Auch wenn wir viel mit den Anderen gemeinsam unternommen haben. Aber ich war ein bisschen scheu. Hatte vor vielen Leuten sehr viel Respekt. Gerade vor den Militanten.« Viel Spaß und Freiraum – eine gute Zeit, sagt Annette.

Und eine belastende zugleich. Denn die Naziüberfälle, Konflikte mit der Polizei, der gewaltsame Tod von Steffen »Thümi« Thüm lassen die junge Frau nachts nicht mehr ruhig schlafen. »Mir wurde das eine Nummer zu groß.«

Annette und ihr Freund ziehen im Dezember 1992 nach dreieinhalb Jahren in der »Stö« ein paar Straßen weiter, bleiben aber vorerst Hausbesetzer. »Wir wollten einfach weg und dann bot sich die Gelegenheit. In der leerstehenden Wohnung haben wir erst nur übernachtet. Dann sind wir ganz da eingezogen, ohne uns groß zu verabschieden.«

Sie bemühen sich in den kommenden Monaten erfolgreich um ein legales Wohnverhältnis. Sie ziehen sich von der Hausbesetzerszene, den kämpferischen Auseinandersetzungen, dem politischen Engagement und auch von dem sozialen Leben dort zurück. Sie schotten sich ab. »Das war erst mal entspannend und es hat sich auch keiner groß gewundert. Oder es bedauert, dass wir weg sind.«

Zwei, drei Jahre lang genießt Annette ihr geregeltes Leben. Mit Ende 20 wird es ihr zu ruhig. Soll es das jetzt gewesen sein? »1995 kam dann die nächste Welle politischer Aktivität.« Bei der Antifa. »Dem überall präsenten Faschismus was entgegenzusetzen: Das war meine Hauptmotivation.« Sie fährt mit zu Demonstrationen, besucht Plena, klebt Plakate. »Veranstaltungen organisiert habe ich nie. Die Schwelle wollte ich nicht überschreiten.« Ihr Freund hält sich völlig fern von politischem Engagement. »Das fand ich damals – ungerechtfertigterweise – ziemlich feige.«

Annette überzeugt der Ansatz der Antifaschisten: Die Öffentlichkeit muss auf Missstände aufmerksam gemacht werden. »Auch, wenn das so eine Sache ist, als Minderheit die Mehrheit beeinflussen zu wollen … Aber es hat ja in Teilen geklappt.« Die Presse erkennt Leipzig als Antifa-Hochburg an.

Insgesamt ist ihr Verhältnis zu anderen Aktivisten etwas distanziert. »Das waren verschworene Freundeskreise. Die waren sich selbst genug. Ich hätte mutiger und geselliger sein müssen, um in der Szene Freundschaften zu schließen.« Annette bleibt bei

der Antifa, bis zum Jahr 2004. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder von der SPD will mit seiner »Agenda 2010« den Sozialstaat umbauen, das sogenannte »Hartz IV« einführen. Tausende gehen dagegen auf die Straße. Auch in Leipzig. Auch Annette. Aber auf ungewohnter Seite – inmitten der breiten Masse. Der schwarze Block, der »Nie wieder Deutschland« ruft, steht ihr gegenüber.

»Ich war sehr gegen die Reform, fand die soziale Forderung wichtig.« Die stark gewordenen Antideutschen innerhalb der Linken, die sich gegen einen spezifisch deutschen Nationalismus wenden, haben sich für Annettes Geschmack zu wenig mit sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit beschäftigt. »Ich habe es als arrogant wahrgenommen, die Sorgen der Menschen um ihren Job als nationalistisch abzutun.«

Etliche Jahre lang hatten Annette und die Leipziger Antideutschen auf einer Seite gestanden. »Dann haben wir uns nur noch böse angeguckt. Das war's.« Niemand beschimpft oder bedroht sie.

Annette hat gerade die 30 überschritten. Der Altersunterschied zu den überwiegend jungen Aktivisten macht sich zunehmend bemerkbar. Linke Analysen, die sie vormals klug und schlüssig fand, belächelt sie. »Adorno zitieren in falscher Rechtschreibung – wie man sich halt so lustig macht über Jugendliche.« Vorher hatte ihr das Gedankenkorsett Identität gestiftet.

Auf einmal sieht sie erschrocken, was aus ehemaligen Mitstreitern geworden ist: Die klaren Feindbilder, manchmal sektenähnliche Strukturen, und vor allem die Gewalt habe manche sehr verändert, hart gemacht. »Wie bitter.« Dass es ihr nicht so ergangen sei, habe auch mit Glück zu tun.

»Ich fand die DDR schrecklich. Was danach kam, noch viel schrecklicher.« Freiheitsrechte als Farce, der um sich greifende Materialismus. »Ich hatte aber auch keine bessere Idee für eine funktionierende Gesellschaft und habe das als besserwisserisch von denen empfunden, die das von sich behaupteten.« Sozialismus und Kommunismus waren für Annette durch die DDR kompromittiert; anarchistische Modelle hält sie für absurd.

Annette ist auch heute noch ein politisch denkender Mensch, möchte aber frei von ideologischen Grundsätzen sein. Wenn sie nun die Hausbesetzer von damals oder Antifa-Aktivisten trifft, dann smalltalkt man ein bisschen, nickt sich zu. Sie geht weiterhin zu ausgewählten Demonstrationen; sie diskutiert. »Es ist wichtig, eine Meinung zu haben und die zu vertreten. Ein Haufen der Probleme von damals ist immer noch da. In Zeiten eines spürbaren Rechtsrucks wäre es ein schlechtes Signal, sich total zurückzuziehen oder sogar die Seiten zu wechseln. Nur, um mit seiner Position nicht anzuecken.«

Welche Hilfen gibt es für Ausstiegswillige in Sachsen?

Es gibt verschiedene Ansätze, nach denen Aussteigerprogramme arbeiten. Man kann unterscheiden nach ihren

- Zielgruppen: Wer genau soll durch das jeweilige Angebot angesprochen werden? Eher junge Mitläufer? Oder insbesondere Strafgefangene?
- Arbeitsweisen: Wie wird gearbeitet? Welche Unterstützung leisten die Helfenden konkret? Geben sie Rat und Geld?
- Zielen: Welche Erwartungen haben die Programme an die Ausstiegswilligen? Müssen die Aussteiger straffrei werden? Oder sich auch von ihrer Ideologie lösen?
- Trägern: Ist es ein staatliches Angebot oder ein zivilgesellschaftliches?

Damit Ausstiegshelfende erfolgreiche Arbeit leisten können, müssen die Angebote in den jeweiligen Szenen bekannt und erreichbar sein. Darüber hinaus haben Fachleute Erwartungen an die Professionalität solcher Hilfen. Die Betreuenden müssen für diese Arbeit angemessen ausgebildet werden. Ausstiegswillige müssen im Programm ihre Motive benennen und bearbeiten. Sie sollen ihre bisherige politische Haltung möglichst vollständig aufgeben und Kontakte in die Szene abbrechen. Im besten Fall haben die Ausstiegshelfenden dabei die Möglichkeit, auf weiterführende Hilfseinrichtungen zu verweisen: Schuldnerberatungen, medizinische Ratgebende. Aussteigende dürfen aus Sicht von Forschern nicht für die Arbeit der Sicherheitsbehörden instrumentalisiert werden. Das führe zu Rollenkonflikten und könne das Loslösen von der Szene, aber auch die Person selbst konkret gefährden. Es wird teils kritisch gesehen, wenn Aussteigende als Öffentlichkeitsarbeiter für Hilfsprogramme werben. Denn: Wer sich öffentlich als Aussteiger bekennt, könne stigmatisiert werden. Das könnte noch Aktive davon abhalten, sich von ihrer Szene zu lösen.[1]

In Sachsen gibt es drei professionelle Hilfsangebote für Menschen, die aus einer extremen Szene aussteigen wollen – phäno-

menübergreifend sowie auf einzelne der politischen oder religiösen Motivationen spezialisiert. Es handelt sich auf der einen Seite um staatliche Angebote und auf der anderen Seite um ein zivilgesellschaftliches.

Je nach Träger unterscheiden sich die Vorstellungen von einer guten, erfolgreichen Ausstiegsarbeit. Das hat für Ärger zwischen den verschiedenen Anbietern und zu einer empfundenen Konkurrenzsituation gesorgt. Dabei machen beide Seiten sich gegenseitig Vorwürfe, was die Qualität ihrer Arbeit betrifft. Diese wird jeweils infrage gestellt. Beobachter kritisieren, dass darunter das gemeinsame Ziel leide: Menschen aus politischen Extremen vom Ausstieg zu überzeugen.[2]

Aussteigerprogramm Sachsen

Unter Ausstieg verstehen die Mitarbeitenden des Aussteigerprogramms Sachsen[3], dass Anhänger politischer Extreme aufhören, den Staat und seine Institutionen abzulehnen. Aussteiger erkennen zudem nunmehr das Gewaltmonopol des Staates an. »Wir nutzen ungern den Verweis auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das ist so abstrakt. Wenn jeder alle diese Prinzipien anerkennen würde, also zum Beispiel jegliche Menschenrechte, dann müssten in diesem Land viele aussteigen«, meint ein Mitarbeiter des Programms. Es gehe also vielmehr um das Sensibilisieren für diese Belange. Konkret heißt das: Ausstiegswillige müssen sich von der Szene verabschieden, deliktfrei werden und unter Umständen an der bisher vertretenen Weltanschauung arbeiten.

Das Aussteigerprogramm Sachsen richtet sich insbesondere an ausstiegswillige Rechtsextremisten, auch an Rocker und Hooligans. Darüber hinaus gebe es einen Klienten, der sich selbst als Linksextremisten bezeichne. Islamistische Extremisten betreuen die Mitarbeitenden derzeit noch nicht; dieses ist aber (in Zusammenarbeit mit der weiter unten vorgestellten Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention) geplant. Fast 40 Prozent der Hilfegesuche sollen von Inhaftierten der sächsischen Justizvollzugsanstalten stammen. Deren Öffentlichkeitsarbeiter behaupten jedoch, selbst bisher kaum Erfahrungen mit Ausstiegswilligen gemacht zu haben.

Über direkt Betroffene hinaus beraten die Mitarbeitenden des Aussteigerprogramms Sachsen auch angehörige Eltern und das weitere soziale Umfeld. Pro Jahr gibt es durchschnittlich 13 Anfragen, von denen in zehn Fällen persönliche Gespräche folgen. Derzeit werden im Aussteigerprogramm Sachsen 17 Menschen betreut: Zwölf Ausstiegswillige, ansonsten Angehörige.

Zehn von zwölf möglichen Aussteigern sind männlich. Das Alter der Klienten reicht von 17 bis 45 Jahren. »Die meisten müs-

sen erst einmal 25 geworden sein, bis sie begreifen, dass sie da raus müssen«, sagt ein Mitarbeiter des Programms. Einige haben zwei bis drei Jahre in der jeweiligen Szene verbracht, andere fast 20. Über das Ausmaß ihres Extremismus sage das aber nichts aus. Ein Fall, der auf einer Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« von Rechtsextremisten angesprochen worden sei, habe bereits ein Jahr später im Gefängnis gesessen.

Oftmals sind die Klienten in Gruppen gebunden gewesen oder über ihre Partner in die Szene gelangt. Nicht zwangsläufig sind sie dabei gewalttätig geworden, aber doch der überwiegende Teil. Dabei sind Körperverletzungen bis hin zu versuchtem Totschlag.

Der Strafverfolgungsdruck, der zugenommen habe, sei häufig ein Motiv, um der Szene den Rücken zu kehren. »Aber auch, wer Kinder bekommt, kann aussteigen wollen. Die Elternschaft als Erweckungserlebnis, weil man nicht will, dass die Kinder das alles nachplappern.« Darüber hinaus spiele der zivilgesellschaftliche Druck – insbesondere der Kampf gegen Nazis – eine entscheidende Rolle. Die Stigmatisierung, die gesellschaftliche Ablehnung könne dafür sorgen, dass Extremisten über ihre Lebensperspektive nachdächten. »Das ist dann die Sehnsucht nach Normalität.«

Die zu erreichen, sei insbesondere für jene schwer, die nicht besonders kontaktfreudig sind. Ein neues soziales Umfeld zu finden oder Arbeit, das seien häufige Probleme ihrer Klienten.

Der erste Kontakt kommt meist durch den Ausstiegswilligen oder Dritte wie zum Beispiel Angehörige zustande. Dazu schreiben Inhaftierte Briefe aus dem Gefängnis, andere rufen an oder schicken E-Mails. Innerhalb von zehn Tagen findet dann ein erstes persönliches Kennenlernen statt. Die Mitarbeitenden kommen dazu aus Sicherheitsgründen in der Regel zu zweit. So sei es auch besser möglich, die Ernsthaftigkeit des Ausstiegswillens zu prüfen. Die Erwartung an künftige Klienten: »Sie sollen wollen.« In einem etwa einstündigen Gespräch lassen die Mitarbeitenden sich von möglichen Klienten ihre Geschichte erzählen und warum sie aus der Szene aussteigen möchten. »Wenn wir Zweifel an der Glaubwürdigkeit haben, treffen wir uns ein weiteres Mal, bevor wir jemanden ins Programm aufnehmen. Wenn die Zweifel bleiben, entscheiden wir uns auch gegen die Betreuung«, erklärt ein Mitarbeiter.

Was das Team hört, wird überprüft – allerdings ohne die Sicherheitsbehörden zu Rate zu ziehen. Entscheiden die Mitarbeitenden des Aussteigerprogramms Sachsen dann, einen Hilfesuchenden zu betreuen, geht es zunächst um das Herstellen sozialer Stabilität: Möglicherweise ist ein Umzug nötig, wenn Ausstiegswillige bisher im ländlichen Raum gewohnt haben und dort bekannt waren.

Persönliche Treffen finden dann etwa einmal wöchentlich statt, zusätzlich zu SMS, gelegentlich Anrufe. »Wie intensiv das ist, hängt vom jeweiligen Fall ab.« Die Biografie des Ausstiegswilligen ist dabei stets von Bedeutung. Was hat er in der Szene gefunden, was er zuvor vermisst hatte? An der extremistischen Ideologie wird gearbeitet, unter dem Vorbehalt, dass die Klienten intellektuell dazu in der Lage seien. »Meist ist das so. Ein klassisches Thema ist dann zum Beispiel die in der Szene oft geforderte ›Todesstrafe für Kinderschänder‹.«

Nur in Ausnahmefällen gebe es finanzielle Unterstützung für potenzielle Aussteiger: Bei einem nötigen Umzug, beim Anschaffen neuer Kleidung, wenn der Schrank nur voll mit Szenetypischem hinge. Auch beim Übertätowieren verfassungsfeindlicher Symbole gebe es gelegentlich finanzielle Hilfe. »Wer sich von diesen Tattoos trennen will, der meint es ernst.«

All das brauche Zeit: Zwischen mindestens einem und drei Jahren werden die Klienten im Aussteigerprogramm Sachsen betreut.

Das Aussteigerprogramm Sachsen existiert seit 2011. Das Innenministerium hat den Aufbau initiiert. Angesiedelt ist die Hilfe beim Landespräventionsrat als staatlichem Akteur. Dieser arbeitet mit zwei zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen: Privaten Akteuren, die garantieren sollen, dass keinerlei Informationen über die Klienten an die Sicherheitsbehörden weitergetragen werden. Der eine private Akteur betreibt mit zwei Mitarbeitenden die Kontakt- und Informationsstelle, die Erstkontakte betreut und sich um die Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Der andere private Akteur stellt das sechsköpfige Beratungsteam, das die therapeutisch-psychologische Arbeit mit den Klienten übernimmt. Die Mitarbeitenden sind überwiegend Sozialpädagogen mit Szenekenntnissen und therapeutischer Zusatzqualifikation.

Das Angebot konzentriert sich räumlich auf die Landesebene. Wenn also mögliche Aussteiger aus Cottbus, Halle oder Jena den Kontakt suchen, wird beispielsweise auf Hilfen des jeweiligen Bundeslandes verwiesen. Kollegialer Austausch mit Mitarbeitenden von Programmen anderer Länder finde statt und unter Umständen werde auch zusammengearbeitet. »Wenn jemand aus Sachsen in ein anderes Bundesland umzieht, dann wechselt er ins dortige Programm«, erläutert ein Mitarbeiter des Aussteigerprogramms Sachsen.

Für die Beratungssuchenden ist die Hilfe kostenfrei; sie wird mit jährlich 260 000 Euro aus Landesmitteln finanziert.

In den sechs Jahren seit dem Start des Angebots sind rund 70 Menschen betreut worden. 13 Fälle seien erfolgreich abgeschlossen: Fünf Aussteiger, die anderen Fälle waren Beratungen von Eltern und Umfeld. Hinzu kommen neun Aussteiger, die noch betreut werden, aber »bereits lebenspraktisch und ideologisch

ausgestiegen sind«, bilanziert ein Mitarbeiter des Programms. Ein Abschlussgespräch habe es aber in diesen Fällen bislang noch nicht gegeben. Es habe auch andere Klienten gegeben, die sich aus Netzwerken und von Ideologien befreit hätten, aber den Beratungsprozess nicht vollständig durchlaufen hätten. Diese würden daher in der Statistik nicht mitgezählt. Ein einziger Klient sei in alte Strukturen zurückgekehrt.[4]

Hilfesuchende erreichen das **Aussteigerprogramm Sachsen** unter der Telefonnummer 0173 96 17 643 oder per E-Mail an kontakt@steig-aus.de. Weiterführende Informationen finden Betroffene auch auf dem Internetauftritt: www.aussteigerprogramm-sachsen.de.

Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

Aussteigen: Das ist im Verständnis der Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (Kora)[5] das Loslösen von religiös motivierten, extremistischen Strukturen und Ideologien. »Aussteiger sollen in der Lage sein, künftig ein eigenständiges Leben führen zu können«, sagt der für Kora verantwortliche Koordinator Khaldun Al Saadi.

Die Arbeit mit Aussteigern macht nur einen Teil der Arbeit von Kora aus. Vielmehr liegt das Kerninteresse der Stelle darin, die Gesellschaft vorbeugend über religiös motivierten Extremismus zu informieren, zu beraten und zu sensibilisieren. Kora will die davon betroffenen Akteure und Hilfesuchende miteinander vernetzen. »Wir wollen zum Beispiel Straftaten verhindern.« Dazu fußt die Arbeit nach eigenen Angaben auf fünf Säulen: dem Dialog mit muslimischen Organisationen, Veranstaltungen zur Information, Sensibilisierung und Fortbildung, der Beratung von Angehörigen, einer De-Radikalisierungsberatung und eben dem Aussteigerprogramm.[6] Für die Teilnahme an Letzterem erwarten die Mitarbeitenden von Kora, dass es möglichen Klienten nachvollziehbar ernst mit dem Ausstieg ist.

Kora ist also ein Angebot, das sich an islamistische Extremisten richtet, insbesondere an Salafisten als der laut des sächsischen Verfassungsschutzes relevantesten Strömung. Es werden nicht nur Ausstiegswillige beraten, die ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie darstellen könnten, sondern auch solche, die sich aus einer sozialen Abhängigkeit, aus sektenartigen Strukturen befreien möchten. Darüber hinaus will Kora Ansprechpartnerin für Angehörige sein: Familien, Partner, Freunde. Die Stelle bietet zudem Weiterbildungsmöglichkeiten an, beispielsweise für Sozialarbeiter.

Kora hat ihre Arbeit im März 2017 aufgenommen. Das heißt, es gebe noch kein entsprechendes Fallaufkommen, um verallgemeinernd über Klienten zu sprechen. Grundsätzlich seien reli-

giös motivierte Extremisten eher jugendlich oder jung-erwachsen. Ansonsten gebe es etwa gleich viele Männer wie Frauen und zwar unterschiedlichster Herkunft. »Es wird schließlich auch nicht jeder, der ein problematisches Verhältnis zu seinen Eltern hatte und perspektivlos ist, zum Extremisten«, erklärt Al Saadi.

Anrufende bei Kora müssen verdeutlichen, wie ernst es ihnen mit ihrem Hilfegesuch ist. Vergleichbar zur Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle beim Aussteigerprogramm Sachsen findet dann auch hier eine erste Fallanalyse statt. Scheint der Anrufende jemand zu sein, der sich aus extremen Strukturen lösen möchte und dafür Unterstützung benötigt, verweist die Kora an das sechsköpfige Beratungsteam eben jenes Aussteigerprogramms. Das heißt, es gibt kein gesondertes Programm für Islamisten – aber besondere Schulungen zu religiösen Hintergründen für die Beratenden. Ausstiegswillige und andere Hilfesuchende müssen sich selbst an die Kora wenden. »Unser Angebot basiert auf Freiwilligkeit«, sagt Al Saadi.

Die Kora konzentriert sich mit ihrer Arbeit auf Sachsen, kooperiert aber beispielsweise mit der bundesweit agierenden Nichtregierungsorganisation »Violence Prevention Network« und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (deren jeweilige Aussteigerhilfen im nächsten Kapitel genauer vorgestellt werden). Angegliedert ist die Kora an das Demokratiezentrum Sachsen: ein Kooperationsverbund, der Aktivitäten zur Demokratieförderung von Bund und Land vernetzt. Damit ist die Kora ein staatliches Angebot, zugehörig zum Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz. 2017 stehen für die Arbeit von Kora rund 577 000 Euro aus Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung.[7] Neben dem Arabistiker Al Saadi arbeiten unter anderem Politikwissenschaftler wie Friedens- und Konfliktwissenschaftler für die Kora.

Erreichbar ist die **Kora** von montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der Telefonnummer 0351 56 45 649. Weitere Informationen: www.smgi.sms.sachsen.de/demokratie-zentrum-sachsen-4014.html.

Aussteigerprojekt »ad acta«

Aussteiger seien ehemalige »Nationalsozialisten, die bereit sind, sich den Grundregeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu unterwerfen«, sagt der für »ad acta«[8] verantwortliche Sozialarbeiter Michael Ankele. Das heißt genauer: Nach dem Verständnis dieses Projektes sind Aussteiger nicht mehr in der rechtsextremen Szene aktiv, ändern ihre Gesinnung, die szenetypische Kleidung, bauen andere Beziehungen auf, gehen einer Arbeit nach. Konservative Wertevorstellungen seien akzeptabel; aus einem ehemaligen Nazi müsse kein Antifaschist werden.

Das Aussteigerprojekt »ad acta« richtet sich demzufolge an Mitglieder der rechtsextremen Szene, unabhängig von der Verstrickung und Position in der Szene – ob Führungskader oder Mitläufer. Die betreuten Ausstiegswilligen sind überwiegend männlich, im Schnitt zwischen 20 und 25 Jahren alt. Sie haben sich in der Regel zwischen fünf und acht Jahren einer rechtsextremen Gruppe zugehörig gefühlt. Viele seien Kinder von Polizisten, sagt Ankele. Oftmals seien sie schon früh in Kontakt mit der rechtsextremen Ideologie gekommen. Während der Zeit in der Szene hat Gewalt fast immer eine Rolle für seine Klienten gespielt. Die meisten sollen straffällig geworden sein.

Der Sozialarbeiter unterscheidet bei seinen Klienten zwischen »Straßenkämpfern« und »Ideologen«. Bei ersteren seien es drohende Haftstrafen, die sie zur Abkehr von der Szene bewegten. Bei den ideologisch stärker Durchdrungenen nehme er häufig wahr, dass ein längerer Prozess des Zweifelns ausschlaggebend für den Ausstieg gewesen sei. »Sie hinterfragen das Gedankengut immer mehr und kommen dann zu der Einsicht, sich lösen zu müssen.« Problematisch für die erste Gruppe sei die Angst vor dem Gefängnis, bei der zweiten Gruppe das Annehmen von Hilfe. »Sie suchen nach einer respektablen Autorität, deren Unterstützung sie annehmen können.«

Fast alle seiner Klienten befänden sich zu Beginn ihres Kennenlernens in einer ausgeprägten Stresssituation und ständen unter hohem Leidensdruck. »Sie sind desorientiert und deshalb bereit zu kooperieren.« Regelmäßig kommt so der erste Kontakt über Dritte zustande, die an Ankele vermittelt haben: Familien oder Behördenmitarbeiter beispielsweise. »Wir treffen uns dann auf neutralem Boden, in einer Kneipe. Es geht zuallererst darum, Vertrauen zu bilden.« Das weitere Vorgehen ist dann sehr individuell auf die Bedürfnisse der Klienten ausgerichtet: Wer zunächst eine neue Wohnung braucht, weil er am bisherigen Lebensmittelpunkt bedroht wird, zieht so schnell wie möglich mit Ankeles Hilfe um. Danach geht es um das Finden von Arbeit und neuen sozialen Kontakten. Die ideologische Aufarbeitung ist für den Sozialarbeiter sehr wichtig; sie sei aber sehr zäh. »Wir diskutieren enorm viel, mein Geschichtsinteresse und -wissen kommen mir dabei zupass.« Zudem lebt er seinen Klienten »eine bürgerliche Existenz« vor. »Trotzdem: Wir sind hier keine Hätschelgruppe.« Es werde in aller Klarheit miteinander gesprochen, auch über Unangenehmes aus der Vergangenheit.

Während der weiteren Betreuung beurteilt Ankele, ob Klienten dazu geeignet seien, Präventionsarbeit zu leisten. Die Ausstiegshilfe »ad acta« setzt nämlich auf die »lebendige Vermittlung von Fakten und Erfahrungen, jeweils erlebnisorientiert und emotional aufbereitet«. Damit könne man die Gefahr des Rechtsextremis-

mus und die damit verbundenen persönlichen Konsequenzen am besten verdeutlichen. Vor Schülern die eigene Geschichte erzählen und Fehler eingestehen müssen, das sei die beste Therapie für Aussteiger. Für diese Vorträge bekommen seine Klienten »ein sehr geringes Honorar, damit sie nicht an ihrem Ausstieg verdienen«.

Ankele hält zu seinen Klienten stetig Kontakt, auch nach Jahren noch. Dieser wird aber loser. Bis das so ist, könne unterschiedlich viel Zeit vergehen.

Das Projekt »ad acta« ist mit seiner Hilfe für Aussteiger räumlich auf Sachsen ausgerichtet. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit sei aber sehr sinnvoll, zum fachlichen Austausch von Helfenden, aber auch wenn Klienten umziehen müssen, meint Ankele. Der selbstständige Sozialarbeiter aus dem Landkreis Bautzen arbeitet seit 2001 mit Ausstiegswilligen.

Träger der Ausstiegshilfe ist der Verein »Projekt 21 II«, dessen Name sich auf den entsprechenden Artikel im Grundgesetz bezieht, der auf den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verweist. Ankele arbeitet mit den Ausstiegswilligen nach eigenen Angaben ehrenamtlich. Hauptamtlich sei er in der Präventionsarbeit tätig, für die dann auch seine Klienten zum Einsatz kommen. Dabei habe er inzwischen über 10 000 Jugendliche und junge Erwachsene erreichen können.

Die zivilgesellschaftliche Initiative »ad acta« erhält keinerlei staatliche Förderung. Ankele sieht sich als »humanistischen Einzelkämpfer mit gutem Netzwerk«. Insbesondere im Landkreis Bautzen könne er auf behördliche Unterstützung zählen, wenn es um Sachfragen ginge. Zudem wird er von Dr. Bernd Wagner vom Zentrum Demokratische Kultur beraten und gefördert.

In 16 Jahren Ausstiegsarbeit hat Ankele rund 100 Klienten erfolgreich zum Ausstieg verholfen, sagt er. Vier sehr junge Rechtsextremisten seien währenddessen rückfällig geworden und in die Szene zurückgekehrt. In einem Fall habe er selbst die Hilfe beendet, weil der vermeintlich Ausstiegswillige gelogen und sich nicht an Absprachen gehalten habe. Ankeles Arbeit unterscheidet sich von den staatlichen Angeboten vor allem dadurch, dass er Aussteiger in Schulen sprechen lässt und seinen Klienten auch vor Gericht Leumund bescheinigt.

Wer Hilfe bei **»ad acta«** sucht, erreicht Michael Ankele per E-Mail unter **info@projekt21ii.de**. Über den Trägerverein können Interessierte sich im Internet unter **www.projekt21ii.de** weiter informieren.

1 Vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 39 ff.
2 Vgl. Thomas Trappe, Raus aus der Neonazi-Szene – aber wie?, http://www.faz.net/aktuell/politik/rechtsextremismus-raus-aus-der-neonazi-szene-aber-wie-11587014.html, Stand: 31. 12. 2011, Abruf: 6. 7. 2017, vgl. Sebastian Kositz, Streit um Aussteigerprojekt eskaliert, http://www.sz-online.de/nachrichten/streit-um-aussteigerprojekt-eskaliert-40300.html, Stand: 20. 1. 2012, Abruf: 6. 7. 2017, und vgl. Björn Menzel, Neonazis im Klassenzimmer, http://www.spiegel.de/panorama/praevention-gegen-rechts-in-sachsen-neonazis-im-klassenzimmer-a-934132.html, Stand: 24. 11. 2013, Abruf: 6. 7. 2017.
3 Die Informationen zum Aussteigerprogramm Sachsen stammen hauptsächlich aus persönlichen Gesprächen zwischen dort Mitarbeitenden und der Autorin. Um diese Personen zu schützen, werden im Folgenden keine Klarnamen genannt.
4 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, a. a. O., S. 162 f., und vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern, Aussteigerprogramm Sachsen veröffentlicht Filmprojekt mit ehemaligem Neonazi, https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/210619, Stand: 3. 5. 2017, Abruf: 5. 7. 2017.
5 Die Informationen zur Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (Kora) stammen zu weiten Teilen von dem zuständigen Landeskoordinator Khaldun Al Saadi und Auskünften des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz.
6 Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention, http://www.sms.sachsen.de/27858.html, Abruf: 7. 7. 2017.
7 Vgl. Andreas Debski, Sachsen startet Programm für Islamismus-Aussteiger, http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-startet-Programm-fuer-Islamismus-Aussteiger, Stand: 2. 3. 2017, Abruf: 7. 7. 2017, und vgl. Leipziger Volkszeitung, Sachsen contra Radikalisierung: Freistaat richtet Beratungsstelle ein, http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-contra-Radikalisierung-Freistaat-richtet-Beratungsstelle-ein, Stand: 28. 3. 2017, Abruf: 7. 7. 2017.
8 Die Informationen zum Aussteigerprojekt »ad acta« stammen überwiegend vom Verein »Projekt 21 11« und dem Sozialarbeiter Michael Ankele.

Wie werden Ausstiegswillige sonst unterstützt?

Neben den Ausstiegshilfen in Sachsen gibt es auch in anderen Bundesländern Angebote für Ausstiegswillige – insbesondere für solche aus rechtsextremen Szenen.[1] Teilweise arbeiten diese Programme zusammen, wenn Klienten beispielsweise umgezogen sind und am neuen Ort ihre Betreuung sichergestellt werden muss. So sind einige der Hilfen in der Bundesarbeitsgemeinschaft »Ausstieg zum Einstieg« vernetzt.[2]

Es gibt aber bei den verschiedenen Trägern auch gegenseitige Vorbehalte, weil teilweise nach sehr unterschiedlichen Mustern und mit teils abweichenden Zielen gearbeitet wird.[3]

Ausstiegswillige im benachbarten Bayern finden beispielsweise Hilfe bei der **Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus**[4]. Zielgruppe sind in der Regel Rechtsextremisten. Theoretisch steht das Programm auch ausstiegswilligen Linksmilitanten offen, die dies aber nur äußerst selten in Anspruch nähmen. Die tatsächliche Stellung und Bedeutung in der extremen Szene spielt grundsätzlich keine Rolle für die Aufnahme ins Programm. Vielmehr müsse der Wille zum Ausstieg stark sein und dürfe nicht an Bedingungen geknüpft sein. Wer also fordert »Besorgen Sie mir einen Job und ich steige aus«, wird abgewiesen. Ausstiegswillige Salafisten werden vom Bayerischen Landeskriminalamt im Kompetenzzentrum für Deradikalisierung betreut.

Wer in Bayern Hilfe sucht, muss sich selbst an die Helfenden wenden – das kann auch über Mittelspersonen wie Justizvollzugsbeamte, Richter, Sozialarbeiter, Lehrer oder Beschäftigte der Arbeitsagentur geschehen.

Ziel ist, dass Ausstiegswillige mithilfe des Programms ein eigenverantwortliches Leben jenseits extremistischer Szenen führen können und ihr Denken von extremistischen Ideologien befreien.

Die »Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus« im Fachressort des Innenministeriums ist beim Verfassungsschutz angesiedelt.

Im Nachbarbundesland Sachsen-Anhalt gibt es das Aussteigerprogramm **Extra**[5]. Es ist für Rechtsextremisten konzipiert worden: Für jene, die schon aktiv sind, als auch für solche, die in die Szene hineinzugleiten drohen. Wer sich bei dem Programm von sich aus meldet, bekommt Unterstützung. Darüber hinaus sprechen die Mitarbeitenden aber mutmaßliche Zweifler auch direkt an.

Das Hilfsangebot will dazu beitragen, dass die Ausstiegswilligen ihre sozialen Probleme in den Griff bekommen und diese langfristig selbst lösen können. Weiter werde daran gearbeitet, dass die Klienten nicht (erneut) straffällig werden. Arbeit an der Ideologie begleite den kompletten Prozess.

»Extra« ist beim Ministerium für Inneres und Sport in der Abteilung Verfassungsschutz angesiedelt.

Mit dem Hilfsangebot im benachbarten Thüringen werden ebenfalls Rechtsextremisten angesprochen. Das Alter und der Grad der Einbindung in die Szene sind für die Aufnahme in das Programm des **Thüringer Beratungsdienstes**[6] nicht von Bedeutung. Die meisten Ausstiegswilligen werden über Kooperationspartner aus Justiz, Jugendhilfe oder Schulen an die Beratenden vermittelt. Hilfesuchende können aber auch von sich aus Kontakt aufnehmen.

Die Mitarbeitenden des Programms wollen die Klienten dabei unterstützen, sich aus der Szene zu lösen, sich von der Gewalt zu verabschieden, sich mit Vorurteilen auseinanderzusetzen. Menschenverachtende und gewaltfördernde Ideologien, aber auch persönliche Gründe für Ein- und Ausstieg in die Szene würden bearbeitet.

Angeboten wird die nichtstaatliche Hilfe vom Verein »Drudel 11«, einem freien und anerkannten Träger der Jugendhilfe. Der Verein wird mit Landes- und Bundesmitteln gefördert. Darüber hinaus gibt es ein Kontakttelefon für ausstiegswillige Rechtsextremisten beim Thüringer Verfassungsschutz.

Im an Sachsen grenzenden Bundesland Brandenburg gibt es kein länderspezifisches Hilfsangebot für ausstiegswillige Extremisten.

In den westlichen Bundesländern sind Aussteigerprogramme beispielsweise bei dem Landesamt für Verfassungsschutz (Niedersachsen), dem Innenministerium (Nordrhein-Westfalen), beim Sozialministerium (Rheinland-Pfalz) oder dem Landeskriminalamt (Hessen, Baden-Württemberg) angesiedelt. Daneben gibt es auch in den anderen Bundesländern zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich um ausstiegswillige Frauen und Männer aus extremen Szenen kümmern.[7]

Darüber hinaus gibt es bundesweit agierende Hilfsangebote.

Angebote für Rechtsextreme

»Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten« des Bundesamts für Verfassungsschutz

Das Bundesamt für Verfassungsschutz bewirbt auf seiner Internetseite sein staatlich organisiertes Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten.[8] Darüber hinaus gibt die Behörde – auch auf Anfrage – keine Informationen preis. Es handele sich »um absolut vertraulich zu behandelnde Daten«. Daher bleibt unklar, was genau der Inlandsnachrichtendienst unter »Ausstieg« versteht.

Angesprochen werden sollen laut der Präsenz im Internet vor allem junge Menschen, die sich aus rechtsextremen Gruppierungen lösen wollen und denen dies aus eigener Kraft nicht gelingt. Auch Angehörige zählen zu den Zielgruppen des Angebots. Zu Alter, Geschlecht oder Motivation seiner Klienten macht das Bundesamt keine Angaben. Ob es erfolgreiche Ausstiege gegeben hat oder Rückfälle, bleibt offen.

Um Kontakt aufzunehmen, stehen Beratungssuchenden eine Telefonnummer und eine Mailadresse zur Verfügung. Die Mitarbeitenden des Programms bieten nach einer Aufnahme Hilfe beim Vermitteln von schulischer oder beruflicher Qualifizierung, bei Behördenkontakten oder Gesprächen mit Arbeitgebern und Bewährungshelfern. Werden Klienten beispielsweise von ehemaligen Wegbegleitern bedroht, hilft das Bundesamt auch bei Wohnungssuche und Umzug – gegebenenfalls finanziell. Haben Klienten Drogenprobleme oder sind überschuldet, dann wird an außenstehende Helfende weitervermittelt. Bei allen Hilfeleistungen stehe der Aspekt »Hilfe zur Selbsthilfe« im Vordergrund. Ungeklärt bleibt, welche Rolle die ideologisch-inhaltliche Arbeit für das Bundesamt für Verfassungsschutz spielt.

Das seit 2001 bestehende Angebot des Bundesamts für Verfassungsschutz richtet sich an Hilfesuchende aus ganz Deutschland. Es soll Kooperationen mit anderen Trägern geben.

Ausstiegswillige Rechtsextremisten mit Interesse an diesem Programm können sich über das Kontakttelefon 0221 79 262 oder per E-Mail an aussteiger@bfv.bund.de an das **Bundesamt für Verfassungsschutz** wenden.

Die Initiative »Exit-Deutschland« des Zentrums Demokratische Kultur

Die zivilgesellschaftliche Initiative »Exit-Deutschland«[9] erwartet von Ausstiegswilligen, dass sie künftig den Wertekanon des Grundgesetzes anerkennen. Sie dürfen zwar auch künftig noch Gesellschaftskritik üben, müssen sich aber von ihrer extremistischen Ideologie, der Szene und von der Gewalt lösen.[10]

Das Hilfsangebot richtet sich in erster Linie an Rechtsextremisten und deren Angehörige. Jährlich nehmen etwa 40 bis 50 Personen ersten Kontakt zu den »Exit-Deutschland«-Mitarbeitenden auf. Pro Jahr werden in der Folge etwa 80 bis 100 Klienten betreut. Die meisten Ausstiegswilligen sind zwischen 18 und 28 Jahre alt. Drei Viertel von ihnen sind männlich. Sie haben sich im Schnitt drei bis fünf Jahre einer extremen Szene zugehörig gefühlt; überwiegend waren sie in Kameradschaften organisiert. Mehr als 50 Prozent der Klienten ist in der Vergangenheit straffällig geworden, zumeist in Form von Gewaltdelikten.

»Exit-Deutschland«-Mitarbeitende erfahren: Es sind Zweifel an der extremen Ideologie, die Angst vor Strafverfolgung, Sucht oder Schulden, die zum Ausstieg motivieren. Trotzdem fällt der erste Schritt oft schwer, Vertrauen zu Fremden, gar Feinden zu entwickeln.

Nachdem Ausstiegswillige über einen Anruf oder eine E-Mail den ersten Kontakt aufgenommen haben, müssen sie eine Art Motivationsschreiben verfassen. Danach finden regelmäßige Treffen statt. Zu Inhaftierten fährt das »Exit-Deutschland«-Team dazu auch in Justizvollzugsanstalten.

Während der Treffen geht es darum, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, sich mit begangenen Straftaten zu beschäftigen, sich mit der bisherigen Weltanschauung auseinanderzusetzen. Die ideologisch-inhaltliche Arbeit spielt demzufolge eine entscheidende Rolle.

Die Helfenden unterstützen aber auch dabei, ein neues Umfeld zu finden oder eine neue Arbeitsstelle. »Wir arbeiten an Problemlösungsstrategien für den Alltag, sodass derjenige sich später selbst helfen kann«, sagt Gründer Dr. Bernd Wagner. Finanziell werden die Klienten nicht unterstützt. Es sei denn, es geht um das Entfernen von Tätowierungen auf Handrücken oder im Gesicht. Dann kann es kleinere Beihilfen geben.

Je stärker jemand in der Szene gesteckt habe, umso länger brauche der Ausstieg. Gerade bei Frauen mit Kindern sei die Betreuung häufig intensiv, da es oft ungeklärte Familienverhältnisse gebe.

»Exit-Deutschland« ist im Jahr 2000 gegründet worden, als erste Aussteigerhilfe deutschlandweit. Sie arbeitet auch bundesweit, »weil man an Ländergrenzen nicht Halt machen kann«, sagt Kriminalist Wagner.

Die private Initiative des Zentrums Demokratische Kultur wird seit 2013 als Sonderprojekt des Bundes geführt und hat bis 2019 planerische Sicherheit. So erhält die Hilfe staatliche Gelder in Höhe von jährlich 225 000 Euro. Dazu kommen 25 000 Euro Co-Finanzierung durch eigene Mittel wie Spenden.

Sieben Mitarbeiter – nur teils vollzeitbeschäftigt – arbeiten bei »Exit-Deutschland«: Polizisten, Politologen, Psychologen und Er-

ziehungswissenschaftler. Sie verwenden im Unterschied zu Mitarbeitenden etlicher anderer Programme ihre Klarnamen.

Seit dem Start von »Exit-Deutschland« haben nach dessen eigenen Angaben 680 Rechtsextremisten das Programm erfolgreich durchlaufen. Darüber hinaus seien in der Vergangenheit etwa 15 Linksmilitante, 20 Islamisten und fünf Satanisten betreut worden. 15 der Ausstiegswilligen seien jedoch in ihre alten Strukturen zurückgekehrt oder hätten sich einem anderen politisch-religiösen Extrem zugewandt. »Aus Nazis sind dann Salafisten geworden«, erläutert Wagner.

Wer sich von den Mitarbeitenden von **»Exit-Deutschland«** helfen lassen möchte, erreicht die Initiative unter der Telefonnummer 030 23 48 93 28 oder per E-Mail an info@exit-deutschland.de.

Angebot für Linksextreme

»Aussteigerprogramm für Linksextremisten« des Bundesamts für Verfassungsschutz

Neben dem Aussteigerprogramm für Rechtsextreme betreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2011 auch ein Hilfsangebot für Menschen aus linksextremen Szenen. Da auch dazu keine über die Informationen auf dem Internetauftritt[11] hinausgehenden Angaben gemacht werden, bleiben jedoch viele Fragen offen. Herausgestellt wird, dass man »Angehörige der linksextremistischen Szene zu einem Ausstieg motivieren und in ihrer Entscheidung bestärken« wolle. Darüber hinaus unterstütze das Bundesamt für Verfassungsschutz insbesondere bei Schritten aus dem gewaltorientierten Umfeld. Auch Eltern, Partner, Freunde werden beraten.

Wer über Telefon oder E-Mail Kontakt sucht, dem wird absolute Vertraulichkeit zugesichert. In der Folge werde bei ernstgemeintem Ausstiegswillen ein persönliches Treffen vereinbart. Die Mitarbeitenden des Programms könnten danach vielfältig unterstützen: Bei der Arbeits- und Wohnungssuche, bei schulischer und beruflicher Qualifizierung, beim Kontakt zu Behörden. Falls dringend erforderlich, wird auch finanzielle Hilfe geleistet. Auch hier stehe wieder der Grundgedanke »Hilfe zur Selbsthilfe« im Vordergrund der Hilfsmaßnahmen. Bei anderen Problemen verweise man an geeignete Experten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz kooperiere mit staatlichen und nichtstaatlichen Trägern in ganz Deutschland.

Wie viele Ausstiegswillige in dem Programm betreut werden und wurden, aus welchen Strukturen sie stammen, wie lange sie Hilfe benötigen und wie intensiv, beantwortet der Inlandsnachrichtendienst nicht. Auch über erfolgreiche Ausstiege gibt es nur Spekulationen.

Interessierte Ausstiegswillige erreichen die Mitarbeitenden des Programms beim **Bundesamt für Verfassungsschutz** unter der Rufnummer 0221 79 26 600 oder über die E-Mail-Adresse aussteiger@bfv.bund.de.

Angebote für islamistische Extremisten

»Beratungsstelle Radikalisierung« des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Die Mitarbeitenden der staatlichen »Beratungsstelle Radikalisierung«[12] verstehen unter Aussteigern Menschen, die nunmehr Meinungsvielfalt und Demokratie befürworten. Sie haben sich von der religiös-extremen Ideologie losgelöst und führen ein selbstbestimmtes Leben.

Das Angebot des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wendet sich mit seinem Hilfsangebot (auch) an Ausstiegswillige aus dem islamistisch motiviertem Extremismus, aber in erster Linie an deren Umfeld: Familien, Freunde, Lehrer, auch Behördenvertreter von Jugendämtern. Nur selten seien es direkt Ausstiegswillige, die den Kontakt suchen. Vielmehr gehe es darum, den Menschen aus dem Umfeld beratend zur Seite zu stehen, damit sie in der Folge den Extremisten einen Weg zurück zeigen können.

Seit dem Start des Beratungsangebots haben die Mitarbeitenden mehr als 3600 Anrufe entgegengenommen. Die Anrufenden können dabei anonym bleiben.

Bei einem solchen ersten Telefonat schätzen die Mitarbeitenden der Beratungsstelle die Situation ein und geben erste Ratschläge. Wenn sie vermuten, dass jemand seinen Glauben extremistisch auslegt, dann verweisen die Berater an zivilgesellschaftliche Kooperationspartner vor Ort. Das ist inzwischen mehr als 950 Mal geschehen. Dort werden Ausstiegswillige oder ihre Angehörigen dann weiter betreut. Oftmals seien es junge Erwachsene im Alter von 18, 19 Jahren, die sich dem Salafismus anschlössen. In etwas mehr als einem Viertel der Fälle seien es Frauen. Die Extremisten stammen nicht nur aus Familien mit islamischen Glauben. Etwa 50 Prozent haben einen Migrationshintergrund.[13]

Die **»Beratungsstelle Radikalisierung«** beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist seit 2012 für Hilfesuchende aus ganz Deutschland erreichbar. Sie wird ausschließlich durch Bundesmittel finanziert – im Jahr 2017 mit etwa 650 000 Euro. In der Beratungsstelle direkt arbeiten sechs Mitarbeitende: Politik- und Sozialwissenschaftler, Sozialpädagogen und Psychologen. Sie nehmen Anrufe entgegen, beraten in Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Türkisch, Russisch, Usbekisch und Persisch. Und sie koordinieren die Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern vor Ort. Insgesamt sind in dem gesamten Hilfenetz rund 60 Helfende tätig.

Unter der Telefonnummer 0911 94 34 343 erreichen Hilfesuchende montags bis freitags zwischen 9 und 15 Uhr die Mitarbeitenden der Beratungsstelle. Sie sind auch per E-Mail an beratung@bamf.bund.de erreichbar.

»Hayat-Deutschland« des Zentrums Demokratische Kultur

Einer der Netzwerkpartner des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ist »Hayat-Deutschland«[14] – arabisch und türkisch für »Leben«. Wenn die Mitarbeitenden von deren »Beratungsstelle Deradikalisierung« über Anhänger religiöser Extreme sprechen, dann meinen sie: Jemand hat aufgrund seines Glaubens andere soziale Kontakte gekappt, unterdrückt seine persönlichen Bedürfnisse, erachtet das Glück im Diesseits als irrelevant. Aussteiger gestalten ihr Leben hingegen selbstbestimmt. Sie trennen sich von einer freiheitsfeindlichen Weltanschauung und Lebenspraxis und erkennen Menschenrechte und Demokratie an. Es geht keine Gefahr mehr von ihnen aus. Dabei wollen die Mitarbeitenden von »Hayat-Deutschland« Gläubige nicht von ihrer Religionsausübung abhalten, sondern beim Lösen von menschenverachtenden Ideologien unterstützen. Von ihren Klienten erwarten sie, dass sie ihre Situation langfristig verändern wollen und dafür aktiv mitarbeiten.[15]

Das Hilfsangebot von »Hayat-Deutschland« richtet sich an gewaltorientierte Salafisten und militante Dschihadisten als Anhänger zweier extremer Strömungen des Islam: Ausstiegswillige, die sich dem »Islamischen Staat« anschließen und in Konfliktregionen ausreisen wollten oder dies bereits getan haben. Darüber hinaus wird Angehörigen dieser Menschen Beratung angeboten. Auch Sozialarbeiter oder Mitarbeitende aus Einrichtungen für Geflüchtete als Multiplikatoren werden zunehmend beraten.[16] Durchschnittlich kommen pro Monat etwa zehn neue Beratungsfälle hinzu. Jährlich werden etwa 200 Klienten von »Hayat-Deutschland« betreut. Die meisten Ausstiegswilligen sind jugendlich oder jung-erwachsen. Sie stammen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Regionen. Wenn ein Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet worden ist oder sie bereits inhaftiert sind, wenn sie aus Kampfgebieten zurückgekehrt sind oder ihre gesamte Zukunft auf der Kippe steht, fühlen sich viele dazu motiviert, dem islamistischen Extrem den Rücken zu kehren. Oft sei es eine tiefe Krise, in der Ausstiegswillige stecken und aufgrund derer sie ihr Leben ändern wollen. Insbesondere familiäre Konflikte hätten sie ins religiöse Extrem getrieben und deren Bearbeitung würde oftmals auch beim Ausstieg das größte Problem darstellen.[17]

Wer die Hilfe von »Hayat-Deutschland« in Anspruch nehmen möchte, muss selbst den Kontakt suchen. Bei einem ersten Ge-

spräch schätzen die Mitarbeitenden die konkrete Situation ein und versuchen herauszufinden, wie die Anrufenden oder ihre Angehörigen an diesen Punkt kommen konnten. Dann wird ein individueller Interventionsplan erstellt. Fragen dazu sind: Welche Schritte sind notwendig? Welche zuerst? Wie viel Zeit ist dafür nötig?

Oft muss der Kontakt zur Familie wieder neu aufgebaut oder eine vertrauensvolle Kommunikation erlernt werden. »Hayat-Deutschland« misst der Familie eine Schlüsselrolle beim Ausstieg zu. Weiter wird daran gearbeitet, welche Vorstellungen von Zukunft die Klienten haben, welche Probleme sie beschäftigen, was genau das religiöse Extrem so attraktiv hat werden lassen. Bei seelisch sehr angegriffenen Klienten greifen die Berater auf die Unterstützung des Teams des Partnerprojekts »Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus«[18] zurück. Darüber hinaus wird lebenspraktische Hilfe geleistet, bei der Suche nach einer neuen Wohnung, Ausbildung oder Arbeit, beim Finden neuer Kontakte.

Von Beginn an wird an der Weltanschauung der Klienten gearbeitet. Sie sollen lernen, Zweifel daran zuzulassen, die eigene Haltung und die eigenen Werte kritisch zu hinterfragen. Dazu wird auch dem hilfesuchenden Umfeld Wissen vermittelt, damit es fundiert Kritik an Denkmustern üben kann. Mit schlüssigen Argumenten könne so das Schwarz-Weiß-Denken aufgelöst werden. Auf diesem Weg werden Klienten von »Hayat-Deutschland« in der Regel ein bis zwei Jahre begleitet.[19]

»Hayat-Deutschland« ist 2011 gegründet worden und arbeitet bundesweit. Die Trägerorganisation des zivilgesellschaftlichen Angebots ist das gemeinnützige »Zentrum Demokratische Kultur«, dem auch »Exit-Deutschland« angehört. Von deren langjährigen Erfahrungen profitieren nach eigenen Angaben auch die Mitarbeitenden der »Beratungsstelle Deradikalisierung«. Für die Arbeit von »Hayat-Deutschland« steht ein jährliches Budget in Höhe von 130 000 Euro zur Verfügung. Insgesamt sind dort fünf Mitarbeitende beschäftigt aus der Islam- und Religionswissenschaft, der Kriminologie, der Politik- und Sozialwissenschaft, der Sozialen Arbeit und der Psychologie. Beraten werden kann auf Deutsch, Englisch, Arabisch, Türkisch und Persisch.

Bis zum Ende des Jahres 2016 sind 324 Fälle durch die Mitarbeitenden von »Hayat-Deutschland« betreut worden. Die Hälfte dieser Fälle sei bisher erfolgreich abgeschlossen. Zu Rückfällen in alte Muster werden keine Angaben gemacht.[20]

Die **»Beratungsstelle Deradikalisierung«** von »Hayat-Deutschland« ist telefonisch unter 0157 71 35 99 63 oder unter 030 23 48 93 35 erreichbar. Hilfesuchende können außerdem per E-Mail an info@hayat-deutschland.de um eine Beratung bitten.

Phänomenübergreifendes Angebot

Ausstiegsbegleitung des »Violence Prevention Network«

Wer sich mit der Hilfe der Ausstiegsbegleitung des »Violence Prevention Network«[21] aus einer extremen Szene lösen möchte, der muss sich von seinem bisherigen Milieu und dessen Weltanschauung trennen. Die Auseinandersetzung mit der Ideologie hält das Gründungs- und Vorstandsmitglied der Organisation, Jan Buschbom, für zwingend erforderlich. »Wer sich zum Beispiel wegen der Arbeit nur sozial angepasst und deshalb Meinungen nicht mehr so kundgetan hat, dessen Einstellungen werden im Alter oft reaktiviert. Dann sind die Zwänge der Gesellschaft nämlich vielleicht nicht mehr so präsent.«

Die Arbeit der Ausstiegsbegleiter des »Violence Prevention Network« folgt dazu zwei Grundsätzen: Klienten nehmen freiwillig an dem Programm teil; die Helfenden machen ihre Arbeitsweise transparent. Aufgrund der geforderten Freiwilligkeit arbeitet das Netzwerk nicht auf richterlichen Wunsch oder mit Untersuchungshäftlingen, die auf diesem Weg ihre Strafe verringern wollen könnten. Vielmehr müsse es in den Augen der Klienten davon unabhängig sinnvoll sein, dass miteinander gearbeitet werde.

Anders als andere Aussteigerprogramme wendet sich das »Violence Prevention Network« mit seiner Ausstiegsbegleitung an Anhänger zweier Phänomenbereiche: Rechtsextremisten und islamistische Extremisten. Viele von ihnen haben bereits das Gesetz gebrochen, einige bislang unentdeckt, andere schon verurteilt. Aber nicht alle Klienten des »Violence Preventions Networks« sind zuvor straffällig geworden. Bei Rechtsextremen sei dies eher der Fall als bei Islamisten. Oftmals handele es sich dabei um Angriffe gegenüber vermeintlichen Feinden in Form von geplanter Gewalt oder im Affekt.

Auch dem persönlichen Umfeld von Anhängern extremer Milieus wird zur Seite gestanden in Fragen wie: »Wie soll ich mich meinem Angehörigen gegenüber verhalten?«.

Laut dem aktuellen Geschäftsbericht sind 2015 94 Ausstiegsbegleitungen begonnen worden. Die meisten Betreuten sind zwischen 15 Jahren und Ende 20. Bei den Rechtsextremen seien es überwiegend Männer, im Phänomenbereich des extremen Islamismus zwischen 17 und 20 Prozent Frauen. Die meisten seien in Gruppen organisiert, die teils als Familienersatz funktionierten. »Rechtsextreme hängen der Szene häufig länger an. Das Umfeld merkt oft nicht frühzeitig genug, dass da jemand gefährdet ist. Beim Islamismus erkennt man schneller an Erscheinungsbild und Verhalten, dass jemand in die Szene einsteigt. Da kann man früher und erfolgreicher eingreifen«, sagt Buschbom.

Motivierend für den Ausstieg können eine neue Partnerschaft oder eine neue Arbeitsstelle sein, bei der man mit seiner Einstellung nicht ständig anecken wolle. Bei manchen sei es auch die Desillusionierung, die fehlende Kameradschaft, das nichtexistente Zusammengehörigkeitsgefühl. »Viele sind enorm einsam.« Diese Einsamkeit bleibe zunächst ein Problem beim Aussteigen. Die Klienten verlieren ihr komplettes soziales Umfeld und begegnen einer kritischen Öffentlichkeit, die den ernsthaften Ausstiegswillen teilweise anzweifelt. Hinzu kommt die Bedrohung durch ehemalige sogenannte Kameraden und Glaubensgeschwister. Wer im ländlichen Raum lebt, stehe unter dem großen Druck, alte Kontakte aus der Szene regelmäßig wiederzutreffen. »Man kann trotzdem nicht erwarten, dass Klienten den Wohnort wechseln, gerade auch, wenn Familie als wichtiger Bezugspunkt dort vor Ort ist.«

Das Team der Ausstiegsbegleitung arbeitet teilweise aufsuchend in Szenetreffs oder muslimischen Gemeinden, spricht dort Anhänger der Szenen direkt an. Darüber hinaus rufen Hilfesuchende selbst an oder schicken E-Mails. Bei einem ersten Gespräch erklären die Berater dann, welche Unterstützung sie bieten können, zum Beispiel bei der Suche nach Arbeit. Finanziell werden die Klienten nicht unterstützt.

Die Mitarbeitenden des »Violence Prevention Network« arbeiten in Zweierteams und treffen die Klienten zur Vertrauensbildung am Anfang relativ häufig, zwei bis drei Mal die Woche. In der Regel beginnt damit ein langfristiger Betreuungsprozess, ein Jahr oder mehr. »Es geht dann darum, Biografisches aufzuarbeiten. Ich frage nach Deutungen, die der Klient bestimmten Lebenserfahrungen gibt. Wir reden über Straftaten, nehmen die Opferperspektive ein. Wir reden über die Zukunft, berufliche Möglichkeiten. Letztlich geht es darum, dass der Klient künftig eigenmächtig seine Interessen vertreten kann«, erklärt Buschbom. Das Hinterfragen von bisherigen, menschenverachtenden Einstellungen schwingt immer mit. »Wenn diese nicht bearbeitet werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für einen Rückfall.«

Den deutschlandweit agierenden Verein »Violence Prevention Network« gibt es seit 2004. Er bekommt Gelder aus Bundes- und Landesmitteln, von der Europäischen Union und von Spendern. Laut aktuellem Geschäftsbericht ergibt das ein jährliches Gesamtbudget von 2 288 000 Euro. Im Netzwerk werden derzeit 78 Mitarbeiter beschäftigt, davon 45 hauptamtlich. Zum Team gehören Pädagogen, Islamwissenschaftler, Theologen, auch Sport- und Musikwissenschaftler. »Wir halten die interdisziplinäre Perspektive für am meisten gewinnbringend«, erläutert Buschbom. Es gebe keine Spezialausbildung für dieses Arbeitsfeld: Daher sei dem Verein wichtig, dass neue Kollegen bereits über Erfahrungen mit Gewalttätern verfügen oder mit extremer Szene gemacht haben. Um

Methoden kennenzulernen und sich weiteres Hintergrundwissen zu den Ideologien anzueignen, absolvieren neue Kollegen zudem eine einjährige Fortbildung innerhalb des Vereins.

Zu erfolgreichen Ausstiegen gibt das **»Violence Prevention Network«** keine Zahlen bekannt.

Unter der Telefonnummer 030 91 70 54 64 bekommen Anrufende weitere Informationen. Sie können auch eine E-Mail an post@violence-prevention-network.de schicken.

Kritik an der Arbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aussteigerprogrammen

Während sich einige Aussteigerprogramme gegenseitig die Kompetenz absprechen, wird auch von außen immer einmal wieder Kritik an der Arbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Hilfen geübt. Häufig vorgetragene Argumente sind:

- Ausstiegshilfe sei zu teuer. Das eingesetzte Geld stehe nicht im Verhältnis zu dem (teils nicht nachvollziehbaren) Erfolg.
- Die Arbeit an Einstellungen und Werten spiele eine zu geringe Rolle. Das Ausstiegswillige entpolitisiert würden und oftmals lediglich auf ihre Straffreiheit hingewirkt werde, wird vor allem staatlichen Initiativen nachgesagt.[22]
- Mitarbeitende von Aussteigerprogrammen werden gerade von Rechtsextremisten als Feinde wahrgenommen. Es könne als »schwierig, beschämend und verwirrend«[23] wahrgenommen werden, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen.
- Die Anzeigepflicht erschwere, dass Klienten ihren Helfenden vertrauten und erfolgreich am Ausstieg gearbeitet werden könne. Nach dem Legalitätsprinzip müssen nämlich Beamte, die von einer Straftat erfahren, diese zur Anzeige bringen. Davon unabhängig müssen alle Bürger anzeigen, wenn sie von der Planung schwerer Straftaten wie Mord und Totschlag Kenntnis erlangen.[24]
- Es sei nicht allein ausreichend, wenn Ausstiegswillige selbst über Telefon, E-Mails oder Briefe Kontakt aufnehmen müssten, um um Unterstützung zu bitten. Viele Rufnummern seien zudem nicht ständig besetzt.[25]
- Sogenannte Persilscheine: Ausstiegshelfende, die ihren Klienten Leumund geben, dass diese tatsächlich aus der extremen Szene ausgestiegen seien. Solche Einschätzungen seien – zumal nach kurzer Betreuungszeit – fragwürdig.
- Die Bildungsarbeit mit Aussteigern könne gerade einem jungen Publikum vermitteln, dass extreme Szenen attraktiv seien und nur die Referenten dort nicht zurechtgekommen seien. Statt präventiv zu wirken, treibe man Jugendliche also in die jeweiligen Milieus.

▸ Statt die Aufmerksamkeit auf die Täter zu richten, müsse man mehr für die Opfer tun. Es bestehe in der Förderung von Angeboten ein Ungleichgewicht. Den Geschädigten von Anhängern extremer Ideologien müsse mindestens genauso viel Hilfe zuteilwerden.[26]

1 Vgl. Birgit Rheims, a. a. O., S. 3–14.
2 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft »Ausstieg zum Einstieg«, Über uns, http://www.ausstiegzumeinstieg.de/index.php/ueber-uns, Abruf: 11. 7. 2017.
3 Vgl. Michael Glaser/Sally Hohnstein/Frank Greuel, a. a. O., S. 52.
4 Vgl. Bayerische Staatsregierung, Über die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/ueber-die-bayerische-informationsstelle-gegen-extremismus-bige, Abruf: 21. 7. 2017.
5 Vgl. Land Sachsen-Anhalt, Ein Angebot zur Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus, https://ausstiegshilfe.sachsen-anhalt.de/extra-extremismus-ausstieg/, Abruf: 21. 7. 2017.
6 Vgl. Drudel 11 e. V., Über uns, http://www.ausstieg-aus-gewalt.de/de/ueber-uns/index.html, Abruf: 21. 7. 2017.
7 Vgl. Stefan Schölermann, a. a. O.
8 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/aussteigerprogramm-rechtsextremismus, Stand: Februar 2017, Abruf: 11. 7. 2017.
9 Viele der Informationen stammen aus einem persönlichen Gespräch mit dem »Exit-Deutschland«-Gründer Dr. Bernd Wagner.
10 Vgl. Exit-Deutschland, http://www.exit-deutschland.de/start/, Abruf: 11. 7. 2017.
11 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Aussteigerprogramm für Linksextremisten, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus, Abruf: 12. 7. 2017.
12 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Beratungsstelle Radikalisierung, http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html, Stand: April 2017, Abruf: 12. 7. 2017. Neben den Informationen auf der Internetseite des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hat die Pressestelle weitere Auskünfte erteilt.
13 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, »In Kontakt bleiben, zum Nachdenken anregen – das ist unsere Aufgabe«, http://www.bamf.de/DE/Service/Top/Presse/Interviews/201607-BeratungRadikalisierung/beratungsstelle-radikalisierung-node.html, Stand: April 2017, Abruf: 12. 7. 2017.
14 Vgl. Hayat-Deutschland, Beratungsstelle Deradikalisierung, http://www.hayat-deutschland.de/, Abruf: 13. 7. 2017.
15 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung/Redaktion Infodienst Radikalisierungsprävention/Sebastian Kauer, Die Rolle der Angehörigen in der Radikalisierungsprävention – Interview mit Claudia Dantschke von Hayat, https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/227668/die-rolle-der-angehoerigen-in-der-radikalisierungspraevention, Stand: 12. 5. 2016, Abruf: 12. 7. 2017.
16 Vgl. Petra Bühring, »Die Ideologien versprechen Orientierung und Halt«; in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 113, Heft 14, 8. 4. 2016, S. 634–639.
17 Vgl. Kerstin Sischka/Julia Berczyk, Hayat Deutschland – der familienorientierte Interventionsansatz bei islamistischer Radikalisierung in seinem psychosozialen Kooperationsnetzwerk, eingereicht für: Nils Böckler/Jens Hoffmann, Radikalisierung und extremistische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement, Verlag für Polizei und Wissenschaft, 2017.
18 Vgl. Diagnostisch-therapeutisches Netzwerk Extremismus, http://dne-deutschland.de/, Abruf: 13. 7. 2017.
19 Vgl. Kerstin Sischka/Julia Berczyk, a. a. O.
20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. Violence Prevention Network, Deradikalisierung, http://www.violence-prevention-network.de/de/ansaetze/deradikalisierung, Abruf: 13. 7. 2017. Das Netzwerk-Gründungsmitglied Jan Buschbom hat in einem persönlichen Gespräch mit der Autorin die Arbeitsweise des Netzwerks erläutert.
22 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 227.
23 Tina Wilchen Christensen, a. a. O., S. 184.
24 Vgl. Strafgesetzbuch, § 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten.
25 Vgl. Michael Glaser/Sally Hohnstein/Frank Greuel, a. a. O., S. 55.
26 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 228.

Verschiedene Einschätzungen zur Arbeit von Aussteiger-programmen

Titus Simon, Jahrgang 1954, hatte bis zu seiner Pensionierung die Professur für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal inne. Schwerpunkte waren dabei auch die Rechtsextremismus-Forschung und die Arbeit zu jugendlichen Gewalttätern.

»Ich unterscheide bei der Nützlichkeit von Aussteigerprogrammen zwischen staatlichen und privaten Angeboten. Vertreter*innen der staatlichen Programme sind oftmals der Öffentlichkeit gegenüber nicht besonders kommunikativ, wollen zu Einzelfällen keine Angaben machen und begründen das mit den schutzwürdigen Interessen der Betreuten. So ist es schwierig, nachzuvollziehen, was diese Helfenden unter Ausstieg verstehen. Ich bin an dieser Stelle für mehr Transparenz – zumal es sich oft um ganz normale Sozialarbeit handelt.

Außerdem halte ich diese Angebote für zu hochschwellig. Das zeigt sich zum Beispiel daran, wie schwierig es ist, dort jemanden zu erreichen. Und wenn eine Ausstiegshilfe beim Verfassungsschutz angesiedelt ist, dann ist die Vermengung von sich in Teilen widersprechenden Aufgaben problematisch: Da soll einerseits geholfen und andererseits Informationen abgeschöpft werden. Ein kleiner Bereich, in dem mir die Arbeit von staatlicher Seite legitimiert scheint, ist die Hilfe beim Ausstieg von Führungskadern, um denen beispielsweise eine neue Identität zu geben. Wobei man natürlich fragen kann, warum genau den führenden Köpfen eine solche Sonderbehandlung zuteilwerden soll.

Es gibt daneben viele zivilgesellschaftliche Angebote, die wertvolle Arbeit leisten. Und dann gibt es Initiativen, die sich von der direkten Arbeit mit Rechtsextremist*innen rigoros abgrenzen und diese verurteilen. Das wiederum kritisiere ich. Ich bin der Meinung: Was immer hilft, ist gut. Auch die Bildungsarbeit unter der Einbeziehung von Aussteiger*innen

halte ich für sehr sinnvoll, wenn die vortragende Person integer ist und die Veranstaltung sorgfältig vorbereitet und begleitet wird.«

Kurt Möller ist Professor für Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit an der Hochschule Esslingen. Er forscht zu Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Unter seiner Leitung ist 2015 das staatliche Aussteigerprogramm Nordrhein-Westfalens auf seine Wirksamkeit hin überprüft worden. Zudem hat er 2016 eine Konzept- und Strukturevaluation des sachsen-anhaltinischen Programms »Extra« durchgeführt.

»Über Erfolgsfaktoren der Arbeit ist bislang in manchen Ländern – teilweise schon seit mehreren Jahren – einiges, bundesweit aber wenig bekannt. Zwar liegt seit Längerem eine Reihe von selfreports von ausgestiegenen Rechtsextremist*innen vor und es haben einige zivilgesellschaftliche Ausstiegshilfen Evaluationen oder evaluationsartige Teilauswertungen durchlaufen. Externe Evaluationen, die wissenschaftlichen Standards genügen, lagen bis vor Kurzem jedoch nur in einem Fall für die Aufsuchende Jugendarbeit mit (extrem) rechts und menschenfeindlich orientierten Cliquen, nicht jedoch bislang für die Programme der deutschen Bundesländer vor. Das Aussteigerprogramm von Nordrhein-Westfalen hat als erstes der in solche staatlichen Programme involvierten zwölf Bundesländer eine externe wissenschaftliche Evaluation in Auftrag gegeben; gleiches gilt mittlerweile für das Programm von Sachsen-Anhalt.

Dieser insgesamt aus wissenschaftlicher Sicht eher unbefriedigende Forschungsstand ist umso bedauerlicher, als bereits mit dem Beschluss der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, der die Einrichtung von Ausstiegsprogrammen in den Bundesländern im November 2000 initiierte, eine zeitnahe Evaluation angedacht war, die aber 2003 nur als (zudem als »Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch« eingestufte und damit nicht zugängliche) bewertete Synopse umgesetzt wurde. Zumindest etablierte sich seitdem eine jährliche Arbeitstagung der beteiligten Programme und ein gemeinsames, auf das Arbeitsfeld der Programme abgestimmtes internes Fortbildungswesen.«

Robert Kusche ist Geschäftsführer beim Verein »Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen« (RAA Sachsen). Der landesweite Träger hat sich zur Aufgabe gemacht, eine demokratische und tolerante Gesellschaft zu fördern. Zum Angebot des Vereins gehört auch eine Opferberatung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt.

»Wir finden, dass auch Täter*innen eine zweite Chance bekommen müssen. Deshalb halten wir es grundsätzlich für sinnvoll, wenn Ausstiegswilligen professionelle Unterstützung angeboten wird. Uns kommt es dabei auf die Qualität der Arbeit an. Dafür setzen wir bei den Helfenden eine professionelle Distanz zu den Klient*innen voraus.

Bei unserer praktischen Arbeit fällt uns auf, dass ein schneller Ausstieg eher eine Wunschvorstellung ist. Das Loslösen erfordert eine starke, kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Tun und der dahinterstehenden Ideologie. Das geht nicht von heute auf morgen.

Vor Gericht haben wir aber erlebt, dass rechtsextreme Täter*innen sich selbst als Aussteiger*innen labeln und das nicht vernünftig hinterfragt wird. Wir erwarten zum einen, dass Aussteiger*innen glaubhaft machen, dass sie sich von Szene und Gedankengut getrennt haben. Zum anderen muss die Staatsanwaltschaft solche Aussagen hinterfragen und überprüfen. Für die Opfer ist das enorm wichtig. Denn ein rechtes Tatmotiv wirkt strafverschärfend, wohingegen ein Ausstieg strafmildernd bewertet werden kann.

Vertrauenswürdiger finden wir, wenn sich jemand an professionelle Helfende wendet. Denn: Es ist sehr schwierig, sich aus solchen Strukturen zu lösen. Ein kumpelhaftes Verhältnis zu den Helfer*innen ist nicht zielführend und kann sie schnell zum Spielball werden lassen. Deshalb halten wir auch sogenannte Persilscheine für fragwürdig. Unserer Meinung nach ist es eher ein Qualitätssiegel, wenn ein Programm so etwas verweigert. Denn die Aussicht auf einen Leumund vor Gericht kann von Täter*innen missbraucht werden.«

Wissenschaftler des »Forums für kritische Rechtsextremismusforschung« untersuchen rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungen und Strukturen. Dazu bieten sie auch Seminare an. Die Initiative besteht seit 2005 innerhalb des Vereins »Engagierte Wissenschaft«. Vorstandsmitglied und Erziehungswissenschaftler Alexander Stärck schreibt:

»Prinzipiell ist es zu begrüßen, wenn sich Anhänger*innen faschistischer Organisationen von ihrer bisherigen Weltanschauung lösen und mit ihrem politischen Umfeld brechen. So ein ›Ausstieg‹ ist unserer Meinung nach aber gerade bei langjährigen Kadern ein voraussetzungsreicher und langwieriger Prozess – unabhängig davon, ob dies mit oder ohne Unterstützung staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Programme geschieht.

Manchmal geht es mit einem sogenannten ›Ausstieg‹ aus der Neonazi-Szene aber auch ganz schnell: Nachdem die NPD den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag knapp verpasst

hatte, ist ihr stellvertretender Landesvorsitzender Maik Scheffler Anfang 2015 aus der Partei ausgetreten. Seit 2016 tritt er nun in der Rolle des ›Aussteigers‹ aus der rechten Szene an Schulen auf. Die pädagogische Wirkung solcher Vorträge finden wir äußerst zweifelhaft. Grundsätzlich ist es unserer Ansicht nach problematisch, wenn ehemalige Neonazis bereits kurz nach ihrem (angeblichen) ›Ausstieg‹ als geläutert gelten oder gar als neutrale Experten für die neonazistische Szene akzeptiert werden. Teilweise handelt es sich um taktische Distanzierungen, um beispielsweise in anstehenden Prozessen Strafmilderungen zu erreichen. Für manch eine*n mögen auch finanzielle Anreize eine Rolle spielen.

Hinterfragt werden muss auch die Mitwirkung der Ämter für Verfassungsschutz an Ausstiegsprogrammen. In der Vergangenheit haben die Inlandsgeheimdienste Ausstiegswillige nämlich teilweise sogar zum Verbleib in der Szene und zur Zuarbeit als V-Leute angehalten.«

Wie geht es weiter?

Der Entschluss ist gefasst; Hilfe ist gesucht und gefunden. Für viele Ausstiegswillige geht das mit einem befreienden Gefühl einher. Sich aus Gruppenzwängen lösen zu können, ja, zu müssen, und aus starren Rollenvorgaben auszubrechen: Was früher als Halt wahrgenommen wurde, ist von etlichen zuletzt als Zwang erlebt worden. In der Folge wird der ganze Lebensstil geändert. Andere Kleidung, andere Musik, manchmal andere Essgewohnheiten. Es meint auch, wie man seiner Umgebung begegnet und unter Umständen, welches neue Menschenbild man sich erarbeitet hat und welche neuen Werte man lebt. Nach dem Lösen aus einer extremen Szene geht es zudem darum, eine eigene Perspektive auf das Leben zu entwickeln. Individuelle Wünsche und Ziele spielen auf einmal eine entscheidende Rolle.[1]

Diese neue Freiheit kann auch zu einem schwarzen Loch werden. Das Gefühl, vor einem Scherbenhaufen zu stehen, kennen ebenfalls viele Ausstiegswillige. Alles, was bislang als richtig galt, stimmt jetzt nicht mehr. Aussteiger berichten von Zukunftsängsten, Schlafstörungen, dem Eindruck, versagt zu haben. Hinzu kommt gegebenenfalls der Verlust eines Arbeitsplatzes. Gerade in rechtsextremen Strukturen werden Anhänger oftmals mit Aufgaben versorgt, um sie stärker an die Szene zu binden. Trennen sie sich von der Gruppe, kostet sie das auch den Job.[2]

Einige Aussteiger versuchen, ihre Vergangenheit zu verschleiern. Sie erfinden eine Tarngeschichte, um sich vor dem ehemaligen Milieu zu schützen, aber auch, um gesellschaftlicher Stigmatisierung zu entgehen. Denn nicht nur, wer sich in extremen Szenen bewegt, wird von Teilen der Gesellschaft geächtet. Auch Aussteigern wird mit Skepsis und Misstrauen begegnet. Der ehemalige NPD-Mann Andreas Molau sagt: »Ein Ausstieg ist schwer – aber der Wiedereinstieg in die Gesellschaft ist noch viel schwerer. Egal, mit wem ich spreche, egal, wo ich versuche, irgendwel-

che Schritte in ein normales Leben zu machen: Überall erlebe ich eine Mischung aus Skepsis und Angst.«[3]

Schließlich können Biografien heutzutage durch das Internet schnell nachvollzogen werden. Und viele Unternehmen täten sich schwer damit, Aussteigern auf dem Arbeitsmarkt eine zweite Chance zu geben.

Wer szenetypisch tätowiert ist, für den sei es besonders heikel. Außenstehende gehen häufig auf Distanz, weil sie vermuten, dass derjenige dem Milieu weiter zugehörig sei.

Grundsätzlich ist es ein Problem der Glaubwürdigkeit: Kann man Aussteigern vertrauen? Oder wird nur geschauspielert, um Nutzen aus der vermeintlichen Abkehr zu ziehen? Ingo Hasselbach, der vor seinem Ausstieg einen Rückzug aus der rechtsextremen Szene angetäuscht hatte, wurde genau dieser Täuschungsversuch später regelmäßig vorgeworfen. So sei auch seine letztliche Entscheidung zweifelhaft, argumentierten Kritiker.

Wer sich von seinem bisherigen Umfeld und dem alten Weltbild löst, der braucht einen neuen Lebensentwurf. Wohin soll der Weg mich jetzt führen? Was halte ich nun für richtig? Antworten darauf zu finden, kann ebenfalls problematisch sein. Das gilt vor allem dann, wenn es für die in der Szene erworbenen Kompetenzen außerhalb des Milieus keine Anwendungsmöglichkeiten gibt.[4]

Demzufolge gibt es Aussteiger, die eine neue Aufgabe in der Bildungsarbeit finden möchten. Einige Aussteigerprogramme unterstützen diese Perspektive. Sie lassen ihre Klienten über die Vergangenheit in der extremen Szene referieren. Durch diese Erlebnisberichte sollen insbesondere jüngere Zuhörer von einem Einstieg in extreme Szenen abgehalten werden. Aussteiger betrachten diese Aufgabe als Teil der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit, einhergehend mit einem Gefühl von Befreiung und Selbstreinigung.[5] Kritiker der Präventionsarbeit mit Aussteigern weisen darauf hin, dass sie nur mit einem fundierten und erprobten pädagogischen Gesamtkonzept nützlich sei. Dazu sei es notwendig, dass Aussteiger ausreichend lange über seine Vergangenheit reflektiert habe. Es fehlten jedoch verlässliche Qualitätsstandards, die festlegten, ob und ab wann jemand für solche Vorträge geeignet sei. So bestünde die Gefahr, dass großer Schaden angerichtet werde: Zum einen, dass das extreme Milieu an Attraktivität gewinne. Oder zum anderen, dass Opfer extremer Gewalt durch solche Auftritte weiter leiden müssten, da solche Schilderungen traumatische Erinnerungen provozieren könnten.[6]

Neben professionell Helfenden wird Eltern und anderen nahen Angehörigen beim Entwickeln solch neuer Lebensperspektive eine Schlüsselrolle zugesprochen. Die nächsten emotionalen Bezugspersonen können Ausstiegswillige gut unterstützen und ihnen zu einem selbstbestimmten Leben verhelfen.[7] Aber auch für

sie ist Hilfe oftmals dringend nötig. Denn gerade Eltern unterliegen einem starken Druck: Ihnen wird von Teilen der Gesellschaft oft – zumindest still – vorgeworfen, in der Erziehung versagt oder ihre Kinder vernachlässigt zu haben.[8]

1 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 183 f.
2 Vgl. ebenda, S. 185 f.
3 Toralf Staud/Michael Schlieben, »Ich bin unvermittelbar« – Interview mit Andreas Molau, http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-05/andreas-molau-interview/komplettansicht, Stand: 17. 5. 2013, Abruf: 14. 7. 2017.
4 Vgl. Kurt Möller/Stefan Wesche, a. a. O., S. 39.
5 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 196.
6 Vgl. Johannes Radke, a. a. O.
7 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung/Redaktion Infodienst Radikalisierungsprävention/Sebastian Kauer, a. a. O.
8 Vgl. Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), »Mein Kind ist doch kein Nazi!?« – Ein Ratgeber für Eltern und Angehörige von Kindern und Jugendlichen aus der rechten Szene, Gotha, 2005, S. 7.

Einstieg ins Extreme: Was kann man vorbeugend dagegen tun?

Persönliche Voraussetzungen

Viele Wissenschaftler folgen der Annahme, dass die Persönlichkeit durch bestimmte, teils genetisch veranlagte Eigenschaften sowie durch früh und dauerhaft Erlebtes entsteht. Diese Eigenschaften und Erfahrungen wiederum prägen politische Einstellungen und Verhalten.[1]

Gerade bei Jugendlichen spielen psychische Gründe bei der Faszination für politische Extreme eine Rolle – weil sie sich in einer Phase befinden, in der sie sich von ihrer Familie lösen und ihren eigenen Platz in der Gesellschaft suchen. Wenn es Gruppierungen gelingt, das jugendliche Bedürfnis nach Abenteuer, Selbstbehauptung und Protest aufzugreifen und diese eng in Gruppenaktivitäten eingebunden werden, übernehmen Jugendliche oft zunehmend die dahinterstehende Ideologie. Zunächst vage Vorstellungen von der Gesellschaft werden zu einem festen Weltbild geformt.[2] In den seltensten Fällen ist es schon zu Beginn eine politische Überzeugung, die Jugendliche zum politischen oder religiösen Engagement treibt.[3]

Es gibt dabei verschiedene Motive, die zum Einstieg in ein Extrem führen können. Bei Rechtsextremisten beispielsweise sollen es die Faszination von Gewalt, der Wunsch nach Zusammengehörigkeit und Anerkennung und der Wille zum Protest (als Ausdruck eines normalen Pubertätskonflikts) sein. Außerdem wird der Familie eine entscheidende Rolle beigemessen, wenn das auch nicht zwangsläufig heißt, dass ein Kind vernachlässigt worden ist oder Eltern in der Erziehung versagt hätten.[4]

Aber anders als gelegentlich angenommen wird: Extreme politische Ansichten und entsprechendes Handeln sind nicht nur unter Jugendlichen verbreitet. Sie sind zwar bevorzugte Zielgruppe etlicher extremer Strömungen, aber extreme Einstellungsmuster finden Forscher auch bei älteren Menschen.[5] Ursächlich für ihre Hinwendung zum Extremen können sein:

- eine angespannte wirtschaftliche Situation (eigene finanzielle Probleme oder solche des Landes),
- Staatsverdrossenheit,
- Frustration über das politische System,
- das Empfinden, politisch und sozial abgehängt zu sein und
- fehlende Bildung.[6]

Bei den Leipziger Mitte-Studien zeigt sich so zum Beispiel, dass Befragte mit Abitur deutlich seltener rechtsextremen Aussagen zustimmen.[7]

Sogenannte Reichsbürger sollen sich – insbesondere im ländlichen Raum – von politischen Eliten geschwächt und alleine gelassen fühlen. Der Ton vieler in den Verwaltungen eingehenden Schreiben dieser Bewegung könnte darauf hindeuten, dass die Absender aufgestauten Frust kompensieren müssen.[8]

Gesellschaftliche Voraussetzungen

Beim Einstieg in politische oder religiöse Extreme stehen persönliche Aspekte also gegenüber Ideologien im Vordergrund.[9] Es müssen aber nicht immer prekäre Verhältnisse oder ein niedriges Bildungsniveau sein, die in extreme Positionen treiben.

Kritiker wenden ein: Wenn individuelle Charaktereigenschaften als ursächlich für extremistisches Denken und Handeln angesehen werden, würden damit gesellschaftliche Konflikte neutralisiert. Entscheidend sei vielmehr die Wechselwirkung mit dem sozialen Umfeld – mit Familie, Partnern, Freunden, Mitschülern, Kollegen, auch Mitarbeitenden staatlicher Institutionen: Die Gemengelage aus der seelischen Belastbarkeit einer Person, ihren gemachten Erfahrungen und Werten und einer möglichen Orientierungs- und Perspektivlosigkeit.[10]

Es kann nämlich auch die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren Problemlagen sein, die Menschen verwirrt, bedroht, aggressiv macht. Wenn eine Entwicklung unübersichtlich erscheint, dann kann sie mithilfe von Ideologien scheinbar einfach erklärt werden und damit vermeintliche Sicherheit vermitteln.[11]

Folgt man den Lerntheorien, so erfinden Menschen ihre Sichtweisen nicht selbst, sondern greifen auf Angebote der Gesellschaft zurück. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit hoch, ein Denkangebot anzunehmen, das lange und stark auf jemanden eingewirkt hat. Rigide Weltanschauungen sind gerade im Internet mit seinen sozialen Medien schnell verfügbar, fast omnipräsent. In dieser Folge können sie nachhaltig wirken und Menschen in ein politisches oder religiöses Extrem treiben. Das gilt gerade dann, wenn Werte angesprochen werden, die für einige als scheinbar vernachlässigt gelten.[12]

So kann man auch nicht pauschal beantworten, dass extrem politisierte und fanatisch religiöse Menschen aus bestimmten Milieus stammen. Es ist ein Vorurteil, dass beispielsweise Rechtsextremisten stets aus problematischen Elternhäusern kommen[13], über wenig Selbstvertrauen verfügen[14] und sozial inkompetent sind[15].

Es kann, muss aber nicht, Ursachen in der Familie geben, wenn zum Beispiel auch die Eltern der Betroffenen extreme Positionen vertreten oder zuhause unterschiedliche Meinungen nicht gehört und verhandelt werden.[16]

Auch während eines Haftaufenthalts können Menschen extremistische Ideen und Verhaltensweisen entwickeln, weil sich dort ein Hass auf das herrschende System entfalten kann: Strafen und Schikanen können Inhaftierte verhärten.[17]

Räumlich gesehen kommen in Sachsen viele Rechtsextremisten aus Großstädten. In Leipzig sinkt die Zahl; in Chemnitz wächst sie. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Dort vertreten von 10 000 Einwohnern zehn bis elf rechtsextreme Positionen.[18]

Menschen mit linksextremen Weltanschauungen in Sachsen leben laut des Verfassungsschutzes am ehesten in Großstädten wie Leipzig und Dresden.[19]

Frühwarnzeichen

Beobachter extremer Szenen sagen: Oftmals gibt es deutliche Hinweise darauf, dass eine Person sich politisch oder religiös verändert. Frühwarnzeichen, dass jemand beispielhaft in ein rechtsextremes Milieu abdriftet, können Musik mit rassistischen Texten oder Kleidung mit szenetypischen Symbolen wie der sogenannten »Schwarzen Sonne« sein, zwölf in Ringform gesetzte Siegrunen oder drei übereinandergelegte Hakenkreuze.

Aber: Die Zeiten, in denen man Nazis an Springerstiefeln und Bomberjacken erkennen konnte, sind lange vorbei. Rechtsextreme versuchen zudem, fast alle gängigen Musikrichtungen zu nutzen, um ihre Botschaften zu verbreiten. Man muss also das Gesamtbild betrachten.[20]

Das gilt auch beim islamistischen Extremismus. Hinweise darauf, dass ein Mensch seine Religion immer strenger auslegt und diese Werte auch politisch durchsetzen will, können sein:

- die Religion wird zum Dauerthema und dient auf jegliche Fragestellung als Antwort,
- die eigene religiöse Strenge wird von der gesamten Gesellschaft gefordert,
- Muslime mit anderen Ansichten werden als »Ungläubige« bezeichnet,
- das Äußern von islamistischen Parolen und Sympathien für den sogenannten »Islamischen Staat«,

- ein Hinwenden zu stark religiösen Menschen, ein Abgrenzen von der eigenen Familie,
- zunehmende Gewaltbereitschaft,
- längere Reisen in überwiegend islamische Länder und
- sichtbare äußerliche Veränderungen bei der Kleidung.[21]

Weder muss eine Person all diese Kennzeichen erfüllen, noch reicht ein einziges, um von extremistischen Einstellungen sprechen zu können. Auch ganz andere Merkmale können zum Tragen kommen. Gefährlich kann es vor allem dann werden, wenn ein Mensch sich unbemerkt, im Verborgenen extremen Positionen zuwendet.

Der Prototyp eines »Reichsbürgers« gilt als männlich und lebensälter, in der Regel alleinstehend und sozial isoliert. Vielen werden eine narzisstische Persönlichkeit und ein vordergründig übersteigertes Selbstbewusstsein – gar Größenwahn – nachgesagt. Oftmals seien es rechthaberische, pedantische Charaktere, die anfällig für Esoterik seien. Sie schimpfen, werden ausfällig, aber häufiger mit Worten, denn mit Taten. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass sogenannte Reichsbürger auch gewalttätig werden.[22]

Nicht selten kommen bei Anhängern extremer Szenen im Verlauf auch Probleme wie Schulden, Sucht, Arbeitslosigkeit oder Straftaten hinzu.[23]

Was kann das Umfeld tun?

Es kommt vor, dass das soziale Umfeld mit dazu geführt hat, dass Menschen in extreme Szenen geraten sind: Sei es durch Desinteresse an der Person oder auch durch eine Gleichgültigkeit, die sich in Form ständigen Verständnisses zeigt. Wenn alles immer in Ordnung ist, dann wird das eigene Tun beliebig. Der so Behandelte kann für sich ein Extrem wählen, um das Gegenüber aus der Reserve zu locken.[24]

Das Elternhaus ist dabei das Eine. Psychologen stellen fest, dass auch Schulen nicht per se Orte sind, an denen Toleranz und gegenseitiger Respekt gelehrt werden. Lehrer können schlechte Vorbilder sein, was diese Werte angeht. Etliche Schulen in Deutschland vermitteln autoritäre Leitlinien, und die Teilhabe der Schüler ist relativ gering ausgeprägt.[25] Experten raten also: Wenn das Umfeld helfen will, dann muss es auch bereit sein, sein eigenes Handeln zu hinterfragen.[26]

Strafe allein sei meist nicht besonders vielversprechend. Sanktionen wie Ausgrenzung oder Stigmatisierung rufen beim Betroffenen in der Regel Trotz hervor. Möglicherweise wird durch pauschale Vorwürfe wie »Du willst alles kaputtmachen« oder »Du hast doch bestimmt schon jemanden verprügelt« die extreme Sichtweise nur gefördert. Auch die Arbeit der Sicherheitsbehör-

den zeigt immer wieder: Ein rein repressiver Ansatz wie das Verbot von Organisationen oder das Durchführen von Razzien bekämpft höchstens Symptome.[27]

Anderseits können Strafen klare Grenzen ziehen und verdeutlichen, dass ein bestimmtes Verhalten nicht (mehr) toleriert wird. Sie führen Betroffenen vor Augen, welche Konsequenzen das eigene Handeln haben kann.

Gerade im sozialen Umfeld kommt es aber sehr darauf an, auf welche Weise Grenzen gezogen werden. Denn es handelt sich hier um existenzielle persönliche Beziehungen.[28] Wenn Angehörige klare Ansagen unterlassen, kann das von Betroffenen als Gleichgültigkeit, Angst oder auch Zustimmung interpretiert werden. Wer ignoriert, provoziert also möglicherweise nur noch mehr.

Auch, wer ohne ernsthafte Auseinandersetzung nur verbietet, erreicht wenig, sagen Pädagogen und Psychologen. Stattdessen müsse man erklären, warum man etwas verweigert oder bestraft: Aus Sorge um den jeweiligen Menschen zum Beispiel. Sonst liegt die Vermutung bei den Betroffenen nahe: Hier wird etwas nur verboten, weil die Eltern Angst haben, aufzufallen oder weil sie ihre Macht demonstrieren wollen – Gründe, die weiter anstacheln können.

Fachleute raten weiter: Eltern, aber auch Lehrer oder Sozialarbeiter, müssen sich mit ideologischen Inhalten beschäftigen, wenn sie sich ernsthaft mit Betroffenen auseinandersetzen wollen.

Am erfolgreichsten ist demnach ein persönliches und inhaltliches Eingehen auf den Menschen, der sich einer extremen Szene angeschlossen hat.[29] Das heißt also konkret: Das Thema ansprechen, die betroffene Person als Mensch akzeptieren, mit den Problemen konfrontieren und dann entsprechend Grenzen aufzeigen.[30]

Dafür kann es nötig sein, dass Eltern und das andere Umfeld professionelle Hilfe in Anspruch nehmen müssen.[31] Das können Angebote sein, wie sie von den in diesem Buch vorgestellten Programmen gemacht werden.

Oft melden sich diese Hilfesuchenden jedoch erst relativ spät bei solchen Beratungsstellen – beispielsweise, wenn der Angehörige kaum noch nach Hause kommt oder bereits gewalttätig geworden ist.[32] Das passiert, weil das Umfeld entweder die Szenezugehörigkeit nicht rechtzeitiger erkennt oder weil es sich schämt und die Situation als eigenes Versagen bewertet.[33] Dabei können zum Beispiel Familienmitglieder gerade auch auf der inhaltlichen Ebene viel Unterstützung von den professionell Helfenden erhalten: Über Szenestrukturen, Symbole, Musik oder Argumentationsmuster.[34] Es geht also nur mittelbar um den Menschen in der extremen Szene und dessen möglichen Ausstieg. Vielmehr steht die Beratung der belasteten Mütter, Väter, Geschwister selbst im

Vordergrund – Antworten auf die Frage, wie sie am besten mit der Situation umgehen können.[35]

Auch Freunde können einen Beitrag leisten. Es gilt als hilfreich, wenn sie die Person mit ihren Problemen akzeptieren und nicht auf ihre extremen Einstellungen reduzieren. Im Mittelpunkt sollte das Interesse am Menschen stehen. Hilft alles nichts, kann unter gewissen Umständen auch der unmittelbare Druck helfen: »Wenn Du Dich nicht änderst, breche ich den Kontakt ab.«[36]

Dennoch ist es selten das familiäre Umfeld, das bei einem Angehörigen den Anstoß zum Ausstieg aus einer extremen Szene gibt. Meist entsteht die Motivation dafür aufgrund von Erfahrungen innerhalb der Szene. Aber das Elternhaus kann trotzdem unterstützend eine deutliche Alternative zum extremen Milieu anbieten: Indem die Familie geduldig ist und Gesprächsbereitschaft signalisiert.[37]

Präventionsangebote

Wer die Demokratie schützen will, muss sie stärken. Die Sächsische Staatsregierung setzt für dieses Ziel auf zwei Strategien: Prävention und Repression, also Vorbeugung und die Unterdrückung von Widerstand. Bürger sollen zum einen politisch gebildet werden und über die Möglichkeiten und Chancen einer demokratischen Gesellschaft informiert werden. Zum anderen sollen strafbare Handlungen mit politischer Motivation konsequent verfolgt werden.[38]

2008 ist in Sachsen der Landespräventionsrat gebildet worden – mit Vertretern staatlicher Einrichtungen, freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Stellen. Seine wesentliche Aufgabe ist das Abstimmen und Vernetzen verschiedener Aktivitäten im Kampf gegen jegliche Erscheinungsformen von Demokratiefeindlichkeit.[39]

Um die demokratische Kultur zu stärken, hat die Staatsregierung außerdem das Förderprogramm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« aufgelegt. Es soll zivilgesellschaftliches Engagement stärken, vor allem finanziell. Gefördert werden Vereine wie »Aktion Zivilcourage« aus Pirna, das »Netzwerk für Demokratische Kultur« aus Wurzen oder der »Ausländerrat Dresden«. Es können Initiativen sein, die die Akzeptanz unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeiten oder sexueller Orientierungen fördern oder die Opfer von Gewalt qualifiziert beraten. Für die Aussicht auf eine Förderung müssen die Projekte die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stützen und in Sachsen verwirklicht werden.[40]

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen arbeitet mit Vorträgen und der Ausstellung »In guter Verfassung« daran, über demokratische Werte zu informieren. Das Amt versteht auch sei-

nen jährlichen Bericht als wichtigen Präventionsbeitrag, der »die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern«[41] soll.

Seit 2013 arbeitet das »Operative Abwehrzentrum« der sächsischen Polizei daran, Informationen zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität zu sammeln und sich darüber mit anderen Behörden wie der Staatsanwaltschaft auszutauschen. Mobile Einsatz- und Fahndungsgruppen zeigen dafür verstärkt Präsenz an szenetypischen Treffpunkten.[42] Weiter soll auf dieser Basis ein polizeiliches Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum aufgebaut werden. Darin könnten die Kompetenzen des »Operativen Abwehrzentrums« und des Landeskriminalamts gebündelt werden, plant Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU).[43] Darüber hinaus hat Ulbig einige Vereinigungen wie die rechtsextremistischen »Nationalen Sozialisten Döbeln« verboten.[44]

Auch bundesweit arbeiten Bündnisse daran, vorbeugend gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen zu wirken. Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« ist zentraler Baustein der Strategie der Bundesregierung, um die Demokratie zu fördern. Teil dieses Programms ist das Demokratie-Zentrum Sachsen. Es vereint staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem Beratungsnetzwerk.[45]

Daneben arbeiten viele engagierte Bürger in unterschiedlicher Weise daran, demokratische Werte zu vermitteln und in der Gesellschaft zu verankern.

1 Vgl. Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1995.
2 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 9.
3 Vgl. Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), a. a. O., S. 7.
4 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 13–38.
5 Vgl. Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), a. a. O., S. 6.
6 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), a. a. O.
7 Vgl. ebenda.
8 Vgl. Michael Hüllen/Heiko Homburg, Yasemin Desiree Krüger, a. a. O., S. 17.
9 Vgl. Uwe Backes (b), a. a. O., S. 379.
10 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 116.
11 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O., S. 9.
12 Vgl. Michael Hüllen/Heiko Homburg, Yasemin Desiree Krüger, a. a. O., S. 17.
13 Vgl. Stefan Schölermann, a. a. O.
14 Vgl. Tina Wilchen Christensen, a. a. O., S. 193.
15 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 164.
16 Vgl. ebenda, S. 221–226.
17 Vgl. ebenda, S. 201 ff.
18 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O., S. 29 f.
19 Vgl. ebenda, S. 177.
20 Vgl. Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), a. a. O., S. 19 ff.
21 Vgl. Land Brandenburg, Ministerium des Innern (Hg.), Integration – Radikalisierung und islamistischer Extremismus – Materialien des bran-

denburgischen Verfassungsschutzes, Potsdam, 2010, S. 30.
22 Vgl. Jan-Gerrit Keil, a. a. O., S. 83.
23 Vgl. Stefan Schölermann, a. a. O.
24 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 200.
25 Ebenda, S. 226.
26 Vgl. Peter Rieker, Die Einbeziehung von Familien in die Ausstiegsarbeit; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014, S. 205.
27 Vgl. Michail Logvinov, »Denn wir sind im Dschihad« – Deutschstämmige Salafisten zwischen Missionierung und Kampf; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013, S. 302 f., und vgl. Thomas Hummel, »Die Strategie der Polizei ist kolossal gescheitert« – Interview mit dem Soziologen und Protestforscher Simon Teune, http://www.sueddeutsche.de/politik/protestforscher-ueber-g-chaos-die-strategie-der-polizei-ist-kolossal-gescheitert-1.3579457, Stand: 9. 7. 2017, Abruf: 9. 7. 2017.
28 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 205.
29 Vgl. ebenda, S. 205–210.
30 Vgl. ebenda, S. 224.
31 Vgl. Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), a. a. O., S. 41–44.
32 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 222.
33 Vgl. Peter Rieker, a. a. O., S. 205.
34 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 224 f.
35 Vgl. Peter Rieker, a. a. O., S. 214.
36 Vgl. Birgit Rommelspacher, a. a. O., S. 211 ff.
37 Vgl. Peter Rieker, a. a. O., S. 215 ff.
38 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (b), Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Sachsen, Dresden, 2013, S. 3.
39 Vgl. ebenda, S. 4.
40 Vgl. ebenda, S. 5.
41 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), a. a. O., S. 8.
42 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (b), a. a. O., S. 12 f.
43 Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk, »Sachsen baut Abwehrzentrum gegen Terrorismus auf«, http://www.mdr.de/sachsen/abwehrzentrum-fuer-terrorismus-und-extremismus-sachsen-100.html, Stand: 3. 2. 2017, Abruf: 25. 7. 2017.
44 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (b), a. a. O., S. 15.
45 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Über »Demokratie leben!«, https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html, Abruf: 25. 7. 2017.

»Früh ansetzen«

Interview

Gespräch mit Petra Köpping, Sachsens Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

»Es sind die Menschen, um die es mir geht«, heißt es auf ihrer Internetpräsenz: Petra Köpping ist Sachsens Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. In ihren Zuständigkeitsbereich fällt auch die Arbeit des Demokratie-Zentrums, das alle Aktivitäten von Bund und Land in dieser Sache vernetzt. Die Diplom-Staatswissenschaftlerin war von 2006 bis 2016 stellvertretende SPD-Landesvorsitzende.

Rechtsextreme, Linksmilitante, Islamistinnen, sogenannte Ausländerextremisten oder selbst ernannte »Reichsbürger«: In welchem Bereich gibt es Ihrer Meinung nach das größte Gefährdungspotenzial in Sachsen?
Petra Köpping Da stütze ich mich auf die Arbeit des Verfassungsschutzes. Der sagt deutlich: Es ist nach wie vor der Rechtsextremismus. An zweiter Stelle steht dann die linksmotivierte Gewalt und danach kommt der religiöse Extremismus. Es wäre falsch, vor Letzteren die Augen zu verschließen.

Wie setzt man vorbeugend an, wenn es so große inhaltliche Unterschiede zwischen den einzelnen Phänomenbereichen gibt?
Petra Köpping Ich denke, es muss keine unterschiedlichen Angebote für einzelne Bereiche geben – also speziell solche für Rechtsextremisten beispielsweise. Es geht in erster Linie um die Prävention bei Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen. Dort muss man meiner Meinung nach zuallererst ansetzen, um demokratische Grundsätze zu vermitteln. Aus diesem Grund haben wir auch flächendeckend die Schulsozialarbeit eingeführt. Denn am Fall des jungen Mädchens aus Pulsnitz, das sich dem sogenannten Islamischen Staat angeschlossen hat, sieht man ja deutlich: Es gibt frühzeitig Hinweise darauf, wenn jemand sich radikalisiert. Man muss diese Hinweise aber auch deuten können.

Viel schwieriger wird es bei jungen Erwachsenen, die keine Lehrstelle gefunden haben und dann extremistische Positionen

einnehmen. Die sind meist schon sehr frustriert. Da halte ich es für wichtig, dass man vor allem den Eltern klarmacht, dass sie das alleine nicht lösen können. In solchen Fällen braucht es spezielle Hilfsangebote von Psychologen, Konfliktforschern oder Religionswissenschaftlern.

Anhänger politischer oder religiöser Extreme stammen aus unterschiedlichsten Milieus. Sie haben unterschiedliche Treffpunkte. Nun ist im Gespräch, solche Orte zu verbieten. Wie stehen Sie dazu, also zu diesem repressiven Ansatz?

Petra Köpping Wenn bei bestimmten Einrichtungen demokratiefeindliche Bestrebungen offenkundig werden, dann können wir das natürlich nicht unterstützen. Dazu beobachten wir genau, was im Land vor sich geht.

Davon abgesehen ist das Schließen aber nur das Eine. Die Besucher der Treffpunkte sind dann ja immer noch da. Was machen wir mit denen? Auch in dem Fall halte ich Aufklärungsarbeit für sehr wichtig.

Wie viel Geld wird vom Land Sachsen für solche Aufklärungsarbeit in Sachen Demokratieförderung ausgegeben?

Petra Köpping Bis 2014 waren dafür zwei Millionen Euro vorgesehen. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD ist das Budget auf fünf Millionen Euro aufgestockt worden. Damit fördern wir im Rahmen des Programms »Weltoffenes Sachsen« 61 Projekte.

Auch die Zivilgesellschaft unternimmt einiges, um demokratische Werte zu vermitteln. Nennen Sie doch bitte ein solches Beispiel mit Vorbildcharakter, dessen Arbeit Sie für nachahmenswert halten.

Petra Köpping Kürzlich hat mich das Modellprojekt »Vaterzeit im Ramadan« des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften aus Leipzig sehr beeindruckt. Dabei geht es darum, Vorurteilen gegenüber muslimischen Männern entgegenzuwirken. Es soll aber auch die Position von muslimischen Vätern in ihrem neuen Umfeld stärken. Anders als in vielen Herkunftsländern wird hier ja erwartet, dass sie sich aktiv an der Kindererziehung beteiligen und im Haushalt mit anfassen. Das ist für manche erst einmal ein Umlernen. Solche integrativen Projekte wünsche ich mir für weitere Regionen.

Anhang

Die Autorin

Insa van den Berg ist freie Redakteurin. Ihr Schwerpunkt liegt auf sozialpolitischen Themen. Überwiegend arbeitet sie für Tageszeitungen, Nachrichtenagenturen und gelegentlich für den Hörfunk. Darüber hinaus bildet sie den journalistischen Nachwuchs aus und gibt Seminare zum professionellen Schreiben.

Seit 2002 ist Insa van den Berg als Journalistin tätig. Sie volontierte bei der Leipziger Volkszeitung und war dort im Anschluss als Politikredakteurin angestellt. 2013 zog es sie zurück in die Selbstständigkeit; sie gründete ihr eigenes Redaktionsbüro.

Insa van den Berg ist 1980 in Nordhorn (Niedersachsen) geboren. Sie lebt seit 2009 in Leipzig. Zuvor studierte sie an der Georg-August-Universität Göttingen Diplom-Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politikwissenschaft, Medien- und Kommunikationswissenschaft, Strafrecht und Volkswirtschaftslehre.

Literaturverzeichnis

▸ Jan Ackermann/Katharina Behne/Felix Buchta/Marc Drobot/Philipp Knopp, Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Springer VS, Wiesbaden, 2015

▸ Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1995

▸ Uwe Backes, Politische Extreme – Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2006

▸ Uwe Backes (b), Extremismus und politisch motivierte Gewalt im vereinten Deutschland; in: Birgit Enzmann (Hg.), Handbuch Politische Gewalt: Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2013

▸ Bayerische Staatsregierung, Über die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/ueber-die-bayerische-informationsstelle-gegen-extremismus-bige, Abruf: 21. 7. 2017

▸ Bettina Blank, Die heutige Rolle linksextremistischer Organisationen – Das Vordringen »antifaschistischer« Argumentationsmuster; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013

▸ Astrid Bötticher/Miroslav Mareš, Extremismus: Theorien – Konzepte – Formen, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 2012

▸ Frank Buchheit, Ausstiegshilfe im Spannungsfeld polizeilicher und pädagogischer Intentionen; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014

▸ Petra Bühring, »Die Ideologien versprechen Orientierung und Halt«; in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 113, Heft 14, 8. 4. 2016, S. 634–639

▸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Beratungsstelle Radikalisierung, http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html, Stand: April 2017, Abruf: 12. 7. 2017

▸ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, »In Kontakt bleiben, zum Nachdenken anregen – das ist unsere Aufgabe«, http://www.bamf.de/DE/Service/Top/Presse/Interviews/201607-BeratungRadikalisierung/beratungsstelle-radikalisierung-node.html, Stand: April 2017, Abruf: 12. 7. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Ausländerextremistische Organisationen und Personenpotenzial, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-auslaenderextremismus-ohne-islamismus/zahlen-und-fakten-auslaenderextremismus/zuf-au-2015-personenpotenzial, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/aussteigerprogramm-rechtsextremismus, Stand: Februar 2017, Abruf: 11. 7. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Aussteigerprogramm für Linksextremisten, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus, Abruf: 12. 7. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Glossar, Ausländerextremismus, https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar, Abruf: 15. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Glossar, Linksextremismus, https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lL#linksextremismus, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Islamistisches Personenpotenzial, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-2015-islamistisches-personenpotenzial, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Linksextremistisches Personenpotenzial, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/zahlen-und-fakten-linksextremismus/zuf-li-2015-personenpotenzial, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Rechtsextremistisches Personenpotenzial, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/zuf-re-2015-personenpotenzial, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesamt für Verfassungsschutz, Was ist Linksextremismus?, https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/was-ist-linksextremismus, Abruf: 22. 5. 2017

▸ Bundesarbeitsgemeinschaft »Ausstieg zum Einstieg«, Über uns, http://www.ausstiegzumeinstieg.de/index.php/ueber-uns, Abruf: 11. 7. 2017

▸ Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik, https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2016/pks2016_node.html, Stand: 24. 4. 2017, Abruf: 14. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Innern, Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2016, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2017/pks-2016.pdf?__blob=publicationFile, Stand: 4. 5. 2017, Abruf: 25. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Innern, Politisch motivierte Kriminalität, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Politisch-motivierte-Kriminalitaet/politisch-motivierte-kriminalitaet_node.html, Abruf: 25. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Inneren, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016 – Bundesweite Fallzahlen, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Abruf: 24. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Inneren, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016 – Bundesweite Fallzahlen (PDF), http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Abruf: 24. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung »Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen Politisch Motivierte Kriminalität 2016 vorgestellt«, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html, Stand: 24. 4. 2017, Abruf: 25. 5. 2017

▸ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin, 2017

▸ Bundesministerium des Innern, Was ist politisch motivierte Kriminalität?, http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Kriminalitaetsbekaempfung/Daten-zu-Kriminalitaet/FAQ-PKS/faq_node.html, Abruf: 11. 5. 2017

▸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Über »Demokratie leben!«, https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html, Abruf: 25. 7. 2017

▸ Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 8. 12. 2010 – 1 BvR 1106/08, Abs. 20, http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20101208_1bvr110608.html, 8. 12. 2010, Abruf: 4. 5. 2017

▸ Bundeszentrale für politische Bildung/Redaktion Infodienst Radikalisierungsprävention/Sebastian Kauer, Die Rolle der Angehörigen in der Radikalisierungsprävention – Interview mit Claudia Dantschke von Hayat, https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/227668/die-rolle-der-angehoerigen-in-der-radikalisierungspraevention, Stand: 12. 5. 2016, Abruf: 12. 7. 2017

▸ Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien, Ideologien zur Diskreditierung der Linken; in: Armin Pfahl-Traughber (Hg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl, 2010

▸ Christoph Butterwegge (b), Links- und Rechtsextremismus als Zwillingsbrüder? Zum Paradigma- und Strategiewechsel der Bundesregierung, http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/extremismus/artikel/prof-dr-christoph-butterwegge-links-und-rechtsextremismus-als-zwillingsbrueder-zum-paradigma-u.html, Stand: 7. 6. 2010, Abruf: 25. 5. 2017

▸ Christopher Daase, Terrorismus; in: Birgit Enzmann (Hg.), Handbuch Politische Gewalt: Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2013

▸ Andreas Debski, Sachsen startet Programm für Islamismus-Aussteiger, http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-startet-Programm-fuer-Islamismus-Aussteiger, Stand: 2. 3. 2017, Abruf: 7. 7. 2017

▸ Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Psychosozial-Verlag, Gießen, 2016

▸ Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006

▸ Deutsche Presse-Agentur, Maaßen: Verfassungsschutz geht von rund 10 000 Reichsbürgern aus, http://www.zeit.de/news/2017-01/25/extremismus-maassen-verfassungsschutz-geht-von-rund-10-000-reichsbuergern-aus-25122608, Stand: 25. 1. 2017, Abruf: 24. 5. 2017

▸ Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Rechtsextreme Tendenzen in der sogenannten Reichsbürgerbewegung, Drucksache 18/9161, 12. 7. 2016

▸ Diagnostisch-therapeutisches Netzwerk Extremismus, http://dne-deutschland.de/, Abruf: 13. 7. 2017

▸ Anne Dölemeyer/Anne Mehrer, Einleitung: Ordnung. Macht. Extremismus; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011

▸ Frank Döring, Leipziger Polizei prüft Reichsbürger-Verdacht, http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Leipziger-Polizei-prueft-Reichsbuerger-Verdacht, Stand: 6. 6. 2017, Abruf: 6. 6. 2017

▸ Drudel 11 e. V., Über uns, http://www.ausstieg-aus-gewalt.de/de/uber-uns/index.html, Abruf: 21. 7. 2017

▸ Exit-Deutschland, http://www.exit-deutschland.de/start/, Abruf: 11. 7. 2017

▸ Matthias Falter, Critical Thinking Beyond Hufeisen – »Extremismus« und seine politische Funktionalität; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011

▸ Olaf Farschid/Ekkehard Rudolph, Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft – Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus; in: Armin Pfahl-Traughber (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl, 2008

▸ Matthias Gebauer/ Steffen Lüdke, Die Dschihad-Braut aus Pulsnitz, http://www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-die-dschihad-braut-aus-pulsnitz-a-1159114.html, Stand: 22. 7. 2017, Abruf: 22. 7. 2017

▸ Michael Glaser/Sally Hohnstein/Frank Greuel, Ausstiegshilfen in Deutschland – Ein vergleichender Überblick über Akteure und Vorgehensweisen; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014

▸ Hayat-Deutschland, Beratungsstelle Deradikalisierung, http://www.hayat-deutschland.de/, Abruf: 13. 7. 2017

▸ Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse, Extremismus in Deutschland; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013

▸ Thomas Hummel, »Die Strategie der Polizei ist kolossal gescheitert« – Interview mit dem Soziologen und Protestforscher Simon Teune, http://www.sueddeutsche.de/politik/protestforscher-ueber-g-chaos-die-strategie-der-polizei-ist-kolossal-gescheitert-1.3579457, Stand: 9. 7. 2017, Abruf: 9. 7. 2017

▸ Andrea Hübler, Extremisten unter sich?; in: Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hg.), Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen, VSA: Verlag, Hamburg, 2012

▸ Michael Hüllen/Heiko Homburg/Yasemin Desiree Krüger, »Reichsbürger« zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit; in: Dirk Wilking (Hg.)/Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, »Reichsbürger«: Ein Handbuch, 2. Auflage, Potsdam, 2015

▸ Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, 2. Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2001

▸ Eckhard Jesse, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen – Historisch-politische Streifzüge, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien, 2015

▸ Eckhard Jesse, Fundamentalkritik an der Konzeption der streitbaren Demokratie und am Extremismusbegriff – Auseinandersetzung mit differenzierter und plumper Kritik; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013

▸ Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. – Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004

▸ Jan-Gerrit Keil, Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der »Reichsbürger« aus psychologischer Sicht; in: Dirk Wilking (Hg.)/Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, »Reichsbürger«: Ein Handbuch, 2. Auflage, Potsdam, 2015

▸ Johannes Kiess, Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011

▸ Sebastian Kositz, Streit um Aussteigerprojekt eskaliert, http://www.sz-online.de/nachrichten/streit-um-aussteigerprojekt-eskaliert-40300.html, Stand: 20. 1. 2012, Abruf: 6. 7. 2017

▸ Land Brandenburg, Ministerium des Innern (Hg.), Integration – Radikalisierung und islamistischer Extremismus – Materialien des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Potsdam, 2010

▸ Land Sachsen-Anhalt, EXTRA – Ein Angebot zur Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus, https://ausstiegshilfe.sachsen-anhalt.de/extra-extremismus-ausstieg/, Abruf: 21. 7. 2017

▸ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen, Dresden, 2009

▸ Claus Leggewie/Horst Meier, »Verfassungsschutz« – Über das Ende eines deutschen Sonderwegs, https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/oktober/%C2%BBverfassungsschutz%C2%AB, Stand: 10.2012, Abruf: 20. 5. 2017

▸ Leipziger Volkszeitung, Sachsen contra Radikalisierung: Freistaat richtet Beratungsstelle ein, http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-contra-Radikalisierung-Freistaat-richtet-Beratungsstelle-ein, Stand: 28. 3. 2017, Abruf: 7. 7. 2017

▸ Leipziger Volkszeitung, Verfassungsschutz: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Verfassungsschutz-Sachsen-hat-ein-Problem-mit-Rechtsextremismus, Stand: 9. 4. 2017, Abruf: 24. 5. 2017

▸ Sebastian Liebold, Der Freiheitsbegriff als Instrument gegen die streitbare Demokratie – Gegensätze und Parallelen extremistischer Entwürfe; in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013

▸ Michail Logvinov, »Denn wir sind im Dschihad« – Deutschstämmige Salafisten zwischen Missionierung und Kampf; in: Gerhard Hirscher/ Eckhard Jesse (Hg.), Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2013

▸ Saskia Lützinger, Die Sicht der Anderen: Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Luchterhand Fachverlag, Köln, 2010

▸ Hendrik Maaßen, Aufgeflogen: Gespräch mit Journalisten abgehört, http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Aufgeflogen-Gespraech-mit-Journalisten-abgehoert,ueberwachung248.html, Stand: 27. 6. 2017, Abruf: 15. 8. 2017

▸ Björn Menzel, Neonazis im Klassenzimmer, http://www.spiegel.de/panorama/praevention-gegen-rechts-in-sachsen-neonazis-im-klassenzimmer-a-934132.html, Stand: 24. 11. 2013, Abruf: 6. 7. 2017

▸ Mitteldeutscher Rundfunk, Sachsen baut Abwehrzentrum gegen Terrorismus auf, http://www.mdr.de/sachsen/abwehrzentrum-fuer-terrorismus-und-extremismus-sachsen-100.html, Stand: 3. 2. 2017, Abruf: 25. 7. 2017

▸ Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (Hg.), »Mein Kind ist doch kein Nazi!?« – Ein Ratgeber für Eltern und Angehörige von Kindern und Jugendlichen aus der rechten Szene, Gotha, 2005

▸ Kurt Möller, Warum und wie steigen Rechtsextreme aus?, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236552/warum-und-wie-aussteigen, Stand: 1. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017

▸ Kurt Möller/Stefan Wesche, Distanzierungen von rechtsextremen Haltungen – Zur Funktion staatlicher Aussteigerprogramme; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014

▸ Viola Neu, Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und Einstellungen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, 2009

▸ Gert Pickel/Oliver Decker, Einleitung – Extremismus in Sachsen; in: Gert Pickel/Oliver Decker (Hg.), Extremismus in Sachsen – Eine kritische Bestandsaufnahme, Edition Leipzig, 2016

▸ Polizei Sachsen, Polizeiliche Kriminalstatistik 2016, Folien PKS 2016 – grafischer Überblick, https://www.polizei.sachsen.de/de/9549.htm, Stand: 29. 3. 2017, Abruf: 25. 5. 2017

▸ Johannes Radke, … und du bist raus. Wann ein Ausstieg ein Ausstieg ist, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236551/debatte-ueber-echten-ausstieg, Stand: 1. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017

▸ Jan Rathje, »Wir sind wieder da« – Die »Reichsbürger«: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin, 2014

▸ Jan Rathje (b), Zwischen Verschwörungsmythen, Esoterik und Holocaustleugnung – die Reichsideologie, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/210330/zwischen-verschwoerungsmythen-esoterik-und-holocaustleugnung-die-reichsideologie, Stand: 14. 10. 2015, Abruf: 24. 5. 2017

▸ Birgit Rheims, Ausstiegshilfen: Unterstützung für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene; in: »Überblick«, Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), Schwerpunkt Rechtsextremismus, 9. Jahrgang, Nr. 1, 03/2003, S. 3–12, http://www.ida-nrw.de/cms/upload/download/pdf/Ueberblick_1_03.pdf, Abruf: 3. 5. 2017

▸ Peter Rieker, Die Einbeziehung von Familien in die Ausstiegsarbeit; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014

▸ Peter Rieker (b), Einführung: Professionelle Hilfe zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene – Entwicklungen und Perspektiven; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014

▸ Mathias Rodatz/Jana Scheuring, »Integration als Extremismusprävention« – Rassistische Effekte der »wehrhaften Demokratie« bei der Konstruktion eines »islamischen Extremismus«; in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), Ordnung. Macht. Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2011

▸ Birgit Rommelspacher, »Der Hass hat uns geeint« – Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 2006

▸ Sächsisches Staatsministerium des Innern, Aussteigerprogramm Sachsen veröffentlicht Filmprojekt mit ehemaligem Neonazi, https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/210619, Stand: 3. 5. 2017, Abruf: 5. 7. 2017

▸ Sächsisches Staatsministerium des Innern (b), Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Sachsen, Dresden, 2013

▸ Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016 (Vorabfassung), Dresden, 2017

▸ Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA), http://www.sms.sachsen.de/27858.html, Abruf: 7. 7. 2017

▸ Samuel Salzborn, Extremismus und Geschichtspolitik; in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich/Harald Schmid (Hg.), Jahrbuch für Politik und Geschichte, 2/2011, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 2011

▸ Werner Schiffauer, Zur Konstruktion von Sicherheitspartnerschaften; in: Michael Bommes/Marianne Krüger-Potratz (Hg.), Rat für Migration, Migrationsreport 2008, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2008

▸ Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, 3. überarb. Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 2010

▸ Stefan Schölermann, Den Ausstieg wagen, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236716/netzwerke-in-norddeutschland, Stand: 4. 11. 2016, Abruf: 26. 5. 2017

▸ Burkhard Schröder, Ich war ein Neonazi: Reportage über den Aussteiger Ingo Haßelbach, Ravensburger Buchverlag, Ravensburg, 1994

▸ Alexander Schulze, Die »Reichsbürger«-Bewegung in Sachsen; in: Dirk Wilking (Hg.)/Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, »Reichsbürger« – Ein Handbuch, 2. Auflage, Potsdam, 2015

▸ Kerstin Sischka/ Julia Berczyk, Hayat Deutschland – der familienorientierte Interventionsansatz bei islamistischer Radikalisierung in seinem psychosozialen Kooperationsnetzwerk, eingereicht für: Nils Böckler/Jens Hoffmann, Radikalisierung und extremistische Gewalt: Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement, Verlag für Polizei und Wissenschaft, 2017

▸ Spiegel online, Brandanschläge an Gleisen – Staatsschutz ermittelt, http://www.spiegel.de/panorama/justiz/deutsche-bahn-bundesweite-stoerungen-im-bahnverkehr-durch-brand anschlaege-a-1152855.html, Stand: 19. 6. 2017, Abruf: 19. 6. 2017

▸ Toralf Staud/Michael Schlieben, »Ich bin unvermittelbar« – Interview mit Andreas Molau, http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-05/andreas-molau-interview/komplettansicht, Stand: 17. 5. 2013, Abruf: 14. 7. 2017

▸ Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1989

▸ Richard Stöss (b), Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. überarb. Auflage, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2000

▸ Richard Stöss (c), Rechtsextremismus im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2010

▸ Strafgesetzbuch, § 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten

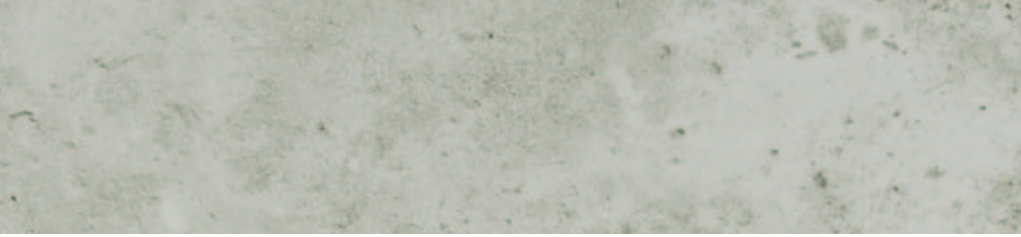
▸ tagesschau.de, BKA-Chef Münch: Zahl islamistischer Gefährder gestiegen, https://www.tagesschau.de/inland/bka-gefaehrder-islamisten-linke-101.html, Stand: 21. 7. 2017, Abruf: 21. 7. 2017

▸ Thomas Trappe, Raus aus der Neonazi-Szene – aber wie?, http://www.faz.net/aktuell/politik/rechtsextremismus-raus-aus-der-neonazi-szene-aber-wie-11587014.html, Stand: 31. 12. 2011, Abruf: 6. 7. 2017

▸ Violence Prevention Network, Deradikalisierung, http://www.violence-prevention-network.de/de/ansaetze/deradikalisierung, Abruf: 13. 7. 2017

▸ Sibylle Wentker, Fundamentalismus und Islamismus – Definition und Abgrenzung; in: Walter Feichtinger/Sibylle Wentker (Hg.), Islam, Islamismus und islamischer Extremismus: Eine Einführung, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, 2008

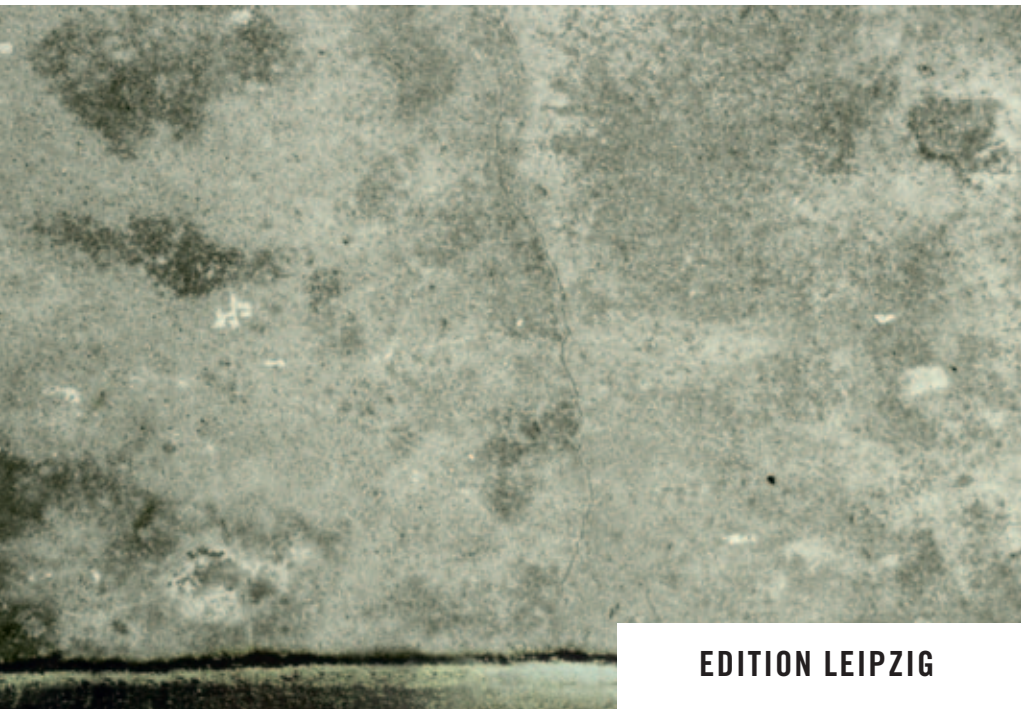
▸ Tina Wilchen Christensen, Eine schwarz-weiße Weltanschauung durch Grautöne ergänzen: Wie ehemalige Rechtsextremisten durch Vorbilder und soziale Unterstützung zum Wandel ihrer Identität angeregt werden können; in: Peter Rieker (Hg.), Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen, Beltz Juventa, Weinheim/Basel, 2014



Mordende Nazis, Brandstiftungen von militanten Linken, Terroranschläge von Islamisten: Gewalt und Menschenverachtung machen vielen Angst. Vorbeugung gilt in Jugend- und Sozialarbeit als Gebot der Stunde. Aber was, wenn jemand bereits zum Demokratiefeind geworden ist?

Vor diesem brisanten Hintergrund fragt die Autorin Insa van den Berg, welche Auswege es aus politischen Extremen gibt: Was bedeutet ein Ausstieg für Rechtsextreme, Linksradikale oder Salafisten? Was kann sie zur Abkehr bewegen? Welche Hilfen gibt es? Was sollten Angehörige tun? Wie geht es nach dem Ausstieg weiter?

Die Journalistin schaute sich insbesondere in Sachsen um, denn dort machen Extremisten häufig Schlagzeilen. Darüber hinaus stellt sie bundesweite Hilfsangebote vor. Dank einfühlsamer Porträts und spannender Interviews erschließt Insa van den Berg ein hochaktuelles Themenfeld – für Sachsen und weit darüber hinaus.



EDITION LEIPZIG